



Landtag von Baden-Württemberg

13. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 15. November 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr

Schluss: 17:18 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	559	mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/388.....	578
Erweiterung der Tagesordnung	559	Abg. Knapp SPD.....	578, 584
1. Aktuelle Debatte – Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Erleichterung der Zuwanderung – Konsequenzen für Ausländerpolitik und Integration in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU	559	Abg. Dr. Salomon GRÜNE	580, 585, 596
Abg. Heinz CDU.....	559, 567	Abg. Scheuermann CDU	581, 586
Abg. Drexler SPD.....	560, 568	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	583, 588
Abg. Pfister FDP/DVP	563	Minister Müller	589
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	565, 570	Abg. Drexler SPD	595
Minister Dr. Goll.....	566	Beschluss	597
Abg. Dr. Noll FDP/DVP.....	569	3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu	
Minister Dr. Schäuble	571	a) der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Juni 2001 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2000/2001 – Drucksache 13/39	
2. a) Aktuelle Debatte – Sicherheit der kerntechnischen Anlagen und Qualität der Atomaufsicht in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD		b) der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 12. Oktober 2001 – Memorandum der Landesregierung zum 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union – Drucksache 13/323	
b) Antrag der Fraktion GRÜNE – Schwerwiegende Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften im Atomkraftwerk Philippsburg II – Drucksache 13/352		– Drucksache 13/399.....	599
c) Antrag der Fraktion der SPD – Überprüfung der Atomaufsicht in Baden-Württemberg durch unabhängige Gremien – Drucksache 13/437		Abg. Dr. Reinhart CDU	599
– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO		Abg. Maurer SPD	601
d) Antrag der Fraktion GRÜNE – Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang		Abg. Theurer FDP/DVP	603
		Abg. Dr. Salomon GRÜNE	605
		Abg. Dr. Monika Stolz CDU	607
		Abg. Wichmann SPD	608
		Minister Dr. Christoph Palmer	609
		Beschluss	613

4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Weißbuch der Kommission „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ (KOM[2001]370) – Drucksachen 13/285, 13/391.....	613	g) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Günther W. Bosch, Tübingen, vom 24. April 2001 – Drucksache 13/410	
Abg. Hillebrand CDU	613	h) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Rodolfo Panetta, Horb, vom 26. April 2001 – Drucksache 13/411	
Abg. Göschel SPD	614	i) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Gerd-Josef Solleder, Bruchsal, vom 1. Mai 2001 – Drucksache 13/412	
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	615		
Abg. Boris Palmer GRÜNE	616	k) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Prof. Dr.-Ing. Otto F. Hagena, Eggenstein-Leopoldshafen, vom 9. Mai 2001 – Drucksache 13/413	
Minister Müller	618	l) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Hans Schieferstein, Stuttgart, vom 12. Mai 2001 – Drucksache 13/414	620
Beschluss	620	Abg. Dr. Reinhart CDU	621
5. Fragestunde – Drucksache 13/419		Abg. Birzele SPD	622
5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Rückgang von Flugreisenden in Deutschland und Baden-Württemberg.....	597	Abg. Theurer FDP/DVP	623
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	598	Abg. Oelmayer GRÜNE	624
Minister Dr. Döring	598	Beschluss	625
5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Elektronisches Mautsystem für Lkws	598	Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	626
Abg. Behringer CDU	598		
Minister Müller	599	7. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Zustimmung der baden-württembergischen Landesregierung zum Entwurf der neuen „Verordnung zum Schutz von Legehennen (Hennenhaltungsverordnung – HhVO)“ im Bundesrat – Drucksache 13/20	626
6. a) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Hubert Harter, Freiburg, vom 26. März 2001 – Drucksache 13/404		Abg. Renate Rastätter GRÜNE	626
b) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Heinz Zentler, Heilbronn, vom 26. März 2001 – Drucksache 13/405		Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU	628
c) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch der Frau Brigitte Bochert und des Herrn Karl Ulrich Bochert, Stuttgart, vom 4. April 2001 – Drucksache 13/406		Abg. Birgit Kipfer SPD	629
d) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Bernd Linke, Rottenburg a. N., vom 10. April 2001 – Drucksache 13/407		Abg. Drautz FDP/DVP	631
e) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Martin Krenedics, Schwäbisch Hall, vom 20. April 2001 – Drucksache 13/408		Minister Stächele	632
f) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Hans-Joachim Zimmer, Kirchheim u. T., vom 23. April 2001 – Drucksache 13/409		Beschluss	634
		8. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/415, 13/416, 13/417, 13/418	634
		Beschluss	634
		9. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/358	634
		Beschluss	634
		Nächste Sitzung	634

Protokoll

über die 13. Sitzung vom 15. November 2001

Beginn: 9:32 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Röhm erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Staatssekretär Stefan Mappus.

Dienstlich verhindert sind der Herr Ministerpräsident, der Herr Finanzminister und der Herr Wissenschaftsminister.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich auf Folgendes hinweisen: Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, Tagesordnungspunkt 2 wie folgt zu ergänzen:

Punkt 2 c

Antrag der Fraktion der SPD – Überprüfung der Atomaufsicht in Baden-Württemberg durch unabhängige Gremien – Drucksache 13/437

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 der Geschäftsordnung

Punkt 2 d

Antrag der Fraktion GRÜNE – Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/388

Sie sind damit einverstanden.

Dann treten wir in die so ergänzte Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Erleichterung der Zuwanderung – Konsequenzen für Ausländerpolitik und Integration in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: Gesamtdauer 40 Minuten ohne die Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen vorgegebenen Zeitrahmen zu halten.

(Abg. Fischer SPD: Oh, das wäre aber schön! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heinz.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hat diese Aktuelle Debatte beantragt, obwohl wir erst vor knapp drei Monaten über ein ähnliches Thema gesprochen

haben. Aber die Rahmenbedingungen haben sich seither verändert. Damals, im Juli, haben wir hier im Haus in einer Aktuellen Debatte auf der Grundlage des Müller-Papiers und des Süßmuth-Papiers diskutiert.

Was hat sich seither verändert? Es gab einen Referentenentwurf vom Ministerium, und es gibt eine Kabinettsentscheidung vom 7. November. Jetzt müssen wir einmal genau beleuchten, was denn zwischen der Vorlage des Referentenentwurfs und der Kabinettsentscheidung geschah. Da gab es interessante Prozesse; da ist in Berlin etwas abgelaufen – das haben Sie aufmerksam beobachtet –, die Grünen waren da sehr aktiv, meine Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Sie waren doch schon im September dagegen!)

Eines möchte ich jetzt aber noch einmal feststellen: Ich habe damals, im Juli, an diesem Pult gesagt: Uns kommt es darauf an, bei Gesetzentwürfen über Zuwanderungsentscheidungen die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Damals waren wir nach unserer Meinung wesentlich näher am Willen der Bürgerinnen und Bürger dran als heute,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und ich will versuchen, Ihnen das zu begründen.

Aber lassen Sie mich zunächst zwei Vorbemerkungen machen: Wenn man sich die Entwicklung anschaut, zeigt Herr Schily nach meiner Beurteilung gewisse Züge von Schizophrenie.

(Widerspruch bei der SPD – Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ist das ein Kompromiss oder nicht? Was soll denn die Polemik?)

Auf der einen Seite wirft er den CDU/CSU-regierten Ländern vor, sie würden das Zuwanderungsgesetz im Prinzip dazu nutzen, Parteiinteressen zu realisieren.

(Abg. Fischer SPD: Das macht ihr auch! – Abg. Birzele SPD: Fragen Sie mal Ihren Koalitionspartner! – Weitere Zurufe)

– Langsam. Das wirft Herr Schily uns vor. Jetzt frage ich mich: Was machen denn die Regierung und er zwischen Referentenentwurf und Beschluss? Da wurden doch von der SPD bzw. von den Grünen nackte Parteiinteressen durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wieso denn? – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mein Gott! So viel Realitätsflucht! – Weitere Zurufe)

(Heinz)

Schilys Entwurf wurde zerpfückt und verwässert. Er hat sich um 180 Grad gedreht.

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn?)

– Aber absolut. Ich komme gleich mit einem Beispiel darauf.

(Abg. Drexler SPD: Da haben Sie gar keine Redezeit mehr! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Ich denke, es ist einiges geschehen, worüber wir jetzt reden müssen.

Die zweite Vorbemerkung: Damals war noch von Begrenzung die Rede,

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt auch nicht! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wann fangen Sie denn mit Ihrer Rede an?)

heute steht sie nur noch im Titel des Gesetzes. Jetzt wird nur noch ein bisschen gesteuert, aber Steuerung ist nicht Begrenzung.

Das möchte ich Ihnen, Herr Drexler, jetzt – bevor die Redezeit abläuft – auch noch mit ein paar Beispielen belegen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich geändert. Wir haben über 4 Millionen Arbeitslose. In der jetzigen Situation die Zuwanderung so zu steuern, dass wir immer mehr Leute hereinholen, ist nicht das richtige Signal.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie haben keine Ahnung!)

Ich denke auch, dass der BDI hier nicht richtig liegt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das findet der Herr Minister auch!)

Das möchte ich ganz klar sagen. Der BDI möchte zwar gerne Leute haben, kümmert sich aber zu wenig um die älteren Arbeitnehmer und um die jungen Leute.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich schaue, was bei den Firmen im Moment geschieht – angefangen bei den Banken, von denen wir noch vor einigen Monaten oder Jahren nicht gedacht hätten, dass dort Mitarbeiter entlassen werden, bis hin zur New Economy; überall werden Leute freigesetzt –, dann frage ich mich: Wenn diese Arbeitsplätze jetzt wegfallen, warum werden dann neue Leute für diese Bereiche hereingeholt? Das kann es doch nicht sein. Aber der BDI verlangt: Genau diese Leute müssen hereingelassen werden.

(Abg. Bebber SPD: Sie verstehen aber auch gar nichts!)

Ich muss ganz klar sagen: Man hat die Rahmenbedingungen ganz anders gesetzt, als ich es noch vor einigen Monaten gesehen hätte.

(Abg. Drexler SPD: Das kann man doch steuern!)

Was mir auch nicht gefällt – da muss man den Gesetzentwurf vorsichtig und genau lesen –: Im Prinzip werden Ermessensentscheidungen auch nachgeordneter Behörden möglich gemacht. Diese Ermessensentscheidungen gehen

immer von einer gewissen Intention des Gesetzentwurfs aus. Ich habe die große Sorge, dass diese Dinge, die ergebnisoffen sind und von den nachgeordneten Behörden entschieden werden, eher so ausgelegt werden, dass mehr Zuwanderung erfolgt, als dass es zu einer Begrenzung käme. Das bedeutet für mich im Umkehrschluss, dass damit natürlich auch eine Zuwanderung in die Sozialsysteme erfolgt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Die werden gestützt!)

Ich will Ihnen einmal das Beispiel nennen, wie es 1973 im Vergleich zu heute ausgesehen hat. 1973 hatten wir eine Arbeitslosenquote von 1,2 %. Heute liegt sie bei 9 %.

(Abg. Döpper CDU: Steigend!)

Damals gab es 4 Millionen Ausländer in Deutschland, von denen 2,5 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Diese Gruppe umfasst heute nur noch 2 Millionen Menschen, bei einer Gesamtzahl von 7,3 Millionen Ausländern. Das heißt, unsere Sozialsysteme hatten diesbezüglich eine Steigerung um rund 85 % zu verkraften. Das will schon einiges heißen.

(Abg. Fischer SPD: Aber das ist doch kein Vergleich! Sie wissen doch genau, warum!)

– Trotzdem muss man einfach sehen, dass das ein Problem darstellt.

(Abg. Fischer SPD: Ach, jetzt hören Sie doch auf!)

Ich bewerte auch die Frage der Arbeitsmigration als sehr schwierig. Ich denke, dass das Bundesamt, das neu geschaffen werden soll, mit der Vernetzung der Arbeitsverwaltung und des weisungsunabhängigen Sachverständigenrats nur mehr Bürokratie und im Prinzip keine Verbesserung bringt.

Ich werde jetzt an dieser Stelle abbrechen und in der zweiten Runde fortfahren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Herr Kollege Heinz, wir sind gar nicht so weit auseinander. Der CDU-Bundesvorstand hat doch einen Vorschlag gemacht, der weitestgehend in dieses neue Gesetz eingearbeitet worden ist.

(Abg. Heinz CDU: Wo denn?)

Die Regelung sieht doch vor, dass erst dann, wenn in einem bestimmten Raum ein Arbeitskräftemangel vorhanden ist, der nicht mit inländischen Arbeitskräften behoben werden und an dem auch mit Weiterbildungsmaßnahmen nichts verändert werden kann, überhaupt die Frage, ob ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland hereingeholt werden sollen, gestellt werden kann.

(Abg. Hauk CDU: Das ist nicht der Punkt!)

(Drexler)

Genau so ist es im Gesetz geregelt. Das heißt, wenn ich keine ausländischen Arbeitskräfte brauche, sondern mit inländischen Arbeitskräften auskommen kann, dann hole ich niemanden nach Deutschland herein. Also verdrehen Sie das nicht!

Ich appelliere an Sie noch einmal, die Unterschiede aufzuarbeiten und einen Kompromiss zu suchen, weil das Gesetz insgesamt ganz wichtig ist. Die Kirchen wollen es,

(Abg. Hillebrand CDU: Die Kirchen zahlen es aber nicht!)

die Wirtschaft will es, die Gewerkschaften wollen es, der Städtetag will es, eigentlich wollen es alle, nur ein Teil der CDU will es nicht.

Wo sind denn die Unterschiede? Sie erzählen überall, der Nachzug sei durch dieses Gesetz ungezügelt möglich, und sagen dann auch noch, beim Kindernachzug liege das Problem. Wir haben jetzt beim Kindernachzug die Altersgrenze bei 16 Jahren, künftig wird sie bei 14 Jahren liegen. Nach Adam Riese ist das eine Reduzierung. Sie wollen sie auf zehn Jahre herabsetzen. Darüber kann man vielleicht noch einmal verhandeln.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Ja, natürlich. Wollen Sie das Gesetz, oder wollen Sie es nicht? Ich will Ihnen gleich sagen: Sie wollen es überhaupt nicht. Das ist Ihr Problem. Sie wollen es gar nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fischer SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Genauso ist es bei der Debatte um geschlechtsspezifische Verfolgung. Die Frauen können schon jetzt hier bleiben, sie werden nicht abgeschoben. Sie wollen doch hoffentlich auch keine afghanische Frau zu der Talibanregierung zurückschicken. Das wollen Sie doch auch nicht. Die Frauen bekommen jetzt einen anständigen Rechtsstatus, der nach drei Jahren überprüft wird. Ich frage Sie: Was haben Sie denn als Christdemokraten dagegen?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Nichts kann man da dagegen haben!)

Unser Ministerpräsident hat gegen die Greencard geholt wie der Herr Stoiber auch.

(Abg. Alfred Haas CDU: Zu Recht!)

Die meisten Greencards gibt es jetzt in Bayern und in Baden-Württemberg. Jeder Greencard-Inhaber hat bis zu drei neue Arbeitsplätze bewirkt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das glauben nur Sie!)

Die 10 000 Greencard-Inhaber haben 30 000 neue Arbeitsplätze bewirkt, sagt die deutsche Industrie, nicht wir.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Jetzt wollen wir doch einmal sehen, wer das Gesetz eigentlich will. Am 12. Oktober forderte Herr Repnik mit dem Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hundt eine arbeitsmarktbezogene Zuwanderung. Das steht im Gesetz. Was hat sich denn seit dem 12. Oktober verändert, Herr Heinz?

Der Kollege Kurz – er ist leider nicht da –

(Abg. Schmiedel SPD: Der weiß, warum!)

forderte letzte Woche als Vorsitzender des Bundes der Selbstständigen in Baden-Württemberg die Landesregierung auf, im Bundesrat einen Kompromiss einzugehen. „Handwerk, Gastronomie und Kleinbetriebe sind auf arbeitsbedingte Zuwanderung angewiesen“, sagte der Christdemokrat gestern vor der Presse.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Also, was wollen Sie denn eigentlich?

Oder Rita Süßmuth, die Vorsitzende der Kommission, sagt –

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Fischer SPD: Das wollen die nicht wissen!)

– Sie gehen ja schön mit Ihren Leuten um.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: So wie Sie auch!)

Als Peter Müller gefragt wurde, was denn jetzt der Unterschied zwischen dem Gesetzentwurf von Schily und dem eigenen Vorschlag sei, sagt Rita Süßmuth

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

– suchen Sie sich erst mal eine Kanzlerkandidatin –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Der Birk hat schon eine andere! – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Andere auch!)

„In der Tat geht es um Wahrnehmungsstörungen im Sinne von konstruierten Unterschieden, die wahltaktisch begründet sind.“

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt kommen wir doch mal zum Bundesverband der Industrie. Da sagt Herr Rogowski, er fordere alle auf, einen Kompromiss zu suchen, weil die Industrie dringend auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sei. Und wissen Sie, was Herr Henkel, der Exchef des BDI, letzte Woche gesagt hat?

(Abg. Seimetz CDU: Der gehört aber nicht zur CDU!)

Der Zuwanderungskompromiss begünstigt die Zuwanderung nur solcher Fachkräfte, die wir in Deutschland nicht haben. Schilys System ist flexibel. Nur wenn wir einen Engpass in einer bestimmten Region haben

– Herr Heinz, hören Sie mal zu –

(Drexler)

und nur wenn dort die Integration gesichert erscheint, werden von Fall zu Fall Bewilligungen zur Zuwanderung erteilt. Ich halte deshalb dieses System sogar für besser als das, was von der Zuwanderungskommission vorgeschlagen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Besser können wir das gar nicht vortragen.

Jetzt sage ich Ihnen, Herr Heinz: Sie wollen überhaupt keinen Kompromiss. Ihr eigener Generalsekretär hat schon am 5. September – das war kurz nach den Sommerferien – erklärt, dass die CDU beim Nein bleibe. Das hat er erklärt. Ich kann es Ihnen vorlesen. Das hat er gegenüber der „Südwest Presse“ erklärt.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Da hieß es zur Zuwanderung:

Kauder: Da steht bisher unser Nein, und da wird man in der Zuwanderungskommission großes Augenmerk darauf legen, dass das so bleibt. Ich habe die Zusage aus der Parteiführung . . .

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Na prima!)

– Am 5. September. Von wegen Kompromiss! Sie wollen gar keinen. Und wieso? Sie haben keinen Kanzlerkandidaten.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hauk: Keine Ablenkungsmanöver!)

Thematisch stehen Sie ganz, ganz schlecht da. Die neueste Umfrage von dimap besagt: Bei zehn für die Bevölkerung wichtigen Fragen hat die CDU gerade einmal bei zwei Themen die Nase vorn, gerade bei der Kriminalität und beim Wirtschaftsstandort.

(Lebhafte Zurufe von der CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ansonsten sind Sie weit hinter der SPD.

(Abg. Hauk CDU: Können Sie sagen, was das mit dem Thema zu tun hat?)

Arbeitsplätze sichern und neue schaffen: hinter der SPD. Die Altersversorgung langfristig sichern: hinter der SPD. Für soziale Gerechtigkeit sorgen: hinter der SPD. Eine verlässliche Außenpolitik machen: hinter der SPD. Eine gute Steuerpolitik machen: hinter der SPD. Für größtmöglichen Schutz vor Terroranschlägen in Deutschland sorgen: hinter der SPD.

(Abg. Seimetz CDU: Was soll denn dieser Quatsch?)

Die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen: hinter der SPD.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Birk: Und Sie sind hinterm Mond!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie müssen am Freitag dafür sorgen, dass der Kanzler die Vertrauensabstimmung gewinnt, sonst verlieren Sie im Februar granatmäßig!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU – Glocke des Präsidenten)

Jetzt habe ich noch zwei Mitteilungen –

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Wieso im Februar? Was ist denn im Februar, Herr Kollege?)

Präsident Straub: Herr Abg. Drexler, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Drexler SPD: Ja. – Zwei Bekanntgaben noch. Ich möchte Ihnen noch sagen, was der stellvertretende Ministerpräsident dieses Landes zu Herrn Teufel gesagt hat.

(Abg. Rech CDU: Ja, was sagst denn du eigentlich? – Abg. Hauk CDU: Ja eben! Uns würde interessieren, was Sie dazu sagen! Sie reden über alles, nur nicht über die Sache! – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Das sagt er dann in der dritten Runde!)

– Ich beziehe mich auf viele gesellschaftliche Gruppen. Das ist doch schön. Wir sind da in einer viel besseren Situation. Wir müssen da gar nicht unsere eigene Parteitheorie vorbringen. Wir können uns auf viele andere berufen.

(Abg. Rech CDU: Sie brauchen selber nichts zu denken!)

Herr Döring hat über Herrn Teufel gesagt: „Bei der Zuwanderung spricht er nicht für die gesamte Landesregierung und vertritt schon gar nicht die Interessen des Landes.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Carla Bregenzer SPD: So ist es! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Guter Mann, der Döring!)

Besser können wir Sozialdemokraten es nun wirklich nicht sagen.

Und ich sage Ihnen noch eines: Sie haben einen guten Generalsekretär gehabt. Er hieß Geißler. Herr Geißler hat letzte Woche der „Süddeutschen Zeitung“ ein Interview gegeben.

(Abg. Pfisterer CDU: Endlich lobt ihn mal einer, den Geißler! – Abg. Rech CDU: Wer von Drexler gelobt wird!)

Denken Sie einmal darüber nach, dieses Thema in den Wahlkampf zu ziehen. Er hat gesagt:

Es werden jedenfalls nicht wenige Abgeordnete sein. Vor allem werden die Frauen vermutlich nicht gegen die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung stimmen. Das ist eine Gewissensfrage.

(Drexler)

Jetzt kommt es:

Weite Teile der Union wollen dies zum Wahlkampfthema machen, Herr Geißler.

Geißler: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Idee, Ausländer zum Thema des Wahlkampfs zu machen, in die Psychiatrie gehört.

Bitte schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Schlechter Rat für den Heinz!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anzahl der Gutachten, die sich mit der Notwendigkeit von Zuwanderung beschäftigen, füllt bekanntlich in der Zwischenzeit ganze Bücherschränke. Alle Gutachten kommen unter dem Strich zu ähnlichen Ergebnissen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Zukunft dringend begrenzte und gesteuerte Zuwanderung brauchen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass es legitim ist, von uns aus zu sagen, wen wir in unser Land hereinlassen wollen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die schwierigen Fragen der Demographie, der Bevölkerungsentwicklung, der Sozialversicherungssysteme und auch des Arbeitsmarkts nicht allein durch Zuwanderung gelöst, aber durch sie abgefedert und gemildert werden können.

Sie kommen übrigens auch zu dem Ergebnis, dass wir alle miteinander in diesem Bereich unsere eigenen Hausaufgaben machen müssen. Wir müssen die Sozialversicherungssysteme mit unseren eigenen Mitteln einmal fit machen für die nächsten 30 Jahre. Da, meine Damen und Herren, haben Sie in Berlin noch eine ganze Reihe von Aufgaben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir müssen uns aber darüber klar werden, dass auch nach den fürchterlichen Anschlägen in den USA das Thema Zuwanderung nicht etwa vom Tisch ist, ganz im Gegenteil. Ich glaube nämlich, dass es gerade in Zeiten des Terrorismus darauf ankommt, genauer hinzuschauen, wer zu uns kommt.

(Abg. Rech CDU: So ist es!)

Das wird in einem Zuwanderungskonzept eher möglich sein, als es bisher der Fall war. Deshalb sage ich, meine Damen und Herren: Wir brauchen Zuwanderung, und zwar bewusst auch nach dem 11. September. Wir brauchen aber ein Zuwanderungskonzept, ein Zuwanderungsgesetz vor der Bundestagswahl, weil dieses Thema viel zu sensibel ist, als dass es im Bundestagswahlkampf zerrieben werden dürfte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Wem sagen Sie das?)

Wir brauchen auch – da gebe ich Ihnen Recht, Herr Kollege Heinz – die Akzeptanz in der Bevölkerung.

(Beifall des Abg. Rech CDU – Abg. Capezzuto SPD: Die CDU klatscht nicht!)

Wir können diese Akzeptanz in der Bevölkerung am besten dadurch erreichen, dass wir den Menschen deutlich machen, dass Zuwanderung nicht etwa ein Opfer ist, sondern dass wir als Deutsche von Zuwanderung profitieren können, dass Zuwanderung nicht etwa Bedrohung, sondern eine Bereicherung für unser Land ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD – Abg. Heinz CDU: Aber nicht, wenn Sie die Sozialsysteme ändern!)

Vor diesem Hintergrund muss man sich den Gesetzentwurf von Rot-Grün anschauen. Ich sage, es sind einige sehr akzeptable Ansätze darin.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha!)

Dazu gehört nicht nur, dass dieser Wust von Aufenthaltstiteln, den wir bisher hatten, von fünf auf zwei reduziert wird. Dazu gehört nicht nur, dass es sinnvoll ist, zum Beispiel ein Bundesamt für Migration zu schaffen, um diese Bündelungsaufgaben zu konzentrieren. Dazu gehört auch, dass wir jetzt endlich ausländischen Studierenden die Möglichkeit geben, nach ihrer Ausbildung in Deutschland zu arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dazu gehört, dass Asylverfahren beschleunigt werden, meine Damen und Herren. Dazu gehört insbesondere, dass sich in der Zukunft – und das ist ganz wichtig – Anträge auf Asyl und Anträge auf Zuwanderung gegenseitig ausschließen, weil ein unsinniger Asylantrag im Blick auf Zuwanderungsmöglichkeiten in der Zukunft ausgeschlossen werden kann.

Dazu gehört aber insbesondere die Integration. Meine Damen und Herren, wir sind uns einig: Die Integrationsfähigkeit ist ein entscheidender Punkt für Zuwanderung, sie ist gewissermaßen eine Messlatte. Es ist gut, dass Integration jetzt zum ersten Mal als eine gesetzliche Maßnahme definiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Capezzuto SPD)

Aber klar muss auch sein: Integration kann niemals eine Einbahnstraße sein.

(Abg. Drexler SPD: Klar!)

Integration heißt auf der einen Seite fördern, aber auf der anderen Seite auch fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb bin ich froh, dass dieser Integrationsanspruch jetzt drin ist und dass auch die Integrationsanforderungen drin sind. Was ich allerdings von dem Gesetz noch erwarte – das muss auch klar sein –: Man darf nicht einfach Ja zur Integration sagen, sondern man muss auch sagen: Derjeni-

(Pfister)

ge, der diese Angebote nicht annimmt, muss mit Sanktionen rechnen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Steht ja drin!)

Diese Sanktionen müssen im Gesetz noch konkretisiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich sage Ihnen jedenfalls: Wer als Ausländer zu uns kommt und erkennbar diese Angebote nicht annimmt, der hat zum Beispiel kein Recht, dass sein Aufenthaltsstatus in Deutschland verfestigt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:
Das hat er nach dem Gesetz auch nicht!)

Die Zuwanderung von Arbeitskräften ist angesprochen worden. Meine Damen und Herren, es geht längst nicht mehr allein um die Greencard-Inhaber – die sind im Augenblick gar nicht mehr so wichtig, wie Sie alle wissen –, viel wichtiger ist aus meiner Sicht, dass wir gerade in der mittelständischen Wirtschaft, im Handwerk, in der Gastronomie und in anderen Bereichen Arbeitskräfte brauchen. Auch hier ist ja nicht vorgesehen, das Tor gewissermaßen sperrangelweit aufzumachen.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt schauen Sie doch einmal nach rechts! – Abg. Capezzuto SPD: Die begreifen es nämlich nicht!)

Auch hier geht es um eine begrenzte Zahl von Fällen. Auch hier ist übrigens eine befristete Aufenthaltserlaubnis vorgesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Insofern ist ein Steuerungs- und Begrenzungsinstrument vorhanden.

Wir müssen allerdings noch dringend – das ist noch nicht geregelt – folgenden Tatbestand regeln: Wir haben nach wie vor noch Bosnienflüchtlinge, Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland. Das sind Leute, die seit Jahr und Tag in Brot und Arbeit sind.

(Abg. Fischer SPD: Das betrifft auch Ihre Kollegen!)

Das sind Leute, die dem Steuerzahler noch nie mit auch nur einer müden Mark auf der Tasche gelegen sind.

(Abg. Teßmer SPD, zur CDU zeigend: Da rüber-schauen! Da hocken die Blinden mit den drei Punkten!)

– Meine Damen und Herren, bitte Ruhe, ich möchte ja nur darauf hinweisen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sehr gut, weisen Sie weiter!)

Es macht doch keinen Sinn, solche Leute, die wir erkennbar hier brauchen, erst nach Hause zu schicken

(Abg. Drexler SPD: Und dann wieder holen!)

und dann mit großem Integrationsaufwand wieder andere hereinzuholen. Das kann es doch nicht sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Ich bitte auch sehr darum, das Gesetz nicht am Thema Familiennachzug scheitern zu lassen.

(Abg. Drexler SPD: Ja, zum Beispiel!)

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig: Familiennachzug muss sich auf die Kernfamilie beschränken. Zur Kernfamilie gehören Eltern und Kinder. Jetzt bitte ich doch darum, sich einmal klar zu machen, dass das Gesetz allein an der Frage des Nachzugsalters nicht scheitern darf.

Die Süßmuth-Kommission hat vorgeschlagen, den Nachzugsanspruch bis maximal zum 18. Lebensjahr vorzusehen.

(Abg. Drexler SPD: 18, ja!)

Vonseiten der CDU

(Abg. Drexler SPD: Bundesvorstand: 10! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

sind 10 Jahre vorgeschlagen worden. Die Müller-Kommission wiederum hat 12 Jahre vorgeschlagen. Wir haben immer 16 Jahre vorgeschlagen.

(Abg. Drexler SPD: Wir 12!)

Jetzt wird ein Kompromiss vorgelegt, wonach ein Nachzugsanspruch bis zum 14. Lebensjahr vorgesehen ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Macht zusammen 48 Jahre!)

Meine Damen und Herren, allein an dieser Frage – ob 12, 14 oder 16 Jahre – darf ein solches für die Bundesrepublik Deutschland wichtiges Gesetz nicht scheitern.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister – –

Abg. Pfister FDP/DVP: Deshalb, meine Damen und Herren – zum Schluss, Herr Präsident –:

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Herr Kollege Heinz, ich habe die Debatte vom 19. Juli hier in diesem Haus, als es um das Thema Zuwanderung ging, noch einmal ganz, ganz genau nachgelesen. Ich bin nach wie vor der Überzeugung,

(Abg. Drexler SPD: Ist eng zusammen!)

dass es bei gutem Willen

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

jederzeit möglich sein muss, hier zu einer Einigung zu kommen.

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

Ich appelliere geradezu leidenschaftlich dafür,

(Oh-Rufe von der SPD)

(Pfister)

diese historische Chance für ein modernes Zuwanderungsgesetz jetzt nicht allein aus taktischen Gründen zu verspielen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den Grünen – Abg. Teßmer SPD: Das ist vernünftig! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Capezzuto SPD: Ampelkoalition!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war ja eine regelrecht herzerfrischende Rede des Herrn Pfister. Ich habe mich allerdings gewundert, warum er immer nur in Richtung von SPD und Grünen geblickt hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Er hätte eigentlich in Richtung CDU schauen müssen, um sie mit seinen leidenschaftlichen Appellen zu überzeugen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Aber die gucken so traurig da drüben!)

Jedenfalls ist der von der Bundesregierung jetzt vorgelegte Gesetzentwurf zur Zuwanderung ein Meilenstein, ein historischer Wurf auf dem Weg in das Einwanderungsland Deutschland. Das Gesetz ist die Voraussetzung – eine Tatsache, die in der Gesellschaft inzwischen auf breite Mehrheit und Anerkennung stößt –, dieses Einwanderungsland endlich zu gestalten und die Einwanderung zu steuern.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Sakellariou SPD)

Das Gesetz wird von drei wesentlichen Grundgedanken getragen.

Der erste Grundgedanke ist: Wir brauchen Einwanderung. Wir brauchen sie nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus demographischen Gründen. Damit muss ich den Aussagen von der SPD auch ein bisschen widersprechen. Das demographische Element ist durchaus gewollt in diesem Gesetz mit angelegt.

Der zweite Grundgedanke: Wir brauchen Integration. Wir müssen Integration deutlich stärken und fördern. Deshalb ist mit diesem Entwurf zum ersten Mal ein Rechtsanspruch auf Integration festgelegt. Das ist ein wesentlicher Fortschritt. Denn wer von Integration redet, darf nicht schlicht mit dem „Sanktionsknüppel“ drohen, sondern muss zunächst einmal das Angebot schaffen, damit Integration auch wahrgenommen werden kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Der dritte Grundgedanke: Die Zuwanderung hoch qualifizierter Kräfte in dieses Land ist notwendig. Sie darf auf der anderen Seite aber nicht gegen den menschenrechtlich begründeten Schutz der Flüchtlinge ausgespielt werden. Das ist der dritte Grundgedanke dieses Gesetzes, und deshalb ist es so gut.

Gerade jetzt, nach dem 11. September, ist es notwendig, an diesem Vorhaben festzuhalten. Man darf deshalb nicht – so, wie ich es bei Ihnen, Herr Heinz, wahrnehme – den Rückwärtsgang einlegen.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Gerade nach dem 11. September brauchen wir das Signal, dass wir an der Idee einer weltoffenen Gesellschaft festhalten und dass wir sie weiterentwickeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Verblüffende ist ja, dass die Zustimmung zu diesem Gesetzesvorhaben aus allen gesellschaftlichen Bereichen kommt, und sie kommt aus allen Parteien, auch aus Ihrer. Ich finde es wirklich verblüffend, wie Sie angesichts dieser Stimmen, die von allen Seiten kommen, geradezu auf einen fundamentalistischen Konfrontationskurs einschwenken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das versteht kein Mensch! – Zurufe von der CDU)

Merken Sie nicht, wie es einsam um Sie wird mit Ihrem Hardlinerkurs?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Warten Sie es ab.

Heute Morgen wurden schon viele Zitate und Beispiele unterstützender Stimmen gebracht. Ich kann noch ein paar hinzufügen.

Der Sprecher des Städtetags Baden-Württemberg, Manfred Stehle, warnt in der Zeitung vor einer Blockade des Gesetzes im Bundesrat und sagt, damit würde man vor allem den Interessen der Städte im Südwesten nicht gerecht.

(Abg. Hauk CDU: Da zitieren Sie gerade den Richtigen!)

– Genau. Hören Sie gut zu. Setzen Sie sich mal mit ihm zusammen, er wird es Ihnen erläutern können.

Die Kirchen begrüßen das Zuwanderungsgesetz. Die Wirtschaft begrüßt das Zuwanderungsgesetz, ganz besonders der Mittelstand. Selbst der Wirtschaftsflügel der CDU begrüßt das Vorhaben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jawohl!)

Klaus Bregger, Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung, ist heute Morgen schon erwähnt worden. Er sagt – in der Zeitung nachzulesen –:

Die Interessen der Wirtschaft bei nach wie vor bis zu 2 Millionen offenen Stellen in Deutschland werden von unserer Parteispitze nach wie vor nicht genügend berücksichtigt.

(Abg. Capezzuto SPD: Das liest Herr Heinz nicht!)

(Theresia Bauer)

Im selben Tenor der Bund der Selbstständigen, die IHK, Frau Süßmuth, Herr Geißler. Selbst Ihr Koalitionspartner geht in einer ganz amüsanten Weise auf Distanz.

(Abg. Hauk CDU: Deshalb werden die Argumente nicht besser!)

Da fragt man sich natürlich: Warum machen Sie von der FDP/DVP das? Wie können Sie eigentlich zusammen in der Regierung bleiben, wenn Sie so einen Spagat leisten müssen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie machen sich Sorgen um uns! Kümmern Sie sich um Ihren eigenen Kram!)

Ich glaube – das muss ich jetzt an die Adresse der FDP/DVP sagen –, es war eine schöne Rede, aber es war eine Schaufensterrede. Es nutzt nichts, hier eine Inszenierung aufzuführen, wenn Sie nicht Ihren eigenen Partner in der Regierung überzeugen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn wir mit dem Gesetz vorankommen wollen, brauchen wir die Unterstützung aus Baden-Württemberg. Bleiben Sie einmal hart, gehen Sie nicht in die Knie, überzeugen Sie Ihre Regierung davon, dass Baden-Württemberg im Bundesrat mitmachen muss.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Der wird anschließend von Schäuble gebürstet!)

Justizminister Dr. Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bestimmungen unseres Ausländerrechts sind zum Teil veraltet. Sie passen nicht mehr in die Zeit. Das gilt besonders für den Punkt, dass wir heute keine Möglichkeit haben, im Einzelfall zu sagen: „Dich wollen wir.“ Man darf ruhig auch noch dazusagen: „Dich wollen wir, weil wir dich brauchen können.“ Daran ist nichts Schlechtes. Eine solche Möglichkeit haben wir im bestehenden Recht nicht. Man hat sich diese Möglichkeit bisher offenbar aus dem Grund nicht geleistet, weil man Angst hatte, Angst vor nicht erwünschtem Zuzug. Ich darf auch das etwas deutlicher ausdrücken: Angst davor, dass die Falschen kommen. Ich sage auch dazu: Dies zu verhindern ist nur unvollkommen gelungen. Das wird gar niemand bestreiten. Aber, meine Damen und Herren, der Schluss kann nicht sein, dass man sich auf Dauer ein Instrument der kontrollierten, der gesteuerten, der begrenzten Zuwanderung selbst versagt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sehr richtig!)

Der Schluss ist für mich vielmehr – und er hat zwei Teile, das möchte ich durchaus betonen –: Wir brauchen einerseits eine sichere Rechtsgrundlage, um für den Fall, dass

ein Zuwanderer bei uns auf einen Arbeitsplatz zuwandern will, um für den Fall, dass er bei uns gebraucht wird, sagen zu können: Dich wollen wir; du kannst einreisen.

Andererseits – das möchte ich genauso deutlich sagen – halte ich jede Ausweitung von Rechtskonstruktionen, die ich hier übrigens überhaupt nicht grundsätzlich infrage stellen oder mindern möchte, die zur Instrumentalisierung, um das Wort „Missbrauch“ zu vermeiden, einladen, für falsch. Ich halte Rechtskonstruktionen für falsch, die zwangsläufig Menschen anlocken, die bei uns eben nur einen Rechtsweg haben, aber kein Recht auf Aufenthalt bekommen können. Vor der Ausweitung von Rechtskonstruktionen, die mit anderen Worten eben zu einem Zuzug führen, den wir nicht wollen, warne ich deutlich.

(Abg. Heinz CDU: Die stehen aber im Gesetz!)

Auf dieser Linie, Herr Heinz – das sage ich als Ausländerbeauftragter dieser Landesregierung, aber auch für meine Partei, die FDP –, würde ich empfehlen, den vorliegenden Entwurf des Bundes zur Grundlage zu machen, ihn zu überarbeiten, um ihn am Ende mit einer möglichst breiten Mehrheit beschließen zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich meine, man kann ihn zur Grundlage machen, weil er positive Ansätze enthält. Da ist die Vereinfachung des Ausländerrechts angesprochen, da ist die Integration angesprochen. Der Entwurf enthält im Grunde genommen komplett die baden-württembergischen Vorstellungen, die wir in Form eines Integrationsgesetzes schon einmal eingebracht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Auch das muss man sagen: Er enthält Einschränkungen beim Familiennachzug, die natürlich eine steuernde und begrenzende Wirkung haben. Deswegen meine ich schon, dass man ihn als Grundlage verwenden kann. Ich sehe auch, dass die Konzepte im Grunde genommen nicht weit auseinander sind.

(Abg. Drexler SPD: Das ist der Punkt!)

Wenn ich das Konzept der Müller-Kommission, den Entwurf des Bundes und den Entwurf der FDP-Fraktion nebeneinander lege, muss ich sagen: Die Bevölkerung würde sich schon wundern, wenn man da nicht in einer halben Stunde an einem Tisch zu einer Einigung käme.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Die Entwürfe sind ziemlich nahe beieinander.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Aber an dem Punkt – das möchte ich nicht verschweigen, dazu möchte ich noch ein paar Sätze sagen – habe ich natürlich auch die Sorge, dass es nicht oder eben nur vordergründig um die Frage geht, ob ein paar tausend Menschen zuziehen oder ob ein paar hundert Flüchtlinge hier bleiben, sondern es könnte – da habe ich ein bisschen Angst und Sorge – in dieser Diskussion hintergründig auch um die Frage gehen, ob man der Gefahr Vorschub leistet, dass in

(Minister Dr. Goll)

den Köpfen eine Gleichung entsteht, wonach alles Ausländische gefährlich ist, gefährlich für unseren Arbeitsmarkt, für unsere Kultur und für die Sicherheit.

Ich verstehe manche Ängste durchaus, die gerade nach dem 11. September gewachsen sind. Aber umgekehrt möchte ich ganz klar sagen: Gerade nach dem 11. September werden wir, wenn wir, meine Damen und Herren, nicht in angemessener Weise für den Dialog und für die Berührung mit anderen Kulturen offen bleiben, wenn wir nicht in angemessener Weise auch für das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturen und anderen Teilen Europas und der Welt offen bleiben, werden wir, wenn ich an das Ende dieses Prozesses schaue, gefährlichen Spannungslagen in der Welt nicht angemessen begegnen können. Wir werden eher Risiken aufbauen statt abbauen. Das möchte ich gerade jetzt sagen, nachdem es auch um die Bekämpfung des internationalen Terrorismus geht. Wenn wir da nicht ein Stück weit offen und dialogfähig bleiben, wird es auch nicht gelingen, den Terrorismus an der Wurzel zu bekämpfen. Meine Damen und Herren, das schafft Gefahren.

Wenn man sich abschottet und meint, man sei allein auf der Welt, würde sozusagen auf einer Insel der Seligen leben und bräuchte auf niemanden Rücksicht zu nehmen, wenn man über ein solches Thema wie Zuwanderung erst gar nicht reden möchte, erhöht man natürlich die Risiken und Spannungslagen in der Welt. Dann, meine Damen und Herren, entstehen nach meiner Meinung Gefahren für die Bundesrepublik Deutschland und auch für das Land Baden-Württemberg, und zwar ganz handgreifliche Gefahren. Das hat man in Amerika gesehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Fleischer CDU:
Wer tut denn das?)

Keine Gefahr ist es für mich, wenn wir ein Gesetz schaffen, in dem wir eine gesteuerte Zuwanderung ermöglichen, ein Gesetz, das nach meiner Überzeugung, übrigens in unserem ureigensten, wohlverstandenen Interesse, ohnehin gemacht werden sollte.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heinz.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt wird es schwer! –
Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wo ist eigentlich Herr
Oettinger? Bei der Basis? – Abg. Drexler SPD:
Wo ist er? In Berlin?)

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Bauer, Sie haben davon gesprochen, wir hätten den Rückwärtsgang eingelegt. Das sehe ich nicht so.

(Abg. Capezzuto SPD: Den doppelten! – Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben den Rückwärtsgang eingelegt, respektive Schily, weil er Ihnen entgegengekommen ist. So muss man es einmal ganz klar sehen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Justizminister, wir hätten gar keinen Bedarf, den Gesetzentwurf zu überarbeiten, wenn man sich näher an dem orientiert hätte, was Herr Müller erarbeitet hat. Man kann sich ja nicht hierher stellen und so tun, als hätten wir kein Interesse an einer gemeinsamen Linie gehabt.

(Abg. Drexler SPD: Aber sie gibt es nicht mehr!)

Die haben wir doch angeboten. Es waren Vorschläge da. Was haben Sie gemacht?

(Abg. Drexler SPD: Alle eingearbeitet!)

Was hat denn Schily gemacht? Er hat gesagt: Mich interessiert die Union nicht mehr, wir gehen auf die Grünen zu.

(Abg. Drexler SPD: Was? Das stimmt doch gar nicht!)

Viele Details haben Sie verändert und haben sich von uns wegbewegt und hinbewegt zu den Grünen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wie kleine Kinder!)

Ich will eines ganz klar sagen:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ein Heinz!)

Ich glaube nicht, dass wir durch die Signale, die jetzt gesetzt worden sind, und zwar hin zu den Grünen, die Bevölkerung mitnehmen. Herr Pfister, da sind wir nicht auf dem richtigen Weg.

(Abg. Fischer SPD: Man kann die Bevölkerung mitnehmen, wenn man sie richtig informiert, nicht wenn man immer hetzt!)

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen. Die Aufwertung des kleinen Asyls führt zur Möglichkeit des vollen Familiennachzugs und damit zum Zugang zum Arbeitsmarkt ohne jede Bedarfsprüfung und ohne jede Quotierung. Das müssen Sie einmal der FDP sagen. Das ist nämlich so. Nichts Quotierung und Steuerung. Familiennachzug: voll im Arbeitsmarkt drin, ohne Bedarfsprüfung, ohne Quotierung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mich würde viel mehr interessieren, wo heute Herr Oettinger ist!)

Damit verlassen wir sogar eine gemeinsame europäische Linie.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich denke, dass der Wegfall der Staatlichkeit bei der Gesetzesänderung noch erheblichen Zuwanderungsdruck erwarten lässt.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mich interessiert viel mehr, wo Herr Oettinger ist!)

– Jetzt beruhigen Sie sich doch einmal, und hören Sie zu! Ganz gelassen bleiben!

(Heinz)

Mir missfällt weiter die Ausweitung auf die Konventionsflüchtlinge. Damit erweisen wir der Integration einen Bärendienst.

Ich kann nur zusammenfassend feststellen, dass wir mit dem Familiennachzug der Integration praktisch einen Bärendienst erweisen und im Prinzip eigentlich eher Hürden aufbauen.

Ich möchte etwas unterstreichen, was Herr Pfister zu Recht gesagt hat: Wir machen zwar Angebote – oder, wie Sie, Frau Bauer, gesagt haben, wir schaffen Ansprüche für Integration –, aber es fehlen eindeutig die Pflichten. Ich muss doch erwarten können, dass jemand auch Pflichten übernimmt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das muss noch verbessert werden! Da haben Sie Recht!)

Da sind wir doch auch einer Meinung, dass man hier etwas tun muss.

Mir ist noch etwas aufgefallen: Herr Pfister, Sie haben gesagt, damit gebe es jetzt Beschleunigungseffekte. Die sehe ich noch nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Doch! Die sind drin! Einzelrichterentscheidung zum Beispiel!)

Es gibt immer noch die gleichen Instanzen, es wird keine Instanz abgebaut. Da wurde gar nicht viel verbessert.

Kontraproduktiv empfinde ich auch Folgendes: Wir machen eine weitgehende Legalisierung der unrechtmäßigen Aufenthalte. Das bringt uns allein 260 000 Bürger auf einen Schlag, die wir mehr aufnehmen müssen, indem wir das legalisieren. Das halte ich nicht für richtig.

Ich will noch etwas erwähnen: Wir gewähren von Anfang an den vollen Sozialhilfesatz für die Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen hier sind. Über das Geld haben wir bis jetzt noch gar nicht geredet. Was passiert denn dann? Wer soll das bezahlen? Doch nicht der Bund! Es wäre ja schön, wenn er das tun würde, aber diese erhöhten Sozialhilfesätze bleiben wieder bei den Kommunen hängen.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es! Genau so! – Abg. Döpper CDU: Das sind die Schattenseiten!)

Das sind Details, über die niemand spricht. Der Gesetzentwurf umfasst 258 Seiten, niemand hat ihn ganz gelesen, und am Schluss kommen dann solche Details heraus. Über das Geld muss man ja auch einmal reden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig! Stimmt!)

Lassen Sie mich als Fazit zusammenfassen: Aus meiner Sicht hat der Gesetzentwurf erhebliche Mängel. Ich kann mich immer noch Ihrer Aussage, Herr Justizminister, anschließen, dass man darüber reden kann, den Gesetzentwurf zu verbessern und die Mängel auszumerzen.

(Abg. Drexler SPD: Sie machen es doch nicht! Sie haben es doch schon abgelehnt!)

Dazu waren und sind wir bereit. Aber diese Mängel muss man doch einmal ansprechen dürfen. Da dürfen Sie nicht

aufheulen, sondern die muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Aus meiner Sicht führt dieser Gesetzentwurf – und ich sage dies ganz deutlich – gegenüber dem Referentenentwurf von Herrn Schily, der ja auch einmal im Raume stand und über den wir gar nicht so geschimpft hatten,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

eindeutig zu einer faktischen Ausweitung des Asylrechts.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Schily hat sich entschieden, auf die Grünen zuzugehen. Er hat seine Meinung aus meiner Sicht um 180 Grad gedreht

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mein Gott!)

und hat sich von der Union entfernt.

(Abg. Bebbler SPD: Ist doch nicht wahr! – Abg. Döpper CDU: Das wird auch wieder anders!)

Aus meiner Sicht macht sich Schily damit nicht zum Sachwalter der Bürgerinnen und Bürger, sondern zum Sachwalter des linken Flügels der SPD und ihres grünen Koalitionspartners.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluss möchte ich nur noch feststellen:

(Unruhe)

Ich habe das Gefühl, dass sich Schily von seinem Image als Kämpfer für Recht und Ordnung doch sehr entfernt hat und eher ein Parteisoldat geworden ist.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Peinlich!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Heinz, gehen wir doch einmal ins Detail. Drei ganz wichtige Bereiche aus dem Bundesvorstandsbeschluss Ihrer Partei sind voll übernommen worden. Ich sage Ihnen das auch. Ich verstehe Sie gar nicht. Der Gesetzentwurf ist doch insgesamt ein Kompromiss. Darin sind doch schon viele Ideen der CDU enthalten.

Im Bereich gering qualifizierter Tätigkeiten besteht kein dauerhaftes Zuwanderungsbedürfnis.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch schon gesagt worden!)

Arbeiterlaubnisse sollen nur zeitlich befristet werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist schon gesagt worden!)

Dies ist eingearbeitet. Dies stand in Ihrem Bundesvorstandsbeschluss.

(Abg. Heinz CDU: Jetzt sagen Sie doch einmal etwas zu den Dingen, die ich gesagt habe!)

(Drexler)

Im Bereich qualifizierter Fachkräfte gilt der Grundsatz „Ausbildung und Qualifizierung vor Zuwanderung“. Die Zuwanderung soll hier nur nachrangig und bedarfsorientiert erfolgen. Das ist voll übernommen worden aus dem Bundesvorstandsbeschluss der CDU.

Dritter Bereich: In Bezug auf höchst qualifizierte Tätigkeiten sind attraktive großzügige Ausnahmebedingungen für zeitlich unbefristete Zuwanderung zu schaffen. Ihr Beschluss! Ist voll übernommen worden.

(Abg. Heinz CDU: Jetzt sagen Sie einmal etwas zu den Dingen, die ich gesagt habe!)

– Ein paar Dinge werden nicht eingearbeitet werden, weil der Gesetzentwurf ein Kompromiss ist. Das kann doch kein CDU-Gesetz werden! Dafür haben Sie auch keine parlamentarische Mehrheit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Lassen Sie mich noch etwas sagen: Ich verstehe eines nicht. Baden-Württemberg braucht doch dieses Gesetz, nicht das Saarland braucht das Gesetz. Wir brauchen das Gesetz, und insofern verstehe ich überhaupt nicht, warum die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg dagegen ist. Sie müssten eigentlich für das Zuwanderungsgesetz sein und nicht dagegen. Denn wir brauchen in der Region Stuttgart und in anderen Bereichen eine qualifizierte Zuwanderung, Saarland und Saarbrücken sicher nicht. Deswegen verstehe ich die Haltung Ihrer Fraktion überhaupt nicht.

Ich glaube, dahinter steckt Wahlkampf. Es sind keine Angebote gemacht worden. Herr Teufel hat sein Nein schon vor 14 Tagen geäußert, Ihr Generalsekretär hat es schon im September geäußert. Ich sehe überhaupt nicht, wo Ihre Angebote sind, ein Gesetz gemeinschaftlich so zu machen, wie das die FDP/DVP heute im Landtag vorgeschlagen hat.

Zum Schluss noch eines, Herr Heinz. Herr Teufel reist im Ausland herum und verschenkt Schokolade. Darauf steht „Ritter Sport Schokolade“, und darauf steht: „Kommen Sie in das Land, in dem Milch, Kakao und Motoröle fließen!“

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Das finde ich nicht schlecht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: In welchem Land leben wir denn?)

Das finde ich nicht schlecht, und über diesen Spruch kann man noch nachdenken. Aber Herr Teufel lädt die Leute mit Schokolade ein und schickt sie wieder zurück, weil es kein Zuwanderungsgesetz gibt. Das ist doch hirnrissig!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Drexler, diese Kampagne

ist übrigens international prämiert worden. So schlecht kann sie also nicht sein.

(Abg. Bebber SPD: Die Konsequenz! – Abg. Drexler SPD: Es geht um die Konsequenz!)

Frau Bauer, zu Ihnen. Wenn Sie die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden als Schaufensterrede diffamieren, tun Sie der Sache keinen guten Dienst. Ich möchte auch einmal darauf hinweisen, dass in Ihrer Koalition in Berlin möglicherweise stärkere Spannungen existieren

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das würde ich auch sagen!)

als zwischen den Koalitionsfraktionen hier in Baden-Württemberg in dieser Frage.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Natürlich können an dem Entwurf, der uns nun vorliegt, der aber, wie wir gesagt haben, einen akzeptablen und wirklich tragfähigen Kompromiss darstellen könnte, noch Verbesserungen vorgenommen werden.

(Abg. Drexler SPD: Jederzeit!)

Das ist doch keine Frage, und das ist auch, wenn ich richtig zugehört habe, von Herrn Heinz gesagt worden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir sind am Anfang des parlamentarischen Verfahrens!)

Trotzdem drängt sich schon ein bisschen der Eindruck auf, als wollte man das Thema aus wahltaktischen Gründen doch noch ein Stück weit bis zur Bundestagswahl wegschieben, die übrigens möglicherweise gar nicht so furchtbar weit entfernt sein soll.

Nun höre ich immer das Argument: Wir müssen das in Wahlkämpfen thematisieren. Ja, meine Damen und Herren, haben wir in der Vergangenheit nicht viele Wahlkämpfe erlebt, in denen gerade diese Frage thematisiert worden ist? Es ist Zeit, dass wir jetzt einmal einen Knopf daran machen. Jetzt haben wir die Chance dazu, und wir sollten sie gemeinsam nutzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Birzele SPD: Die Mehrheit in diesem Hause steht!)

Dass gerade das Land Baden-Württemberg Zuwanderung braucht, hat übrigens auch die Kommission, die der Ministerpräsident eingesetzt hat, die Zukunftskommission für das Land Baden-Württemberg, eindeutig gesagt.

Ich nenne noch einmal die Punkte: Die demographische Entwicklung wird nicht allein durch Zuwanderung in den Griff zu bekommen sein. Natürlich müssen wir eine vernünftige Familienpolitik machen, und natürlich müssen wir die sozialen Sicherungssysteme ein Stück weit reformieren. Da ist wiederum der Bund gefragt. Aber wir brauchen eben als einen der Bausteine eine gesteuerte Zuwanderung, und zwar eine Zuwanderung in die Sozialsysteme mit Beitragsfinanzierung durch diejenigen, die zu uns kommen, und

(Dr. Noll)

nicht in die Sozialhilfesysteme. Da sind wir uns durchaus einig, Herr Heinz.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Nun glaubt man, im Wahlkampf mit dem Thema „Zuwanderung von Ausländern“ die Lufthoheit über den Stammtischen zu erringen. Man sollte aber wirklich einmal genau zuhören, was an den Stammtischen gesprochen wird. An den Stammtischen wird nämlich genau das gesagt, wofür wir auch eintreten. Wir können nicht eine unbegrenzte Zuwanderung haben. Aber Sie werden immer wieder hören, dass man keineswegs den Arbeitskollegen, seine Familie und seine Kinder meint, die integriert sind, und dass man keineswegs dafür ist, dass man weiterhin den Unsinn praktiziert, wie wir ihn derzeit betreiben, nämlich Menschen abzuschieben, die hier dringend gebraucht werden, die voll integriert sind und denen wir nicht die Chance geben, hier weiterhin dafür zu sorgen, dass kleine mittelständische Betriebe überleben können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Da möchte ich jetzt doch noch einmal an unsere Anfrage erinnern. Wir haben ja gesagt: Wir wollen ein Moratorium für genau diese Fälle – davon gibt es in kleinen oder mittleren Betrieben sehr viele. Ich darf Ihnen einmal eine Zahl nennen: Im Jahr 2000 konnten 28 000 Stellen in Baden-Württemberg für Un- und Angelernte nicht besetzt werden, und dies in aller Regel bei kleinen und mittleren Betrieben unter 100 Beschäftigten. Genau im Interesse der kleinen und mittleren Betriebe fordern wir, dass wir angesichts eines hoffentlich bald verabschiedeten Zuwanderungsgesetzes bald zu einem Abschiebemoratorium kommen. Doch da, meine Herren von der linken Seite, habe ich von Ihnen bisher leider nicht von so furchtbar viel Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten, die Sie über den Bundesinnenminister hätten, gehört.

Sie – und auch Bundeskanzler Schröder – haben bisher immer sehr stark für die Greencard im Interesse der großen Firmen gekämpft. Was hat Sie aber eigentlich daran gehindert, im Vorgriff auf ein Zuwanderungsgesetz eine analoge Regelung im Interesse der kleinen und mittleren Betriebe zu schaffen?

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Auch da drängt sich wie in allen anderen Politikbereichen der Eindruck auf: Die Bosse sind Ihnen wichtig, die Kleinen sind Ihnen egal.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD, auf die CDU deutend: Die klat-schen!)

Lassen Sie uns also im Interesse des Landes Baden-Württemberg gemeinsam dafür sorgen, dass wir zu einer vernünftigen Steuerung der Zuwanderung kommen, und unterstützen Sie unsere Initiative!

(Abg. Bebber SPD: Das können Sie doch hier im Land machen!)

Unterstützen Sie unsere Initiative, damit wir im Vorgriff auf ein Zuwanderungsgesetz diese drängenden Probleme

für die kleinen und mittleren Betriebe lösen können, indem wir ein Moratorium in Bezug auf die Abschiebung der angesprochenen Menschen schaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD:
Das können Sie doch hier im Land machen! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwei Gedanken aus der Debatte möchte ich noch einmal aufgreifen:

Herr Heinz, Sie haben argumentiert, Sie hätten Probleme mit diesem Gesetzentwurf, weil er in der Folge nicht zu wenig, sondern zu mehr Zuwanderung führen werde.

(Abg. Heinz CDU: So ist es, Frau Bauer!)

Ich frage mich: Woher nehmen Sie eigentlich die Gewissheit, dass wir zu viele Ausländer im Land haben oder dass zu viele hierher kommen?

(Abg. Pfisterer CDU: Aus der Erfahrung! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich glaube, Sie sind da auf dem Holzweg und Sie schüren damit Ängste bei der Bevölkerung in einer völlig unnötigen Weise.

Ich empfehle Ihnen, sich zur Lektüre einmal den Migrationsbericht der Bundesregierung, der vor wenigen Tagen herausgekommen ist, vorzunehmen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Da können Sie nachlesen, dass sich das Migrationsgeschehen in der Bundesrepublik seit mehreren Jahren beruhigt hat.

(Abg. Heinz CDU: Wir haben gegenüber dem letzten Jahr eine deutliche Steigerung bei der Zahl der Asylbewerber! Das ist so!)

Es gibt eine sehr moderate Bilanz. Wenn wir die Zugänge zugrunde legen und die Abgänge gegenrechnen, haben wir in den Jahren 1998 und 1999 sehr moderate Zahlen im Bereich von rund 100 000 Zugängen von Ausländern.

(Abg. Heinz CDU: Und dieses Jahr haben wir 10 000 mehr! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Du liebe Güte! Machen Sie doch nicht eine Ameise zum Elefanten!

(Beifall bei den Grünen – Widerspruch bei der CDU)

Sie können auch nicht die von Ihnen eher als Gefahr oder als unangenehm beschriebenen Asylbewerber meinen. Denn bei den Asylantragstellern sieht man genau dieselbe Entwicklung: Es ist zu einer Beruhigung in diesem Bereich gekommen.

(Abg. Hauk CDU: 10 % mehr als im letzten Jahr!
Also nicht Beruhigung, sondern Steigerung!)

(Theresia Bauer)

– 1999 und 2000 waren wir bei weniger als 100 000 Antragstellern. Wenn es von diesem niedrigen Niveau aus jetzt in diesem Jahr zu einem kleinen Anstieg kommt: Blasen Sie das bitte schön nicht auf! Im Interesse der Stimmung in diesem Land: Blasen Sie es nicht unnötig auf! Denn das ist nicht angemessen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch wenn Sie den europäischen Vergleich anschauen, stellen Sie fest, dass Deutschland keineswegs in einer Spitzenposition ist und Sie sich ängstigen müssten. Wir befinden uns im guten Mittelfeld. Wir sind im europäischen Vergleich an der fünften Position, wenn man die Zuwanderung in Relation zur Zahl der Bevölkerung insgesamt anschaut.

Ein zweiter Gedanke: Herr Goll, Sie haben das relativ ausführlich aufgegriffen und argumentiert, man müsse aufpassen, dass hier nicht die „Falschen“ ins Land kommen. Sie unterscheiden sozusagen zwischen dem guten Ausländer, den wir gern haben wollen, weil er uns nützt, und denjenigen, die uns weniger genehm sind, die die „Falschen“ sind, Menschen, die wir nicht wollen. So haben Sie es genannt.

Ich möchte davor warnen, einen solchen Gedankengang zu pflegen und so etwas in Politik umzusetzen.

(Abg. Heinz CDU: Sie wollen alle!)

Wir sind als Bundesrepublik Deutschland ein Land, das mit wirtschaftlichem Wohlstand gesegnet ist.

(Abg. Hauk CDU: Wenn Sie noch lange regieren, nicht mehr lange!)

Wir haben es nicht nötig und es ist regelrecht peinlich, wenn Sie sich derart von humanitären Verpflichtungen distanzieren, die im europäischen Standard absolut üblich sind. Die humanitären Schutzregelungen, die im Zuwanderungsgesetz vorgeschlagen sind, sind nichts anderes als eine Anpassung an den europäischen Standard, hinter dem wir in Deutschland zurückgeblieben sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

Sowohl beim Familiennachzug als auch in der Frage der Schutzgewährung bei nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung nähern wir uns mit dem Zuwanderungsgesetz dem europäischen Standard an. Ich frage mich wirklich, welches Menschenbild bei Ihnen dahinter steckt, wenn Sie so einfach darüber hinweggehen, dass Menschen, die wegen nichtstaatlicher oder geschlechtsspezifischer Verfolgung kommen, Frauen, die in ihrem Heimatland von Berufsverbot bedroht sind oder ausgepeitscht werden, wieder weggeschickt werden können. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Heinz CDU: Das gibt es bei uns in Europa auch! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir sehen jeden Tag Bilder aus Afghanistan. Können Sie angesichts dessen tatsächlich nicht nachvollziehen, dass nichtstaatliche Verfolgung existiert? Schauen Sie sich Afghanistan an: Dort herrschen keine staatlichen Strukturen, sondern herrscht ein illegitimes Regime, das – genauso wie es ein staatliches System auch könnte – politische Verfolgung produziert.

(Abg. Hauk CDU: Dann kämpfen Sie doch gegen dieses illegitime Regime! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Sie stimmen doch morgen nicht zu, im Bundestag! Aber er reißt das Maul auf!)

– Wir sind dabei, machen Sie sich keine Sorgen. Warten Sie den morgigen Tag ab – ich bin da ganz zuversichtlich.

(Unruhe)

Was ich an diesem Gedankengang wirklich gefährlich finde: Es geht nicht nur darum, dass wir humanitäre Schutzstandards auf europäischem Niveau sichern wollen. Wir müssen auch im Interesse des Wirtschaftsstandorts und des internationalen Hochschulstandorts sehen, dass wir den richtigen Tonfall finden und unsere Bevölkerung darauf vorbereiten, was eine weltoffene Gesellschaft ist. Wir können es uns nicht erlauben, die Vorbehalte gegen den ungewollten, den „falschen“ Ausländer bei uns im Land zu pflegen, denn den Menschen auf der Straße wird man nicht ansehen, ob es „gute“ oder „schlechte“ Ausländer sind, die hier herumlaufen. Deshalb fordere ich Sie auf, Verantwortung für dieses Land zu zeigen, für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort und in diesem Sinne für die weltoffene Einwanderungsgesellschaft einzutreten.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So, jetzt wird der Goll gebürstet!)

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir dürfen nicht in die Gefahr geraten, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. Wie war denn die Entwicklung? Die CDU war die erste Partei, die mit der so genannten Müller-Kommission ein Zuwanderungskonzept vorgelegt hat.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ein Witz! Das haben wir schon vor fünf Jahren gemacht!)

Dieses Zuwanderungskonzept der Müller-Kommission hat große Zustimmung gefunden, übrigens auch von rot-grüner Seite. Dann kam die Süßmuth-Kommission; deren Ergebnisse habe ich für die Landesregierung als teilweise durchaus akzeptabel bezeichnet, aber auch darauf hingewiesen, dass man sich da und dort noch bewegen müsse.

Anfang August kam der erste Schritt, nämlich der Gesetzesentwurf der Bundesregierung, besser gesagt, der Referentenentwurf aus dem Bundesinnenministerium – also der Gesetzesentwurf des Kollegen Schily.

(Minister Dr. Schäuble)

An dieser Stelle muss ich einen kleinen Einschub machen. Herr Kollege Schily, den ich – Herr Kollege Drexler – sehr schätze,

(Abg. Drexler SPD: Ah!)

noch ein bisschen mehr als Sie –

(Heiterkeit)

und Sie schätze ich auch schon –,

(Abg. Drexler SPD: Ich verstehe das nicht ganz! –
Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Ich auch
nicht!)

hat sich in meinen Augen wirklich Verdienste erworben,

(Abg. Bebber SPD: Das macht er immer so, das ist
Taktik: dass er erst lobt und dann ablehnt!)

weil er die Linken in Ihrer Partei und erst recht die Grünen Stück für Stück mit der Realität vertraut gemacht bzw. in die Realität hineingezwungen hat. Das ist wirklich ein Verdienst von Otto Schily.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Pfister FDP/DVP zur SPD: Warum
klatscht ihr eigentlich nicht?)

Vor diesem Hintergrund, auch mit Blick auf Erklärungen, die Kollege Schily gemacht hat, als er Anfang August seinen Referentenentwurf zur Zuwanderung der Öffentlichkeit vorgestellt hat, bestand bei uns die begründete Hoffnung, dass Schily sich in dem einen oder anderen wichtigen Punkt noch auf uns zubewegen könnte,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Heuchelei!)

was dann auch zu einem Konsens hätte führen können.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie waren doch beleidigt!)

– Nein, ich bin überhaupt nicht beleidigt. Aber Sie wissen ja ganz genau, dass ich damit den Nagel auf den Kopf treffe.

Jetzt ist Kollege Schily vermutlich aus zwei Gründen, nämlich zum einen, weil er doch Rücksicht nehmen musste auf die linksliberalen Kräfte in der SPD – Stichwort: Däubler-Gmelin –

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ist das eine Linke? – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Die ist wirklich links!)

– ja, natürlich –, und zum anderen, weil natürlich die Bundesregierung alles tun muss, um den Grünen für die Zustimmung zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan eine Brücke zu bauen, plötzlich zurückgewichen

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es, genau!)

und leider Gottes zum Bettvorleger geworden. Das ist der Punkt, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ich weiß aber, wo bei der CDU der rechte Flügel ist!)

Wir hatten letzte Woche Innenministerkonferenz. Wir haben dort ganz klar darauf hingewiesen: Es hätte, wenn Schily es bei dem einen oder anderen Punkt geschafft hätte, die Bundesregierung, die rot-grüne Koalition noch dazu zu bringen, sich auf uns zuzubewegen, zu einer Einigung kommen können. Aber er geht jetzt in die andere Richtung. Damit sind in der Tat leider Gottes die Chancen für einen Konsens bei diesem Gesetz wirklich sehr schlecht geworden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt kommen die
Krokodilstränen! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Jetzt der Reihenfolge nach: Ich will Ihnen, Herr Kollege Drexler, in Bezug auf das, was Sie gerade im zweiten Teil Ihrer Rede aufgegriffen haben, zunächst einmal durchaus konzedieren – und das gilt auch an die Adresse unseres Koalitionspartners –: Für uns, den CDU-Teil in dieser Landesregierung, liegt das Problem nicht in erster Linie bei den vorgesehenen Regelungen zur Erfüllung des Arbeitskräftebedarfs für den Arbeitsmarkt usw. usf. Da sagen wir zwar auch, es müsste das eine oder andere noch verbessert werden. Zwei Punkte wären hier für mich wichtig. Im Augenblick sieht der jetzt vorliegende Gesetzentwurf für den Zuzug zum Arbeitsmarkt eine so genannte angebotsorientierte Lösung vor. Sie wissen, was das heißt: Wenn ein Ausländer eine bestimmte Punktezahl auf dem Konto erreicht hat, darf er nach Deutschland kommen und hat dann die Möglichkeit, sich hier einen Arbeitsplatz zu suchen. Wir sagen demgegenüber, es wäre besser, eine nachfrageorientierte Lösung vorzusehen, nämlich dass jemand dann kommen darf, wenn er von einem Arbeitgeber gebraucht wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr
gut, Herr Minister!)

Da hat aber bei der Innenministerkonferenz die Bundesregierung in Gestalt von Herrn Schily und auch von Herrn Schapper gesagt, darüber könnte man noch reden. Deshalb ist das für mich nicht das Problem.

Ich will außerdem auch noch einmal darauf hinweisen – ich glaube, ich habe das in diesem hohen Haus verschiedentlich sagen dürfen –: Natürlich müssen wir alles tun, damit die so genannten besten Köpfe der Welt ein Interesse daran haben, nach Deutschland zu kommen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Weil wir so ein welt-
offenes Land sind!)

Da muss man dann auch wirklich großzügige Regelungen schaffen. Auch das ist für uns nicht das Problem.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Bei Ihrer Politik ist
das für Ausländer richtig attraktiv!)

– Hören Sie genau zu, Herr Salomon, wenn Sie wirklich an einem Konsens interessiert sind, solange Sie in Berlin vielleicht noch dabei sind. Das kann sich jetzt ja sehr schnell ändern.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Der
Abschied steht nahe! – Abg. Pfister FDP/DVP:
Der Abschied schmerzt schon!)

(Minister Dr. Schäuble)

Aber wenn ich das einfach so sagen darf als Ausdruck der persönlichen Sympathie, die ich gegenüber Ihnen und vielen Ihrer Fraktion hier im Landtag empfinde:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt kommen mir die Tränen!)

Gleichgültig, was in Berlin passiert, wir können uns trösten, dass Sie uns jedenfalls im Landtag vorläufig erhalten bleiben werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

Innenminister Dr. Schäuble: Natürlich.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Minister, ist Ihnen § 39 des Entwurfs bekannt, der besagt?:

Ein Aufenthaltstitel, der einem Ausländer die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt, darf nur mit Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit erteilt werden . . .

Absatz 2 Nr. 1 Buchst. a bestimmt, dass die Arbeitserlaubnis nur erteilt werden kann, wenn sich durch die Beschäftigung des Ausländers keine nachteiligen Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt ergeben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und nur befristet!)

Innenminister Dr. Schäuble: Natürlich. Aber, Frau Kollegin Utzt, ich habe doch gerade vorhin darauf hingewiesen: Das ganze Kapitel aus dem Gesamtgesetzentwurf, das sich mit der Frage beschäftigt, welche Arbeitskräfte nach Deutschland kommen können und kommen sollen, ist für mich nicht das eigentliche Problem. Da könnte ich mir im Detail da und dort noch bessere Lösungen vorstellen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch ein Wort!)

Ich habe das Beispiel genannt: weg von der angebotsorientierten Lösung, hin zur nachfrageorientierten Lösung. Aber das ist für mich nicht das eigentliche Problem. Es ist auch wichtig, Herr Kollege Pfister, mit Blick auf unsere Partnerschaft in der Koalition. Denn das ist ja der Punkt, auf den Sie als FDP/DVP-Fraktion den größten Wert legen. Ich sage noch einmal: Dieses Segment aus dem Gesetzentwurf ist nicht das eigentliche Problem.

Ich finde es übrigens auch gut: Sie haben das richtig gesagt, Herr Kollege Drexler. Ich muss Sie heute dauernd loben. Ich wundere mich.

(Abg. Drexler SPD: Das macht mich stutzig!)

– Ja, mit Recht.

(Zurufe)

Sie haben vorhin auf die Möglichkeit befristeter Arbeitsverhältnisse hingewiesen, was auch ganz wichtig ist.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist richtig!)

Denn wir müssen uns über eines im Klaren sein: Bei jetzt wieder 4 Millionen Arbeitslosen müssen wir primär weiter dafür sorgen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch das ist richtig!)

dass die Arbeitslosen dann auch die freien Stellen ausfüllen. Wir müssen weiterhin daran arbeiten – weil das ja auf den Nägeln brennt und die Arbeitgeber, durchaus verständlicherweise, sagen: „Wir kriegen, obwohl es so viele Arbeitslose gibt, oftmals niemanden, insbesondere nicht für eine harte, unbequeme Tätigkeit“ –, unseren Sozialstaat so umzubauen, dass wir zum Arbeiten motivieren und nicht zum Nicht-Arbeiten verführen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Deshalb, Herr Kollege Drexler, ist es auch so wichtig, dass diese befristeten Arbeitsverhältnisse wirklich möglich sind. Denn wir sind uns doch hoffentlich darüber im Klaren –

(Abg. Bebber SPD: Ein bisschen bewegt sich auch der Schäuble!)

das zeigen auch alle bisherigen Erfahrungen –: In dem Augenblick, in dem Ausländer nach Deutschland kommen können und dann einen sicheren, unbefristeten Status zum Aufenthalt und für das Arbeiten erhalten, werden sie sich verständlicherweise am Arbeitsmarkt auch umorientieren und dann eben auch nicht mehr diese unbequemen Tätigkeiten wahrnehmen. Auch das müssen wir berücksichtigen, meine Damen und Herren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Deshalb ist es befristet! Deshalb muss es befristet sein! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das ist es doch!)

Deshalb ist dies auch in Ordnung. Das ganze Segment, Herr Kollege Drexler – Frau Kollegin Utzt, hier darf ich auch Sie noch einmal ansprechen –, wäre für uns verhandelbar, denn da geht es im Grunde genommen um Detailfragen, über die man sprechen kann.

(Abg. Bebber SPD: Jetzt!)

Es gibt aber zwei Bausteine, die zum einen jetzt hineingekommen bzw. zum anderen nicht weiterentwickelt worden sind. Sie werden dazu führen, dass für uns eine Zustimmung zu diesem Zuwanderungsgesetzentwurf nicht möglich sein wird.

Ich sage den ersten: Der erste ist das „kleine Asyl“, nämlich die Tatsache, dass jetzt auch nichtstaatliche Verfolgung und geschlechtsspezifische Verfolgung zum „kleinen Asyl“ führen sollen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zurück nach Afghanistan! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist europaweit so! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das gibt es doch heute schon!)

– Herr Kollege Palmer, das ist doch ein dummer Zwischenruf. – Aber auch dazu darf ich darauf hinweisen, dass der Kollege Schily, als dieses „kleine Asyl“ anfänglich nicht

(Minister Dr. Schäuble)

im Entwurf enthalten war, richtigerweise darauf hingewiesen hat,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist europäischer Standard!)

dass diese Leute natürlich auch schon nach der bestehenden Rechtslage geschützt sind. Also geht es darum gar nicht.

(Zurufe, u. a. der Abg. Theresia Bauer GRÜNE und Pfister FDP/DVP)

– Nein. – Ich werde es Ihnen klar machen, und Sie werden es begreifen, wenn Sie guten Willen haben, denn ich werde es verständlich erklären können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Oh Schäuble!)

Ich mache das mundgerecht, auch für die Opposition.

(Abg. Bebber SPD: Jetzt kommt die Arroganz wieder voll raus!)

– Aber, Herr Kollege Bebber!

(Abg. Bebber SPD: Das ist doch arrogant! Das ist es doch!)

Nehmen Sie die kleinen Scherzchen doch einfach so, wie sie gemeint sind.

(Abg. Bebber SPD: Jetzt kommen die Weichteile wieder raus! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann war das ein Scherz, ganz klar!)

– Natürlich. Wir brauchen doch nicht immer so bierernst zu sein, ich bitte Sie.

Ich will kurz zurückblicken: Als die Diskussion über die Zuwanderung – –

(Zurufe von der SPD)

Jetzt sehe ich leider Herrn Kollegen Döring nicht, aber Herr Kollege Goll ist da.

(Abg. Drexler SPD: Der hat sich versteckt!)

– Er hat keinen Grund, sich zu verstecken. Er macht seine Arbeit gut.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Bebber SPD: War das jetzt auch ein Scherz? Ein Scherz nach dem anderen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich mache mir richtig Sorge!)

Als die Diskussion begann, haben namhafte Leute, darunter der erwähnte tüchtige Kollege Döring, gefordert – bitte, Herr Kollege Pfister, erinnern Sie sich daran –,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie viele Witze machen Sie denn noch?)

das Asyl als Individualgrundrecht durch eine Institutsgarantie zu ersetzen. Das war, wie Sie wissen, ein Gedanke und eine Überlegung, die zu Ihrem Entsetzen, wie ich aller-

dings unterstellen will, bei der CDU und erst recht bei der CSU schon immer auf viel Wohlwollen gestoßen ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die rechtlich gar nicht machbar ist!)

Übrigens, wenn wir von Kompromiss reden, Herr Kollege Drexler, muss ich sagen, dass das ein außerordentlich großes Entgegenkommen von unserer Seite war. Man ist dann im Verlauf der Diskussion von diesem Gedanken wieder abgekommen,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Warum?)

um die Chance für ein Zuwanderungsgesetz überhaupt zu eröffnen. Denn wenn es bei dieser Forderung geblieben wäre, wäre eine Einigung überhaupt nicht möglich gewesen.

Aber jetzt sage ich: Wer aus guten Gründen schon dafür ist, das heutige Asylgrundrecht als Individualgrundrecht abzuschaffen und durch die Institutsgarantie zu ersetzen, der muss erst recht gegen die Ausweitung des „kleinen Asyls“ sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das hat doch mit der Sache nichts und mit Ideologie alles zu tun!)

– Jetzt, Herr Salomon, kommt der Punkt.

(Abg. Bebber SPD: Alles nur Späße!)

– Nein, Herr Kollege Bebber, jetzt wird es wirklich ernst. – Jetzt kommt der Punkt, den ich Ihnen – nicht Ihnen persönlich, aber der Bundesregierung und der rot-grünen Koalition in Berlin – vorwerfen muss: Mit der Ausweitung des „kleinen Asyls“ auf nichtstaatliche Verfolgung und geschlechtsspezifische Verfolgung strafen Sie den Titel dieses Gesetzes Lügen, der ja heißt: „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Nein! Die kommen doch gar nicht mehr! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist europäische Norm!)

– Warten Sie ab. Denn mit diesem Gesetzesteil können Sie überhaupt nicht mehr steuern und erst recht nicht begrenzen.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Deshalb, meine Damen und Herren, täuschen Sie mit dem Namen des Gesetzes die deutsche Bevölkerung. So sieht es aus.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ja ein Rückzugsgefecht!)

Warum ist dies so, Herr Kollege Salomon? Ich will es Ihnen erklären.

(Zuruf von der CDU: Das kapiert der nie!)

Bisher ist es so, dass derjenige, der das so genannte „kleine Asyl“ zugesprochen erhält, eine Duldung bekommt. Diese Duldung ermöglicht dann die Rückführung dieser Perso-

(Minister Dr. Schäuble)

nen, wenn sich zum Beispiel die Verhältnisse in ihrer Heimat zum Positiven entwickeln. Nehmen Sie den Balkan, in den man eine Zeit lang nicht zurückführen konnte, aber nachdem es in Bosnien-Herzegowina und inzwischen auch im Kosovo besser geworden ist, kann man die Leute Schritt für Schritt in ihre Heimat zurückschicken, weil sie nur eine Duldung haben, die jederzeit widerrufbar ist.

Bei dem Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung und der rot-grünen Koalition ist aber vorgesehen, dass dieser Personenkreis nicht nur eine Duldung erhalten soll, sondern eine Aufenthaltserlaubnis. Das bedeutet, dass der Aufenthalt dieser Personen dann faktisch zu einem Daueraufenthalt wird.

(Abg. Drexler SPD: Falsch!)

Das geht in die völlig falsche Richtung.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

– Doch.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wesentlich falsch! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

– Ich weiß, was Sie meinen, Herr Kollege Drexler.

Präsident Straub: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

Innenminister Dr. Schäuble: Ja, aber ich möchte erst den Satz zu Ende sprechen dürfen, Herr Präsident.

Präsident Straub: Bitte.

Innenminister Dr. Schäuble: Ich weiß, was Sie meinen. Natürlich soll das nach drei Jahren überprüft werden. Aber, meine Damen und Herren, man kann heute schon sagen, was bei dieser Überprüfung nach drei Jahren herauskommt, nämlich nichts.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Wie ist das sonst bei Überprüfungen?)

Jetzt können Sie Ihre Zwischenfrage stellen.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Minister, kennen Sie § 26 des Entwurfs?

(Abg. Bebber SPD: Er kennt ihn, aber er ignoriert ihn!)

Innenminister Dr. Schäuble: Ja, eben. Das habe ich ja schon angesprochen.

Abg. Inge Utzt SPD: Bitte gestatten Sie, dass ich den zitiere.

Innenminister Dr. Schäuble: Ja, natürlich.

Abg. Inge Utzt SPD: Absatz 1:

Die Aufenthaltserlaubnis nach diesem Abschnitt kann für jeweils längstens drei Jahre erteilt und verlängert werden.

Absatz 2:

Die Aufenthaltserlaubnis darf nicht verlängert werden, wenn das Ausreisehindernis oder die sonstigen einer Aufenthaltsbeendigung entgegenstehenden Gründe entfallen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Steht im Gesetz! Ich weiß gar nicht, was Sie wollen!)

Innenminister Dr. Schäuble: Ich habe meiner vorweggenommenen Antwort nichts hinzuzufügen.

Das eine ist doch ganz klar: dass sich bei dieser Überprüfung nach drei Jahren die normative Kraft des Faktischen

(Unruhe bei der SPD)

so auswirken wird, dass die Leute mit der Aufenthaltserlaubnis dableiben werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebber SPD: Sie blamieren sich bis auf die Knochen! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Hanebüchen!)

Jetzt kommt das Zweite im Zusammenhang mit diesem „kleinen Asyl“.

(Abg. Bebber SPD: Sie stellen Behauptungen auf, die nicht stimmen!)

– Billige Polemik ersetzt nicht Argumente, Herr Kollege Bebber. Das will ich Ihnen auch einmal entgegenhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da klatscht aber nur noch der ganz harte Kern!)

– Aber was!

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sagen die Unwahrheit! – Abg. Bebber SPD: Ja, Sie sagen die Unwahrheit! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Das muss jetzt jeder von euch sagen!)

– Ich habe einfach darauf hingewiesen, dass die Überprüfung, wie es im Gesetzestext ja steht, nach drei Jahren erfolgen muss.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Ich weise auch darauf hin,

(Abg. Bebber SPD: Sie tun so, als ginge das alles nicht!)

dass diese Überprüfung nach meiner sicheren Überzeugung nicht zu dem erwünschten Ergebnis führen wird. Das können Sie dann auch genau so erleben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber lassen wir das. Das ist ein anderes Thema.

Ich will im Zusammenhang mit dem „kleinen Asyl“ auf ein Zweites hinweisen – das ist wahrscheinlich das noch größere Problem –: Sie steigen jetzt von der Duldung auf die

(Minister Dr. Schäuble)

wesentlich attraktivere Aufenthaltserlaubnis um. Dadurch machen Sie es auch wiederum wesentlich attraktiver als bisher, den Betroffenen sozusagen nahe zu legen – illegal, durch Schleuser, auf welchem Weg auch immer –, nach Deutschland zu kommen. Denn jeder weiß: Wenn er es irgendwie schafft – auch illegal oder durch Schleuser –, nach Deutschland zu kommen, dann wird er auf Dauer sicher in Deutschland bleiben können.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch jetzt schon so! –
Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Der Minister für
„Horror und Abschreckung“!)

Sie setzen damit ein völlig verhängnisvolles Signal, meine Damen und Herren. Sie werden damit leider auch bewirken, dass der ungesteuerte Zuzug wesentlich stärker als bisher erfolgen wird. Das ist die kritische Situation.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das
wird ein schöner Wahlkampf! – Zurufe der Abg.
Carla Bregenzer SPD und Dr. Salomon GRÜNE)

Herr Kollege Drexler, ich kann an Ihre Adresse nur noch einmal mahnend sagen: Wir müssen uns seit vielen Jahren mit den schwierigen Folgen des heute gültigen Asylrechts herumschlagen, was ja auch immer eine Einladung an alle möglichen Menschen war, nach Deutschland zu kommen – unter missbräuchlicher Berufung auf das Asyl.

(Abg. Bebbler SPD: Ein Schwachsinn! Ein Unsinn,
den Sie da erzählen! – Weitere Zurufe von der
SPD)

Jetzt machen Sie mit dem „kleinen Asyl“ einen weiteren verhängnisvollen Fehler. Diese Regelung weist in die völlig falsche Richtung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: 90 000
Menschen im Jahr! – Abg. Carla Bregenzer SPD:
Sie sollten sich schämen, als Christdemokrat sol-
che Argumente zu bringen! – Beifall bei der SPD –
Oh-Rufe von der CDU)

– Wenn die Argumente ausgehen, ist jedes Mittel recht, den politischen Konkurrenten zu verunglimpfen. So machen Sie es.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Sie ha-
ben doch keine Argumente! – Zuruf der Abg. Car-
la Bregenzer SPD)

Der zweite Grund, warum das Gesetz nach meiner Überzeugung so nicht verantwortet werden kann, sind die fehlenden gesetzlichen Voraussetzungen für eine bessere Integration. Das hat auch der Kollege Pfister angesprochen. Das kann ich so unterstreichen.

Meine Damen und Herren, die von Rot-Grün getragene Bundesregierung tut mit ihrem Gesetzentwurf so, als hätte es den 11. September überhaupt nicht gegeben. Das ist der Punkt.

(Abg. Gall SPD: Das ist doch nicht zu fassen! –
Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Ich sage Ihnen: Es wird eben nicht ausreichen, dass Sie in das Gesetz nur hineinschreiben: Diejenigen, die nach Deutschland kommen, haben jetzt Ansprüche auf die Teilnahme an Sprachkursen und Integrationskursen. Damit verstärken Sie noch das Anspruchsdenken. Vielmehr müssen Sie auch den zweiten Schritt tun, von dem wir seit langem sagen, dass er unerlässlich sei: Sie müssen nämlich von denjenigen, die nach Deutschland kommen und hier auf Dauer bleiben wollen, auch fordern, sich bei uns zu integrieren. Dazu fehlt jegliche Regelung im Gesetz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Gerade wenn ich an den früheren, allseits geschätzten Kollegen List denke – ich grüße ihn –, muss ich daran erinnern, dass CDU und FDP/DVP noch im letzten Jahr gemeinsam eine Bundesratsinitiative für ein Integrationsgesetz erarbeitet haben, das übrigens nahezu wortgleich auch von der nordrhein-westfälischen Landesregierung übernommen worden ist. Schon dabei haben wir gesagt: Sprachkurse und Integrationskurse allein reichen nicht aus. Vielmehr müssen wir auch eine Antwort auf die Frage geben: Was machen wir, wenn jemand die vielen teuren Angebote gar nicht annimmt, sich also nicht integrieren will? Da steht zwar drin

(Zuruf des Abg. Braun SPD – Abg. Pfister FDP/
DVP: Aber keine Konkretisierung!)

– ich nehme Ihre Frage vorweg –, dass die neu Einreisenden zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet werden. Aber es steht überhaupt nichts dazu drin, was mit den Menschen geschehen soll, wenn sie diese Verpflichtung nicht erfüllen.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

So sieht es aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP – Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer
Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Innenminister, gestatten Sie eine –

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Kollege Drexler, es ist für mich ein bisschen langweilig, wenn ich Ihre Fragen immer schon vorhersehe. Jetzt kommt das wieder. Jetzt fragt er das noch einmal ab.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Abg. Drexler SPD: Sie haben Ihre Antwort wieder abgekürzt, Herr Minister. Deswegen muss man bei einer solchen Debatte schon einmal Wert darauf legen – ich darf es Ihnen vorlesen –:

Bei fehlenden Deutschkenntnissen und einem Aufenthalt von weniger als sechs Jahren besteht künftig eine Teilnahmepflicht, deren Verletzung bei einer später beantragten Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis berücksichtigt wird.

Das heißt, es steht ganz klar drin: Wer verletzt, kann die Aufenthaltserlaubnis –

Innenminister Dr. Schäuble: Nein, es steht nicht so drin!

Abg. Drexler SPD: Doch, es steht so drin.

(Unruhe)

Innenminister Dr. Schäuble: Es steht drin, dass die Pflicht besteht, aber es steht nicht drin, was für Konsequenzen sich aus der Nichterfüllung der Verpflichtung ergeben.

(Widerspruch bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Nein, Sie lesen es doch selber vor. Es steht drin, dass es „berücksichtigt wird“.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

– Ja, aber wie?

(Unruhe und Zurufe, u. a. der Abg. Drexler SPD und Dr. Salomon GRÜNE)

– Also gut. Herr Kollege Drexler, ich nehme Ihr Angebot auf. Aber ich bitte Sie dann, dass Sie mithelfen, das klarzustellen. Dann muss rein: Wer das nicht erfüllt, der kann keine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Das ist dann die richtige Konsequenz.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Jetzt wird der Vorhang weggezogen! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Innenminister Dr. Schäuble: Erst wenn ich von diesem hohen Haus ein Glas Wasser bekomme. Vielleicht will sich der Herr Landtagsdirektor darum kümmern.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Drexler SPD: Dann dauert es länger!)

Ich muss meine Stimme einfach etwas ölen.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Palmer. Die Bedingung des Herrn Innenministers ist erfüllt.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, Sie haben argumentiert, das Gesetz berücksichtige nicht den 11. September, weil angeblich Integrationsverpflichtungen nicht festgeschrieben sind.

Innenminister Dr. Schäuble: Ja.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich frage erstens: Ist Ihnen bekannt, dass Herr Atta hervorragend deutsch sprach? Und ich frage zweitens: Welchen Beitrag zur Terrorismusbekämpfung erwarten Sie sich von verpflichtenden Deutschkenntnissen?

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Innenminister Dr. Schäuble: Sie, Herr Kollege Palmer, haben zunächst einmal insoweit Recht, als deutsche Sprachkenntnisse allein noch nicht für die Integration ausreichen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ein Eigentor, Franz!)

Ich komme auf das zurück, was ich schon neulich in diesem hohen Hause sagen durfte – und das betrifft das Zweite, zu dem in dem Gesetzentwurf einfach Schweigen im Walde herrscht –: Wir sollten uns allesamt, auch Sie

(Abg. Drexler SPD: Aber auch Sie!)

– natürlich auch ich –, darüber einig sein:

(Abg. Wieser CDU: Es kommt doch auf die Haltung an!)

Wer auf Dauer in Deutschland bleiben will, der muss sowieso die deutsche Sprache einigermaßen beherrschen. Aber das allein reicht selbstverständlich nicht aus, sondern wer auf Dauer in Deutschland bleiben will, muss vor allem unsere Wertordnung akzeptieren,

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

nämlich Menschenrechte, Grundrechte, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Pluralismus und vor allem auch Gleichberechtigung der Frauen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und der Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das wird dann vom TÜV begutachtet? – Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Wenn Sie das bitte noch einen Augenblick zurückstellen würden, denn ich muss noch etwas an die Adresse des Kollegen Palmer sagen.

Deshalb, Herr Kollege Palmer, müssen in diesem ganzen Paket – Zuwanderung, Zuwanderungsbegrenzung – auch noch die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die über 30 000 bekannten Islamisten, die potenziell zur Gewalt in Deutschland neigen könnten, aus Deutschland ausgewiesen werden können. Das ist die Notwendigkeit, und auch daran fehlt es noch.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Und jetzt Herr Kollege Drexler mit einer hoffentlich überraschenden Frage.

Abg. Drexler SPD: Ich hoffe, dass Sie das Gesetz kennen.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Fleischer CDU: War das Ihre Frage?)

Ich frage das, weil Sie Dinge ansprechen, die unumstritten sind – Wertordnung, Deutschkenntnisse usw. Das ist doch überhaupt kein Streitpunkt zwischen uns.

Zum Sicherheitsaspekt steht im Gesetz – Sie haben vorhin gesagt, das Gesetz gehe nicht auf den 11. September ein –:

So sollen zum Beispiel Personen, die terroristische oder gewaltbereite Aktivitäten begehen oder unterstützen, einem Einreise- und Aufenthaltsverbot in Deutschland unterliegen. Das Entsprechende gilt für Personen, die sich bereits in Deutschland aufhalten. Für diese gilt künftig in diesen Fällen ein Regelausweisetatbestand.

(Drexler)

Da können Sie sich doch nicht hier hinstellen und sagen, der 11. September sei in diesem Gesetz nicht berücksichtigt.

(Beifall bei der SPD)

Innenminister Dr. Schäuble: Warum machen Sie es mir auch so einfach? Es wäre schön, wenn die Anforderungen etwas gesteigert würden. Das ist genau der Punkt. Dieser Teil – das haben Sie gar nicht gesagt, weil Sie es wahrscheinlich gar nicht wissen – ist übrigens nicht im Zuwanderungsgesetzentwurf enthalten, sondern im Terrorismusbekämpfungsgesetz.

(Abg. Drexler SPD: Und? Da gehört er auch hin!)

– Das ist so in Ordnung. Aber da sagen wir: Die jetzige Regelung, die Sie gerade vorgelesen haben, setzt ja voraus, dass wir den vollen Nachweis erbringen. Wir sagen hingegen: Wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine terroristische Neigung bestehen, muss der raus und darf nicht einreisen. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Was ist denn Neigung?)

– Tatsächliche Anhaltspunkte.

(Abg. Drexler SPD: Neigung!)

Ich stelle einfach fest:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Können Sie einmal erklären, was Sie unter Neigung verstehen?)

Meine Damen und Herren, wir haben die Pflicht, den Gesetzentwurf in der jetzt vorliegenden Fassung zu verhindern; denn es ist unsere Aufgabe, Schaden von unserem Volk abzuwehren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Danke!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Tagesordnungspunkt 1 ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Aktuelle Debatte – Sicherheit der kerntechnischen Anlagen und Qualität der Atomaufsicht in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD

b) Antrag der Fraktion GRÜNE – Schwerwiegende Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften im Atomkraftwerk Philippsburg II – Drucksache 13/352

c) Antrag der Fraktion der SPD – Überprüfung der Atomaufsicht in Baden-Württemberg durch unabhängige Gremien – Drucksache 13/437

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 Gescho

d) Antrag der Fraktion GRÜNE – Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/388

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die Stellungnahmen des Ministeriums für Umwelt und Verkehr zu den Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 2 b bis 2 d auf den Drucksachen 13/352, 13/437 und 13/388 zwischenzeitlich vorliegen und ausgeteilt sind.

Auch für diese Aktuelle Debatte hat das Präsidium die üblichen Redezeiten von 40 Minuten Gesamtdauer ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung festgelegt; fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute eine Aktuelle Debatte über die Sicherheit von kerntechnischen Anlagen und über die Qualität der Atomaufsicht in Baden-Württemberg. Ihnen liegt dazu der Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 13/437, vor. Dieser Antrag hat zwei Punkte zum Inhalt. Der erste Punkt ist, Herrn Prêtre nicht als Leiter der externen Expertengruppe zur Überprüfung der Atomaufsicht in Baden-Württemberg zu berufen. Der zweite Punkt ist, aus der ILK auszusteigen.

Der erste Punkt hat sich dadurch erledigt, dass wir, die SPD-Fraktion, durch beharrliches Aufzeigen der Denkweise des Herrn Prêtre diesen dazu gebracht haben,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das waren wohl eher wir, aber es ist in Ordnung!)

dass er selbst erklärt hat, für die Expertenkommission nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

(Abg. Hauk CDU: Warum reden Sie über Sachverhalte, die keine sind?)

Da Herr Prêtre aber nach wie vor auch noch Mitglied der ILK ist, muss und möchte ich noch einige Dinge, die er von sich gegeben hat, hier aufzeigen. In seinem Absageschreiben an Sie, Herr Minister Müller, schreibt er, dass es im Interesse einer sachorientierten Überprüfung von Struktur und Aufgabenwahrnehmung der Abteilung für Reaktorsicherheit besser sei, wenn er auf eine Mitwirkung bei dieser Überprüfung verzichte. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass derjenige, der ihn immer noch bis zum Schluss dazu berufen wollte, an einer sachorientierten Überprüfung nicht interessiert war.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Minister, sagen in einer Stellungnahme zu dem Schreiben von Herrn Prêtre, er habe verantwortungsbewusst und sensibel gehandelt. Er hat gehandelt, für Sie wurde gehandelt. Das heißt, Sie waren verantwortungslos und unsensibel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU)

(Knapp)

Zur Tschernobyl-Diskussion hat Herr Prêtre von sich gegeben:

Mein Anliegen war, zu analysieren, weshalb der Tschernobyl-Unfall in einigen Teilen Westeuropas so starke Reaktionen hervorrief, obwohl die realen Auswirkungen hierzulande bei weitem nicht so gravierend waren wie in der Umgebung von Tschernobyl.

Das ist ja noch einmal schöner, wenn man sagen kann: In Westeuropa ist weniger passiert als im Umkreis von 30 Kilometern um Tschernobyl, der heute, über Jahre, über Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg völlig unbewohnbar bleibt. Ich denke, wenn man so etwas schreibt, zeigt das, welch Geistes Kind ein solcher Mann ist.

Übrigens schreibt er auch, dass das Risiko des Rauchens größer sei als das Risiko von Tschernobyl.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Scheuermann CDU: Das hat er nicht gesagt! Er hat gesagt: „als das Risiko von Tschernobyl in Deutschland“! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

In seinem Aufsatz schreibt er weiter:

Es handelt sich dabei um eine psychische Epidemie – das hat er aber wirklich gesagt; das müssen Sie zugeben –
namens Strahlenphobie.

Alles sei nur ein Problem der rechten Gehirnhälfte.

(Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aber nur, sofern vorhanden!)

Schaltet man also die rechte Gehirnhälfte aus, wird man Atomlobbyist. Im Volksmund sagt man zu solchen Personen „Halbhirne“.

(Unruhe)

Kommen wir nun zur ILK.

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Die ILK wurde am 5. Juli 1999 als „Internationale Lobbyistengemeinschaft Kerntechnik“ gegründet. Dann hat man erkannt – selbst die weniger Schlaun in der Gruppe aus Baden-Württemberg, Bayern und Hessen –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was soll das jetzt?)

Selbst die weniger Intelligenten, weniger Schlaun aus Baden-Württemberg, Bayern und Hessen haben erkannt,

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

dass man das so nicht nennen kann. Dann haben sie das umbenannt in „Internationale Länderkommission Kerntechnik“.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist die Diffamierung einzelner Völker!)

Ich denke: Das Inhaltliche ist nach wie vor dasselbe. Die ILK ist ein reiner Lobbyistenverein für die Kerntechnik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

International ist bei dieser Kommission nur, dass man in der Schweiz, in Frankreich, in den USA und in Schweden suchen musste, um genügend atomfreundliche Wissenschaftler zu finden, die einem jegliches Gutachten, das man haben möchte, schreiben.

Vielleicht ist es aber bei Ihnen auf der Regierungsbank auch schon international, wenn außer Schwäbisch noch Hessisch und Bayerisch dazukommt. Vielleicht meinen Sie, man befinde sich dann schon im internationalen Bereich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unmutsäußerungen bei der CDU)

Der Gründungsgedanke war – so steht das drin –, den hohen, international anerkannten Sicherheitsstandard der süd-deutschen Kernkraftwerke zu erhalten und weiterzuentwickeln.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Damals dachte man noch, man sei in Süddeutschland im Bereich der Kernkraft unter den Blinden der Einäugigen. Wenn man sich das aber heute betrachtet und sich vor allem die Vorfälle im Kernkraftwerk Philippsburg Block II ansieht, muss man sagen: Zumindest wir in Baden-Württemberg sind in der Atomaufsicht völlig blind.

Das Mindeste wäre gewesen, dass die ILK hierzu ein paar Meinungen geäußert hätte. Aber es war nichts. Null, Fehl-anzeige! Die ILK hat hierzu nichts gesagt.

Dieser fatale und jämmerliche Umgang der Landesregierung mit den eigenen Fehlern beschädigt nachhaltig den Ruf unseres Landes als Standort von Spitzentechnologie.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Knapp, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Knapp SPD: Ja, mache ich.

Damit ist dies auch ein Problem des Ministerpräsidenten, der den Umweltminister schon deshalb gewähren lässt, weil er erstens selbst für die personelle Fehlbesetzung in der Atomaufsicht maßgeblich verantwortlich ist und weil er zweitens wahrscheinlich in ganz Deutschland keine so verbohrten atomtreuen Nuklearschläfer wie Müller und Keil mehr findet.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Knapp, ich darf Sie noch einmal bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit bereits um zwei Minuten überzogen.

Abg. Knapp SPD: Herr Minister Müller, wir wollen Ihnen helfen. Wir wollen Ihnen wirklich helfen.

(Oh-Rufe von der CDU)

(Knapp)

Halten Sie sich einfach an unsere Vorschläge: Berufen Sie Herrn Prêtre nicht! Das ist aber bereits geschehen; da hat man für Sie gehandelt. Kündigen Sie die ILK auf! Schmeißen Sie den von Ihrem Chef Teufel eingesetzten Atomaufseher Keil hinaus, und nehmen Sie von sich selbst den Druck, dem Sie nicht standhalten, indem Sie Ihr Amt verlassen!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer
GRÜNE – Abg. Kurz CDU: Nicht ein Satz zur Sache!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Tag für Tag liest man, dass der Minister stärker unter Druck kommt. Da ist es schon bemerkenswert, dass die CDU-Fraktion hier quasi geschlossen auszieht. Normalerweise müsste die CDU-Fraktion doch ihren Minister stützen. Sie tut genau das Gegenteil: Sie ignoriert ihn. Das spricht Bände.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hauk
CDU: Solange Sie reden, Herr Kollege Salomon!)

Ich kann nach allem, was wir in den letzten vier Wochen erleben durften, nur sagen: Heute gibt es bedeutend mehr Gründe für einen Rücktritt von Minister Müller, als das noch vor vier Wochen und als das am 24. Oktober der Fall war.

Ich will nur einmal wiederholen: Vier Wochen hat es bekanntlich gedauert, bis der oberste Atomaufseher dieses Landes erstmals einen Schimmer davon bekommen hat, dass das Ereignis bei dem von der EnBW betriebenen Kernkraftwerk Philippsburg kein harmloses Ereignis, sondern ein ausgewachsener Störfall war. Und nicht etwa der zuständige Abteilungsleiter Keil hat den Minister darüber informiert, sondern er hat es in der Homepage seines politischen Intimfeinds Trittin lesen dürfen. Allein das ist ein Skandal, denke ich.

Dann wird er von Herrn Trittin zu einem so genannten aufsichtlichen Gespräch nach Berlin bestellt, und das stellt sich mittlerweile auch etwas anders dar, als Sie das hier im Plenum geschildert haben. Wenn man den Artikel in der „Stuttgarter Zeitung“ unter der Überschrift „Zwei Stunden Nachhilfe zu den Risiken der Kernkraft“ richtig liest, bekommt man den Eindruck, dass eine mehr oder weniger ahnungslose Combo, an der Spitze der Minister, in Richtung Bundeshauptstadt unterwegs war, der man in zwei Stunden eine Art Crashkurs über die Grundzüge des geltenden Atomrechts geben musste. Das ist der zweite Skandal.

Wenige Tage später, meine Damen und Herren, erfährt Herr Abteilungsleiter Keil, dass die erforderlichen vier Flutbehälter von Block II in Philippsburg zum Zeitpunkt des Wiederanfahrens nicht im vorgeschriebenen Umfang mit Kühlmittel gefüllt waren, und das nicht nur einmal, sondern seit 17 Jahren.

(Abg. Kübler CDU: Das hören wir zum dritten Mal jetzt!)

Keil wusste mit Sicherheit auch, dass der TÜV in der ganzen Zeit sämtliche Augen zugedrückt haben muss.

Obwohl er das wusste – jetzt nimmt die Tragödie ihren weiteren Lauf –, hat Herr Keil den Minister nicht informiert, sondern hat ihn wiederum im Blindflug fliegen lassen. Auf der Pressekonferenz drei Tage später – man konnte das alles nachlesen – fällt kein Wort über diese Angelegenheit. Alles wird „verschwemelt“. Das ist klar. Was soll der Minister auch sagen? Er weiß ja nichts. Keil hat ihn ja nicht informiert.

Dann ruft Herr Goll den Minister an und sagt ihm: Ihr bekommt jetzt den endgültigen Abschlussbericht. Der Minister wusste gar nicht, worüber. Er musste erst einmal Herrn Keil fragen. Als er sich darüber am nächsten Tag im Kabinett aufgeregt hat, hat Herr Teufel – das ist auch eine taktische Meisterleistung – gesagt: Wir halten das Ganze unter der Decke, und du hältst die Klappe; wir decken dich.

Wenn ich an die Sitzung von vor drei Wochen zurückdenke, muss ich sagen: Ich habe gesehen, wie alle dem Minister zu seinem abgewehrten Rücktritt gratuliert haben. Ihm stand ja der Angstschweiß auf der Stirn. Wahrscheinlich haben sie ihm zugeflüstert: Gut, dass wir dichtgehalten haben. Die waren ja alle kreidebleich.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer
SPD)

Herr Minister, aus heutiger Sicht ist mir eigentlich völlig egal, ob Sie gelogen haben oder versucht haben, die Öffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen, dass es Ihnen peinlich war, dass die Keil-Gruppe im Haus früher Bescheid wusste als Sie und Sie nicht mehr Herr im Haus sind. Ich kann nur sagen: Aus der Sicht der politischen Verantwortung ist mir das egal. Aber schon einer der Gründe, der eine oder der andere, reicht normalerweise für einen Ministerrücktritt aus. Sie haben Ihr Haus nicht im Griff.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wie sehr die Keil-Abteilung Sie am Nasenring durch das Ministerium führte und bis heute führt, das kann man auch eindrücklich an der Prêtre-Nummer sehen. Das ist alles herausgekommen, obwohl Sie nicht wussten, was Herr Prêtre geschrieben hat. Das steht alles in der „Atomwirtschaft“ geschrieben. Die „Atomwirtschaft“, das ist die „Prawda“, die Bibel der ganzen Atomwirtschaft, wie der Name „Atomwirtschaft“ schon sagt. Das liest jeder von denen; das haben die auf dem Nachtkästle liegen. Nur Ihr Ministerium wusste nichts; das heißt, das Ministerium schon, nur Sie nicht! Herr Keil wusste das natürlich. Da muss man einmal nachlesen, wer den Prêtre überhaupt als Atomaufsicht installieren wollte, damit er sich selbst kontrolliert. Das war doch Herr Keil.

Herr Müller, haben Sie eigentlich überhaupt eine Ahnung, was in Ihrem Haus läuft? Ich glaube, nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Das ist an Hilflosigkeit nicht zu überbieten.

(Dr. Salomon)

Jetzt, nachdem es einfach nicht mehr haltbar war, zieht Herr Prêtre zurück. Sie hätten ihn zurückziehen müssen. Was Sie trotzdem machen, das ist Salamitaktik. Denn er ist immer noch Chef der ILK, dieser Internationalen Länderkommission Kerntechnik, Chef von diesem Verein, der bislang überhaupt nichts dazu beigetragen hat, auch nur irgendetwas in diesem Land aufzuklären.

Ich will nur drei Punkte nennen: Die Diskussion um die Entwendung hochradioaktiver Substanzen aus der Karlsruher WAK: Kein Ton. Nichts! Die Diskussion um mögliche Terrorangriffe auf Kernkraftwerke: Nichts! Fehlanzeige! Störfälle in Philippsburg: Nichts! Totale Fehlanzeige!

Das Einzige, was funktioniert hat, ist die Atomaufsicht in Berlin; in Ihrem Haus findet keine Atomaufsicht statt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich kann nur sagen: Katastrophaler als in der Art, wie Sie in Bezug auf die Bewältigung der Affäre rund um Philippsburg, die Zustände in der Atomaufsichtsabteilung des Ministeriums, beim TÜV und bei Ihrem Obergutachter Prêtre bislang agiert haben, geht es nun wirklich nicht mehr.

Ich fordere Sie deshalb zum wiederholten Mal auf: Räumen Sie in der Atomaufsicht Ihres Ministeriums auf! Machen Sie Schluss mit dieser Gurkentruppe ILK! Die kostet eine Million, bringt aber überhaupt nichts. Was soll das eigentlich? Schicken Sie drittens den TÜV Süddeutschland als Gutachter für die kerntechnischen Anlagen in Baden-Württemberg endlich so lange in die Wüste, bis bei ihm wieder ein halbwegs akzeptables Grundverständnis dafür herrscht, was eigentlich seine Aufgabe ist!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Und schließlich letztens: Da bekommt man ja schon selber Skrupel; in gewisser Weise tun Sie mir eigentlich Leid.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Bitte das nicht!)

Sie haben vor einigen Monaten einmal selbst gesagt, Politiker stolperten in den meisten Fällen gar nicht über die Affären selbst, sondern über das Handling, über das Umgehen mit diesen Affären. Wenn man das, was in den letzten drei bis vier Wochen nach Ihrem letzten Auftritt alles war, jetzt einmal Revue passieren lässt, muss man sagen: Wenn Sie morgens in den Spiegel schauen sollten und das noch einigermaßen genießen wollen, dann können Sie nur eines machen: Treten Sie zurück, machen Sie den Weg frei für einen neuen Minister und eine neue Atomaufsicht, die ihrem Namen dann auch Ehre macht! Denn das, was wir hier als Atomaufsicht haben, ist keine Atomaufsicht, sondern eine Atomwegsicht.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommt die rechte Hälfte, die rechte Gehirnhälfte!)

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die rechte Hirnhälfte ist wenigstens gesprochen und geschrieben worden, über die linke spricht schon gar niemand mehr.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Aber nun zum Ernst zurück.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Fall Prêtre: Da stellen sich die beiden Redner der Opposition hier hin und tun so, als ob sie das Problem Prêtre aufgedeckt hätten.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das waren Sie?)

Dazu sage ich nur: Sie von der Opposition haben zum Fall Prêtre genauso viel oder genauso wenig beigetragen wie wir. Denn dieser Artikel, der immer herangezogen worden ist, ist zum allerersten Mal in der „Stuttgarter Zeitung“ erschienen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Nein, in der „Atomwirtschaft“ 1992!)

– Ich habe gesagt: Über den Artikel ist zum ersten Mal in der „Stuttgarter Zeitung“ geschrieben worden.

Stellen Sie sich also bitte nicht aufmerksamer dar, als Sie tatsächlich waren, und vor allem nicht viel aufmerksamer, als wir es tatsächlich sind.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun hat ein Gespräch zwischen dem Minister und Herrn Prêtre stattgefunden. Sie waren nicht dabei, ich war nicht dabei. Sie wissen nicht, was da besprochen worden ist; ich weiß es auch nicht. Aber eines kann ich mir vorstellen: dass der Herr Minister nicht krampfhaft versucht hat, Herrn Prêtre zu halten.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Nun hat Herr Prêtre den für ihn in Aussicht genommenen Auftrag zurückgegeben. Damit ist das Problem doch erledigt.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

Ich glaube, über dieses Problem brauchen wir uns in Zukunft im Landtag nicht mehr zu unterhalten.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Er ist doch immer noch Chef der ILK! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Nun, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, möchte ich ein persönliches Wort sagen. Ich war bisher immer der Auffassung, dass wir als Kolleginnen und Kollegen gerade im Umwelt- und Verkehrsbereich eine – ich würde fast sagen – vorbildliche Form der Zusammenarbeit gehabt haben und haben. Es ist uns, vielleicht mehr als in anderen Bereichen, auch gelungen, wenige, aber immerhin einige gemeinsame Initiativen zu starten.

(Scheuermann)

Das liegt an den Persönlichkeiten von Ihrer und von unserer Seite. Ich füge aber ausdrücklich hinzu: Das liegt auch an der Person unseres Ministers. Die Opposition könnte froh sein, wenn wir mehr solcher Minister hätten,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ist das jetzt ein Argument in der Sache?)

die in dieser Art und Weise auch die Opposition informieren und einbeziehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Deswegen habe ich in diesem Bereich nur eine Bitte an meine Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Setzen Sie dieses gute Einvernehmen und diese loyale Zusammenarbeit nicht über Gebühr aufs Spiel.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Oh Jesses! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zum zweiten Problem, der ILK. Ich lese Ihnen jetzt einfach die Tagesordnung der letzten Sitzung dieser Internationalen Länderkommission Kerntechnik vom 14. November vor.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Da heißt es unter anderem: „Entwicklungen aus den Ländern: Aktuelle Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene und besondere Vorkommnisse in den Anlagen (insbesondere Philippsburg)“,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ist ja auch erst ein Vierteljahr her!)

„Stellungnahme der ILK zum Thema ‚Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente‘“, unter anderem „Stellungnahme der ILK zum Moratorium Gorleben“, „Fortsetzung der Beratungen zum Thema ‚Schutz von Kernkraftwerken gegen Flugzeugabsturz“.

Ich frage Sie ganz einfach: Was haben Sie gegen ein Gremium von Fachleuten, die diese Themen und diese aktuellen Fragestellungen behandeln?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aktuell? Was heißt hier „aktuell“?)

– Ist Philippsburg nicht aktuell?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja, schon, aber das war gestern! Das ist ja Monate her!)

Ist die Frage, wie es sich bei einem möglichen Flugzeugabsturz auf ein Kernkraftwerk verhält, nicht höchst aktuell?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist doch nur ein ideologisches Gremium!)

Ich will Ihnen nur einen einzigen Vertreter in diesem Gremium nennen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Prêtre!)

– Nein. Ich meine den Leiter der Materialprüfungsanstalt der Universität Stuttgart. Da muss man kein Fachmann sein: Wer sich in diesen Fragen nur ein kleines bisschen umgeschaut hat, weiß, dass wir es hierbei mit einer Einrichtung zu tun haben, die auf diesem Gebiet weltweit führend ist.

(Abg. Döpfer CDU: Die wollen das doch nicht wissen!)

Wenn Sie es mir nicht glauben, schauen Sie bitte nach, und überzeugen Sie sich.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesem 14. November hat die Internationale Länderkommission Kerntechnik

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was soll diese Kommission?)

auch eine Aussprache mit der Vizepräsidentin der EU-Kommission, Frau de Palacio, gehabt.

(Abg. Walter GRÜNE: Und was hat das Land davon? Das ist doch die Frage! Ich kann auch mit vielen Leuten reden!)

Nun habe ich hier eine Pressemeldung des hessischen Umweltministeriums vorliegen – die können Sie jetzt infrage stellen. Aber die Vizepräsidentin hat demzufolge Folgendes gesagt:

Neben den offiziellen Kontakten mit der Bundesregierung könne die ILK eine wichtige Rolle im internationalen Austausch spielen. Sie drückte die Hoffnung aus, dass der begonnene fruchtbare Austausch auch in Zukunft weitergeführt werden könne.

(Zuruf von der SPD: Ganz bedeutend!)

Die EU-Vizepräsidentin wies auf die wichtige Rolle der Kernenergie bei der nachhaltigen Energieversorgung in der EU hin. Sie leiste einen unverzichtbaren Beitrag bei der Erreichung der Klimaschutzziele und der Versorgungssicherheit innerhalb der EU.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jesses Gott!)

Fazit des hessischen Umweltministers:

„Ein Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland macht auch aus europäischer Sicht derzeit keinen Sinn.“

Sie sind gegen die ILK, weil Sie gegen alles sind, was sich verantwortungsbewusst mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie befasst.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mein Gott, so ein Protokoll kann ich auch erstellen!)

Mehr in der zweiten Runde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: In der Sache keinen Ton! – Gegenruf des Abg. Döpfer CDU: Das hat wehgetan, Herr Salomon!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann es nicht oft genug sagen, und deshalb sei es hier noch einmal ausdrücklich wiederholt: Die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen ist auch der FDP ein wichtiges Anliegen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ja das Mindeste, was man verlangen kann! – Abg. Bebbler SPD: Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

Wir sehen allerdings im Moment keinerlei Anlass, diese in Zweifel zu ziehen. Im Gegenteil, im Rahmen der gesteigerten Aufmerksamkeit aufgrund der Vorfälle in den letzten Wochen geht es bei uns vermutlich sicherer zu als irgendwo sonst.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Mit Ausnahme der Diskussion um eine Person gab es in Baden-Württemberg seit unserer letzten Debatte auch nichts wirklich Neues.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Daran ändert sich auch nichts, wenn Sie jetzt kalten Kaffee aufwärmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie haben doch selber Presseerklärungen herausgegeben, in denen Sie gefragt haben!)

Denn dass sich bei der intensiven Nachforschung das eine oder andere findet in den letzten Jahren, war ja klar. Das hat auch der Minister schon angekündigt. Wir brauchen das, um für die Zukunft ein wirklich treffsicheres Konzept zu haben, aber nicht, um die Bevölkerung zu verunsichern. Deswegen sollten Sie sich da vielleicht ein bisschen bremsen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Oh!)

Aktuell wäre das Thema, das Sie da gewählt haben, allerdings in anderen Ländern,

(Abg. Rückert CDU: So ist es!)

zum Beispiel in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da passiert gar nichts!)

Dort fehlt allerdings diese offensive Informationspolitik, wie sie in Baden-Württemberg erfreulicherweise geübt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Was ist das für eine Unausgewogenheit! – Lachen des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Deswegen wissen wir im Moment überhaupt nicht, was dort los war. Das würde mich schon auch interessieren,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mich auch! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Aber sehr!)

weil das für uns genauso wichtig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: „Offensive Informationspolitik“!)

Herr Kollege Salomon, Sie haben von neuem zwischen den Zeilen diesen Lügenvorwurf erhoben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Den halte ich aufrecht!)

Jetzt muss ich doch einmal klipp und klar sagen – ich habe es mir bisher verkniffen, aber es wurmt mich seit der letzten Debatte –: Der Kollege Witzel ist zu einer persönlichen Erklärung hier ans Rednerpult gegangen, hat eindeutig zugegeben, dass er gelogen hat, und hat dann gesagt, aber das sei ja nicht so wichtig.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was? Was? Was?)

– Jawohl.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie haben ja eine Meise!)

Er hat zugegeben, dass er statt Ministerium Minister gesagt hat.

(Beifall bei der CDU)

So etwas macht jemand, der sich so gut auskennt wie er, nicht aus Versehen, sondern sehr bewusst.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist doch eine Lüge! Ach, hören Sie doch auf! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist ja ungeheuerlich!)

Das hat er öffentlich hier am Rednerpult bekannt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ein Quatsch! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das weise ich aber zurück! – Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt muss er schon wieder eine Erklärung abgeben!)

Ich denke, Sie sollten dieses Thema von sich aus nicht mehr aufgreifen.

Aber nun zu Ihren Anträgen. Die Antworten in der Stellungnahme zu dem unter Tagesordnungspunkt 2 b aufgeführten Antrag der Grünen sind im Plenum und im Ausschuss schon mehrfach behandelt worden. Deswegen gehe ich jetzt nicht mehr darauf ein.

Von dem unter Tagesordnungspunkt 2 c aufgeführten SPD-Antrag Drucksache 13/437 ist der erste Teil, wie bereits besprochen, seit gestern ebenso erledigt wie der aus dem Antrag der Grünen, Drucksache 13/388.

Zu Ziffer 2 des SPD-Antrags Drucksache 13/437 eine ganz einfache Stellungnahme: Wie die ILK in das Sicherheitskonzept für die Kernkraftwerke in Baden-Württemberg einzubeziehen ist, kann man sinnvollerweise erst beraten, wenn absehbar ist, wie dieses Konzept künftig aussehen soll. Dazu sind noch erhebliche Vorarbeiten nötig. Deswe-

(Heiderose Berroth)

gen ist es nicht sinnvoll, heute darüber zu diskutieren. Im Moment sind Stellungnahmen zu aktuellen Geschehnissen offensichtlich nicht Aufgabe der ILK. Deswegen können wir sie von dort auch nicht erwarten.

Wir versprechen uns gute Vorschläge von der vom Ministerium bereits angekündigten Task-Force. Da – das haben wir schon formuliert, aber glücklicherweise braucht man es vom Minister gar nicht zu fordern – wird uns wichtig sein – er hat es auch so angedacht, wie ich aus ersten Gesprächen weiß –, dass diese Task-Force plural zusammengesetzt ist. Eine wirklich unabhängige Kommission werden Sie zum Thema Kernkraft nirgends finden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ja interessant! Warum? – Abg. Schmiedel SPD: Die heißt doch aber „Unabhängige Kommission“!)

– Nein, Entschuldigung. Wenn Sie eine Kommission aufstellen, dann ist sie ebenso in einer Meinung festgefahren, wie wenn jemand anders eine aufstellt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ja unglaublich! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Es gibt zum Thema Kernkraft keine objektive Meinung. Die kann es nicht geben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist doch unglaublich! – Abg. Fischer SPD: Aber was Sicherheit angeht, ist keine Frage der Meinung!)

Da hat man immer eine Position. Deswegen ist es wichtig, dass diese Kommission so zusammengesetzt ist, dass die unterschiedlichen Positionen dort zum Tragen kommen

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das gibts ja gar nicht!)

und dass dann aus dem Zusammenwirken verschiedener Positionen

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch vernünftig!)

ein relativ ausgewogenes Gutachten entsteht.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Und das macht diese Kommission?)

Wie wir dabei genau vorgehen, das werde ich im zweiten Teil noch erläutern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Genau so ist es!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte vielleicht ganz kurz auf das eingehen, was Frau Kollegin Berroth soeben gesagt hat. Sie sagte, man werde zur Atomenergie keine unabhängige Kommission finden.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Keine unabhängige Person!)

Dann muss ich mich fragen, was eigentlich in den Grundsätzen der ILK steht. In Artikel 2 des Verwaltungsabkommens über die ILK steht nämlich:

Aufgabe und Tätigkeit der Kommission:

Die Kommission berät die Länder Baden-Württemberg und Hessen sowie den Freistaat Bayern auf höchstem wissenschaftlichem Niveau in Fragen der Sicherheit kerntechnischer Anlagen . . .

– dann kommen ein paar andere Aussagen, und dann steht da –:

unabhängig und objektiv.

Da muss ich sagen: Dann ist das schon wieder gelogen.

(Abg. Schmiedel SPD: Schon wieder!)

Denn wenn Sie sagen, es gebe nichts Unabhängiges, und hier sogar drinsteht, die Kernaufgabe der Kommission sei, unabhängig und objektiv zu beraten, dann ist das, was hier drinsteht, nicht wahr. Dann muss man sagen: Es ist eigentlich umso wichtiger, dass wir aus der ILK aussteigen.

Dann muss man fragen: Wie kommen die zehn Mitglieder zusammen? In Artikel 3 steht: „Die Mitglieder werden durch die Ministerpräsidenten der beteiligten Länder bestellt.“ Das ist klar. Man kann natürlich nicht unabhängig sein, wenn man von den Ministerpräsidenten der drei Länder bestellt wird, wenn man von dem Herrn bestellt wird, dem man dienen soll. Dann kann man selbstverständlich nicht unabhängig sein.

Wenn Sie, Frau Kollegin Berroth, sagen, es habe nichts Neues gegeben, dann gebe ich Ihnen dabei Recht. Es hat in der Sicherheit bei der Kernenergie in Baden-Württemberg seit den Vorfällen nichts Neues gegeben. Wir machen noch immer genauso weiter wie vorher. Es gibt nichts Neues, obwohl man eigentlich aus den Vorfällen lernen sollte.

(Beifall bei der SPD)

In der Stellungnahme zur heute aufgelegten Landtagsdrucksache 13/352, in der gefragt wird, was man machen möchte, was man aus den Fehlern lernen möchte, steht explizit drin:

Die staatliche Aufsicht über Kernkraftanlagen in Deutschland ist keine Hundertprozent-Kontrolle. Eine derartige Kontrolle ist nach den Strukturen der staatlichen Aufsicht in Deutschland nicht vorgesehen, da sie weder möglich noch geboten ist. Die Aufsicht muss sich vielmehr auf wirksame Stichproben in sicherheitstechnisch wichtigen Bereichen beschränken.

Beim Kernkraftwerk Philippsburg II wurden keine Stichproben gemacht. Da wurden die nicht voll befüllten Behälter sogar auf einem Silbertablett geliefert. Da musste man noch nicht einmal nachfragen. Das wurde einem per Telefon, per Fax und dann schriftlich geliefert, und man hat trotzdem nicht erkannt, dass drei von vier Behältern nicht in Ordnung waren, und ist trotzdem weiter gefahren. Was ist denn das für eine Kommission?

(Knapp)

Dann schreibt man in der Stellungnahme zu dem Antrag Drucksache 13/352:

Bei einer flächendeckenden Kontrolle bestünde die Gefahr der Verwischung der Verantwortlichkeiten zwischen Betreiber und Staat.

Ich muss Ihnen sagen: So, wie man das mitbekommen hat, haben EnBW, TÜV sowie Umwelt- und Verkehrsministerium zwar noch unterschiedliche Adressen, aber sie haben zumindest eine gemeinsame Kantine, in der all das ausgemacht wird, was man nach außen gibt und was man nicht sagt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dann weiter unten steht, dass man die Gespräche noch intensivieren möchte, bin ich mir sicher: Dann geht man in die gemeinsame Kantine nicht nur zum Mittagessen, sondern dann geht man zukünftig auch noch zum Vesper dahin.

(Abg. Blenke CDU: Guten Appetit!)

Wenn Sie, Herr Kollege Scheuermann, sagen, wir sollten doch froh sein, dass wir einen Minister haben wie den Umwelt- und Verkehrsminister Müller, der offen aufklärt, der alles sagt, dann muss ich Ihnen sagen: Gerade in diesem sensiblen Bereich der Kerntechnik kann man wirklich nichts anderes erwarten. Dass das für Sie schon ein Grund ist, zu sagen: „Das ist alles toll“, ist für mich völlig unverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Alles andere, was man machen könnte, wäre hanebüchen.

Ich möchte noch kurz zur ILK kommen und unsere Forderung noch einmal unterstreichen, diese Kommission aufzulösen. Einen Sinn für die ILK gibt es eigentlich nicht. Denn wenn man sich die Gremien des Landes anschaut, die EnBW als Betreiber, den TÜV und das Umwelt- und Verkehrsministerium, sowie im Bund die GRS, die Reaktorsicherheitskommission und das Umweltministerium, muss man sich fragen: Wo gibt es da noch Luft für die ILK? Sie hat doch gar keine Luft mehr, in diesen Bereichen irgendwas zu machen.

Daraus folgt nach wie vor: Lösen Sie die ILK auf! Sparen Sie damit dem Land Baden-Württemberg 1 Million DM pro Jahr!

(Beifall des Abg. Kaufmann SPD)

Ich halte es für völlig unmöglich, dafür Steuergelder auszugeben, um sich damit Gutachten zu verschaffen, die man aus reiner Gefälligkeit bekommt.

Ein letzter Satz zur ILK. Sie haben gerade Herrn Professor Roos angesprochen, der als Experte für Atomenergie und für die Sicherheit der Hüllen gilt. Da gebe ich Ihnen Recht. Ich war mit Herrn Professor Roos Anfang der Achtzigerjahre zusammen mit Vertretern der Universität Stuttgart bei der Kraftwerk Union. Ich muss Ihnen sagen, dass ich damals schon festgestellt habe, dass das ein reiner Atomlobbyist ist – und jetzt sitzt er an verantwortlicher Stelle. Das ist völlig unmöglich.

Lösen Sie die ILK auf, und geben Sie unseren Anträgen eine Chance!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

(Abg. Klenk CDU: Schon wieder?)

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die Absicht, meine Damen und Herren, ist völlig klar: Man versucht einfach, dieses Problem auszusitzen. Mit jedem Tag, an dem nichts in der Zeitung kommt, wird man sich, so denkt man, dem rettenden Ufer nähern.

Es ist ein unglaublicher Vorgang, was in den letzten vier bis sechs Wochen alles aufgearbeitet wurde. Eines ist doch völlig klar, klarer kann es eigentlich gar nicht sein: Wir haben hier einen Minister, der – auch wenn er ein netter Kerl ist, Herr Scheuermann; aber das ist doch keine Begründung dafür, dass er als Minister im Amt ist, da wird man hier noch mehr finden –

(Heiterkeit bei den Grünen)

nicht den blassesten Hauch einer Ahnung von dem hat, was in seiner für die Atomaufsicht zuständigen Abteilung überhaupt läuft, und zwar so offensichtlich keine Ahnung hat, dass dieser Mensch, der jetzt hinter ihm sitzt, ihm im Nacken sitzt, nämlich Herr Keil, einfach sagt: Der Minister ist mir eh zu blöd, mit dem rede ich nicht.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Rückert CDU: So eine Frechheit!)

Was will ich den informieren? Das ist ja viel zu kompliziert. Der versteht das doch technisch gar nicht.

(Abg. Oettinger CDU: Ach, Salomon!)

So ist diese Geschichte.

Ich wiederhole es: Da geht es nicht um die Gewerbeaufsicht über irgendwelche Kirmesbuden,

(Abg. Fischer SPD: Das ist das Problem!)

sondern da geht es um den Sicherheitsstandard von Kernkraftwerken, und spätestens seit Tschernobyl weiß man: Wenn da etwas nicht stimmt, können Unglücke passieren, können Millionen von Menschen davon betroffen sein. Das ist ein Skandal!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Warum gibt es eigentlich diese ILK? Die gibt es deshalb, weil Herr Trittin vor zweieinhalb Jahren gesagt hat: Diesen atomhörigen Lobbyverein Reaktorsicherheitskommission – die es damals in Bonn noch gab – werden wir personell etwas austauschen. Damals ging ein Aufschrei durch Ihre Reihen, und es hat geheißen: Trittin, reine Ideologie! Wir machen unseren Gegenverein auf. Dieser Gegenverein heißt ILK, und der ist halt nicht pluralistisch besetzt, sondern das ist ein reiner Atomlobbyverein.

(Dr. Salomon)

Ich kann nur wiederholen: Dieser Atomlobbyverein hat überhaupt nichts herausgekriegt – egal, welche Tagesordnungen er hat, Herr Scheuermann –, was sich in den Kernkraftwerken in Baden-Württemberg getan hat. Der Einzige, der etwas gemerkt hat – und das muss eigentlich die Sicherheitsphilosophie bei der Kernkraft sein, dass man ihr kritisch gegenübersteht –, war Trittin. Sie, Herr Minister Müller, haben überhaupt nichts gemerkt und haben dann versucht zu vertuschen, dass Sie nichts gemerkt haben. Sie sind zu Trittin gefahren, haben sich belehren lassen müssen, sind zurückgekommen und haben gesagt: Wir waren von Anfang an einer Meinung. Das ist ein Witz! Das Protokoll liegt vor. Sie haben Nachhilfeunterricht bekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist doch in den letzten Wochen immer deutlicher geworden – jeden Tag kann man es in der Zeitung lesen –, dass dieser TÜV im Prinzip nichts anderes ist als ein Verein, der all das deckt, was an sicherheitstechnischen Sauereien in den Kernkraftwerken Tag für Tag geschieht und teilweise seit 17 Jahren geschieht. Jetzt werden beim TÜV Konsequenzen gezogen; dort rollen Köpfe. Sie müssten aber Konsequenzen ziehen: Der Gutachter – TÜV Süddeutschland – gehört ausgetauscht. Das ist das Mindeste, was man verlangen kann. Wenn jemand seinen Auftrag nicht erfüllt, muss man einen anderen Gutachter nehmen. Das ist doch das Allermindeste. Ich weiß gar nicht, warum das nicht geschieht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Man konnte es lesen: Es gibt auf dem Papier – aber wohl nur auf dem Papier und ohne dass das, was auf dem Papier steht, auch nur irgendetwas wert ist – in deutschen Kernkraftwerken eine so genannte PSÜ, eine periodische Sicherheitsüberprüfung. Danach ist das Kernkraftwerk Philippsburg seit Jahren überprüft worden; das geschieht alle zehn Jahre. Und wer führt diese Überprüfung durch? Sie nimmt wiederum der TÜV vor.

(Zuruf von der SPD: Macht alles der TÜV!)

Wir stellen fest, dass dort seit 17 Jahren systematisch gegen die Betriebshandbücher verstoßen wird. Das Betriebshandbuch für das Kernkraftwerk Philippsburg besteht wahrscheinlich nur aus einer einzigen Seite – in der Anwendung –, auf der steht: „Wir werden das Kind schon schaukeln.“ Mehr ist da gar nicht.

Man stellt fest, dass es zu den PSÜ lange Gutachten des TÜV gibt, wonach alles bestens sei. Diese Gutachten werden natürlich bei der Atomaufsicht – Abteilung Keil – eingereicht. Dort stellt man fest: In Baden-Württemberg alles bestens.

Ich kann nur noch einmal feststellen: Ohne Berlin, ohne die Reaktorsicherheitskommission aus dem Hause Trittin wüssten wir heute noch nicht, welche Sauereien in Philippsburg, Obrigheim, Neckarwestheim und anderswo gelaufen sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ergebnis: Ich muss mich fragen, ob es mit gesundem Menschenverstand überhaupt noch zu begreifen ist, dass Sie in Bezug auf die ILK nichts ändern wollen, dass Sie Herrn Prêtre selbst nicht feuern, sondern ihm quasi den Rücktritt nahe legen, aber kein Problem darin sehen, dass er nach wie vor als Chef der ILK installiert ist. Da frage ich mich: Ist das Chuzpe, ist das Dummheit, ist das Frechheit – es ist eine Mischung –, oder ist das schlichtweg Ignoranz? Mit politischen Maßstäben ist das überhaupt nicht mehr zu fassen.

Herr Minister, ich wiederhole es: Wenn Sie schon nicht selbst zurücktreten wollen –

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Spiegel hin oder her, in den Sie morgens schauen –, dann räumen Sie wenigstens in Ihrer für die Atomaufsicht zuständigen Abteilung auf. Da sage ich Ihnen: Der Fisch stinkt vom Kopf her. Da muss zunächst einmal der Kopf weg. Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, gehen Sie in Gottes Namen selbst.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Salomon, bei der letzten Debatte am 25. Oktober, die wir über dieses Thema geführt haben, ist es Ihnen nicht gelungen, den Minister matt zu setzen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Schachmatt! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Er macht aber einen matten Eindruck!)

Jetzt versuchen Sie – wie ein kleines Kind, dem man seine Puppe weggenommen hat –, nachzukarten.

(Beifall bei der CDU)

Um bei meinem Vergleich zu bleiben: Jetzt suchen Sie wenigstens nach einem billigen Bauernopfer und meinen, wir würden auf Ihren billigen Versuch eingehen, uns hier mit der Frage zu beschäftigen, wer in Zukunft Leiter der Abteilung 7 des Ministeriums für Umwelt und Verkehr sein soll. Sie haben sich in der Presse aufgespielt und darüber erbost, dass Sie einen Brief von Ministerialdirektor Birn bekommen hätten. Sie haben gesagt, das sei eines Abgeordneten unwürdig.

(Abg. Drexler SPD: Ist es auch!)

Da gebe ich Ihnen Recht.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann ist es aber noch unwürdiger, wenn wir uns Sitzung für Sitzung mit der Person eines Abteilungsleiters befassen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist doch so, weil der Minister nichts macht! – Abg. Drexler SPD: Er macht doch nichts!)

(Scheuermann)

Dies ist ausschließlich Sache des Ministers und von sonst niemandem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Natürlich ist es Sache des Ministers! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Ich frage Sie, Herr Salomon: Wie ist denn die ganze Sache herausgekommen?

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Die ganze Sache ist dadurch herausgekommen, dass nach der letzten Revision eine unvollständige Meldung des Kernkraftwerks Philippsburg an das Umweltministerium gegangen ist.

(Zurufe von der SPD: Falsch! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Die unvollständige Meldung ist schließlich auf Veranlassung des Umweltministeriums

(Abg. Dr. Salomon und Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Falsch!)

zu einer förmlichen Meldung ausgearbeitet worden. Beides ist auch an Minister Trittin gegangen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Falsch! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Scheuermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Salomon?

Abg. Scheuermann CDU: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Kollege Scheuermann, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass im Normalfall Meldungen, die im Störfallbereich 0 liegen, weil Sie ja als Landesbehörde im Auftrag des Bundes tätig sind, nach Berlin gemeldet, dort abgeheftet und nicht mehr kontrolliert werden?

Sind Sie weiter bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in diesem speziellen Fall das Ministerium in Berlin einen Hinweis bekommen hat und deshalb von sich aus diesen Fall noch gutachterlich durch die Reaktorsicherheitskommission hat überprüfen lassen müssen und nur deshalb herausgekommen ist, was in Philippsburg wirklich passiert ist, und das mit irgendwelchen Recherchen in dem Haus hier null und nichts zu tun hat?

Abg. Scheuermann CDU: Der zeitliche Ablauf war so, dass zuerst diese unvollständige Meldung bei unserem Ministerium eingegangen ist, und bei der Umwandlung dieser unvollständigen Meldung in eine förmliche Fehlermeldung ist dann dieser Hinweis von einer uns bis heute nicht bekannten Seite gekommen.

Nun reden Sie, Herr Salomon, immer von dem Protokoll –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Scheuermann, Herr Abg. Drexler wünscht das Wort für eine weitere Zwischenfrage.

Abg. Scheuermann CDU: Ja.

Abg. Drexler SPD: Herr Abg. Scheuermann, was würden Sie denn mit einem Beamten machen, der zuerst telefonisch, dann per Fax und dann schriftlich eine Meldung bekommt, in der steht, dass ein Atomkraftwerk wieder angefahren wurde – am 12. August, aber erst am 25. August wird das Notfallsystem gemessen? Das war 14 Tage lang ein Blindflug. Dazu braucht man keinen TÜV, sondern das kann jeder, das könnten Sie und auch ich erkennen. Was soll man mit einem solchen Beamten machen? Der Minister hat bis heute noch nichts gemacht.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Drexler, Ihre Frage ist ungenau gestellt.

(Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Die ist genau gestellt!)

– Nein, nein. – Dieser Beamte hat als erste Meldung bekommen, eine Ventilstellung sei nicht in Ordnung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Weil er nur das Vorblatt gelesen hat! – Abg. Drexler SPD: Weil er nur das Vorblatt gelesen hat! Er hätte es nur umdrehen müssen!)

Das war die allererste Meldung. Erst im Verfolg dieser Meldung und dem, was dahintersteht, ist das herausgekommen, was Sie jetzt gesagt haben.

(Abg. Drexler SPD: 57 Tage lang nichts gemacht!)

– Das ist doch nicht wahr.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Jetzt, Herr Salomon, zu dem Gespräch zwischen Trittin und Müller an diesem Samstag und zu dem Protokoll: Der Minister hat mir noch gestern glaubhaft versichert

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Welcher?)

– Minister Müller –, dass er bis heute dieses Protokoll nicht hat und auch nicht gefragt worden ist, ob er mit der Abfassung dieses Protokolls einverstanden ist.

(Abg. Döpper CDU: Aber die Presse hat es gehabt!)

Wenn zwei Minister ein Gespräch führen und darüber ein Protokoll gefertigt wird,

(Abg. Teßmer SPD: Nicht ablenken!)

dann ist es förmliche Regel, dass beide das Protokoll, bevor es an die Öffentlichkeit gelangt, gutheißen. Der Minister hat dieses Protokoll bis heute nicht.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD – Abg. Schmiedel SPD: Vielleicht hat es Herr Keil! – Abg. Drexler SPD: Kann es sein, dass es Herr Keil im Ministerium hat?)

(Scheuermann)

– Das soll dann nachher der Minister erklären. Ich weiß nicht, ob Herr Keil das Protokoll hat.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Aber es ist doch auf jeden Fall ein Vorgang, der aufmerken lässt, dass offensichtlich einer in der Öffentlichkeit im Besitz dieses Protokolls ist.

(Abg. Drexler SPD: Ist das Protokoll falsch?)

– Ich weiß es nicht, ich habe es noch nie gesehen. Ich war weder bei dem Gespräch dabei noch habe ich das Protokoll gelesen.

(Abg. Bebber SPD: Nichts gelesen, aber darüber schwätzen!)

Ich weiß bloß, dass es bei einem so wichtigen Vorgang wie diesem Gespräch die Regel ist, dass ein Protokoll von beiden Gesprächsseiten autorisiert wird. Das ist bei dieser Geschichte offensichtlich nicht erfolgt. Das deutet auf jeden Fall darauf hin, dass man sich seiner Sache nicht so sicher ist; denn sonst könnte man so vorgehen, wie es sonst die Regel ist.

Zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was ist seit unserer letzten Sitzung geschehen?

(Zuruf von der SPD: Nichts!)

Erstens: Der Kraftwerksbetreiber Philippsburg hat eine lange Liste von Punkten und Aufgaben, die er abarbeiten muss. Bevor dies geschehen ist, gibt es überhaupt keine Chance, dass der Kraftwerksblock II angefahren wird.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das liegt aber an Berlin!)

Zweitens: Der bisherige Gutachter TÜV Südwest ist für die Beurteilung der Ergebnisse dieser Aufgabenstellung bei dem Kraftwerksbetreiber Philippsburg durch den TÜV Rheinland ersetzt worden.

(Abg. Teßmer SPD: Warum denn?)

– Damit Sie nicht immer sagen können, es seien nur willfähige Leute am Werk, die gemeinsam zu Mittag essen und gemeinsam in der Kantine vespern.

(Abg. Teßmer SPD: Also haben wir Recht gehabt!
– Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Drittens: Die Landesregierung hat die Einsetzung einer so genannten Task-Force beschlossen. Diese Task-Force hat die Aufgabe, vor allem das Verhältnis zwischen Betreiber, Gutachter und Ministerium als Aufsichtsbehörde zu untersuchen. Dass dann natürlich auch die Frage, ob der TÜV Südwest in Zukunft weiter Gutachter sein kann, in dieser Untersuchung eine wesentliche Rolle spielt, versteht sich von selbst.

Viertens und letztens: Der Minister hat mehrmals versichert, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die die Organisation der entsprechenden Abteilung in seinem Ministerium überprüft. Ich frage Sie: Was soll man denn, außer

Ihrer unsinnigen Forderung, er solle gehen, in einem solchen Fall noch mehr machen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Armer Winfried!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich möchte zuerst noch einmal Begriffe klären, falls ich mich vorhin in der freien Formulierung etwas strittig ausgedrückt haben sollte. Meine Position ist, dass es beim Thema Kernkraft keine objektive Fachperson geben kann. Wenn ich mehrere subjektiv orientierte Leute gut mische, ist sehr wohl eine neutrale Position zu erarbeiten.

(Abg. Knapp SPD: Ja! Mischen!)

Unabhängig ist eine Kommission dann, wenn sie nicht mit denen zusammenhängt, um die es sich dreht. Das sind ganz unterschiedliche Begriffe. Deswegen sollte man sie sauber auseinander halten.

Wie gehen wir denn nun weiter vor? Wichtig ist, dass man nicht alles miteinander ausschüttet, das Kind mit dem Bad und ein paar andere Sachen auch noch mit, sondern dass wir Schritt für Schritt vorgehen. Es ist schon erstaunlich, wie Sie sich stur weigern, zur Kenntnis zu nehmen, was alles schon getan wurde.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben wir von Ihnen gelernt!)

Der Herr Kollege Scheuermann hat ein paar Dinge angesprochen. Anderes ist ebenso im Werden. Insbesondere ist der TÜV ausgetauscht, anders als Sie es gesagt haben.

(Abg. Bebber SPD: Wie sieht es im Ministerium aus?)

Nun muss zuerst die Situation in Philippsburg II geklärt werden. Erst dann ist es sinnvoll, die Situation in Baden-Württemberg als Ganzes anzugehen. Dafür ist dann die plural zusammengesetzte Task-Force einzusetzen.

Dann geht es darum, mit diesen Ergebnissen ein zukunftsorientiertes Sicherheitskonzept zu strukturieren. Dazu gehört zum Beispiel, dass Betriebshandbücher künftig nicht in dem Sinn aufgebaut werden, wie der Hersteller einer Anlage diese Anlage beschreibt und wie sie zu betreiben ist, sondern dass es da einheitliche Kriterien gibt. Das ist schon deshalb wichtig, damit dann, wenn man Personal austauscht, dieses nicht alles vorher durchgehen muss, sondern genau weiß, an welchen Stellen man nachschauen muss, wenn man sich um ein bestimmtes Thema kümmert.

Ergänzend zu diesen Betriebshandbüchern, die ja nur beschreiben, wie der Betrieb abläuft, und überhaupt nicht beschreiben, wie eine Prüfung abzulaufen hat, erwarte ich, dass es künftig auch Checklisten gibt, nämlich Sicherheits-Checklisten, und zwar sowohl für die interne wie für die externe Prüfung. Da kann man natürlich keine hundertprozentige Prüfung machen. Was wäre denn das für ein Vor-

(Heiderose Berroth)

gehen? Überprüfung ist immer stichprobenartig. Das ist gar kein Thema. Wir brauchen nicht alles dreifach zu besetzen. Denn dann würde tatsächlich die Verantwortung des Betreibers nachlassen, wenn er weiß, dass eh alles noch einmal genau überprüft wird. Da reichen Stichproben.

Wir brauchen auch eine genaue Aufgabenzuordnung. Was haben die Betreiber zu tun? Sie haben die Verantwortung für das Ganze zu übernehmen und alles ordentlich abzuwickeln. Was ist Aufgabe der technischen Überwachung? Sie wissen, wir fordern, dass man die technische Überwachung spätestens nach fünf Jahren auswechselt. Wenn es diese Normierung der Handbücher und der Checklisten gibt, ist das auch kein so großes Problem mehr.

Dann gibt es ja noch die Atomaufsicht. Sie wissen sehr genau, dass die Atomaufsicht zweistufig ist. Sie liegt zum einen beim Land und zum andern beim Bund. In dem Fall muss man fast sagen: Glücklicherweise –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist Stufe 0!)

ansonsten halte ich es nicht für so gut – sind Bund und Land politisch sehr unterschiedlich besetzt. Wenn die zwei zusammenarbeiten, bekommen Sie auch eine relativ neutrale Lösung, die der Sicherheit sicher zuträglich ist.

Das Ganze muss sich zu einem Sicherheits-Controlling entwickeln. Da wähle ich sehr bewusst den Begriff Controlling, weil ich als Wirtschaftlerin genau weiß, dass das nicht nur die Kontrolle ist, sondern auch die Planung in die Zukunft und der Abgleich mit Sollwerten. Dieses brauchen wir für die Sicherheit der Kernkraftwerke für die Zukunft auch im technischen Bereich.

Die FDP/DVP erwartet vom Umwelt- und Verkehrsministerium einen ersten Bericht noch vor Jahresende. Ich bin darauf gespannt. Dann können wir Ihnen nämlich auch schriftlich vorlegen, was alles im Einzelnen getan wurde, damit Sie nicht immer mit der Aussage hausieren gehen können, da täte sich nichts. Auch wenn es die Opposition nicht wahrhaben will: Wir machen hier in Baden-Württemberg gerade Vorarbeit für den Bund und andere Länder. Nehmen Sie zum Beispiel das Interview mit dem Vorsitzenden der Reaktorsicherheitskommission, Herrn Hahn. Er hat darin wortwörtlich das wiederholt, was ich schon zwei Wochen vorher im Ausschuss gesagt hatte. Er hat zwei Wochen gebraucht, bis er zur selben Erkenntnis gekommen ist. Dem ist das also auch nicht vor diesen Vorfällen eingefallen, sondern alles erst nachher. Nachher sind alle klüger. Die Frage ist nur, mit welcher Geschwindigkeit sie darauf kommen.

(Abg. Fischer SPD: Und dass man dann reagiert!)

Da Sie von der Opposition nur eine Antwort kennen, nämlich das Abschalten, dies aber im Moment weder möglich noch sinnvoll ist,

(Abg. Bebber SPD: Wer hat das gesagt?)

muss – davon gehe ich aus – die „Qualitäts Offensive Atom-
aufsicht“ auch weiterhin von Baden-Württemberg ausgehen. Wir werden tatkräftig daran mitarbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk
CDU – Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen heute die Debatte vom Oktober fort. Ich kann sagen: In der Zwischenzeit, seit der letzten Debatte, auch in diesem Zeitabschnitt, wie schon vor der letzten Debatte, hat es eine Unmenge von politischen und polemischen Diskussionen und Publikationen gegeben. Wenn ich mir deren Themenfelder anschau und sie mit dem vergleiche, was eigentlich Sache ist, dann muss ich sagen: ganz überwiegend auf Nebenkriegsschauplätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese ganze Auseinandersetzung hat im Übrigen auch Züge einer politischen Schlamm Schlacht gehabt, bei der es natürlich immer darum geht, gerne einmal den Kopf eines Ministers zu fordern, bei der es auch immer darum geht, eine Attacke gegen die Kernkraft zu reiten. Die Anträge, die heute vorliegen – auch die Diskussionsbeiträge –, sind vom Inhalt und vom Niveau her dafür ein Beleg.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich gehe auf diese ganze Debatte nicht ein. Ich antworte und ich arbeite auf einer anderen Ebene: auf der Ebene der Lösung der Probleme. Das ist die Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Soweit Sie informiert sind! – Zuruf von der SPD: Arrogant!)

Sie mögen das jetzt vielleicht als unpolitisch ansehen, aber das ist mein Verständnis von politischer Verantwortung, dass wir Probleme zu lösen haben und uns nicht in Polemik gegenseitig zu konfrontieren haben, auf Feldern, die überhaupt keine Rolle spielen und die gemessen an dem, worum es eigentlich geht,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sofern man informiert ist! – Abg. Bebber SPD: Sie können gar nicht darauf eingehen, weil Sie nichts wissen!)

nämlich den sicheren und verantwortungsvollen Betrieb von Kernkraftwerken zu gewährleisten – das ist die eigentliche Aufgabe –, nachrangig sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Vor diesem Hintergrund will ich auch heute wieder sagen: Weil ich mir schon vorstellen kann, was es alles für Zwischenfragen gibt, möchte ich auch heute keine Zwischenfragen zulassen – auch im Blick auf meine Redezeit.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Abschottung als Präventivmaßnahme! Sie haben doch alle Zeit, nur wir nicht!)

– Sie haben in der letzten Debatte kritisiert, dass das alles zu lange gegangen sei. Ich will es heute ein Stück kürzer

(Minister Müller)

machen und Ihnen einfach sagen: Lösung der Sachfragen, Wiederherstellung von Sicherheit und Vertrauen, Aufklärung in Ruhe, Offenheit, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewusstsein, das ist meine Messlatte.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Heute will ich über drei Dinge sprechen.

Erstens: Wo stehen wir bei der Aufarbeitung vor allem der beiden größeren, im Vordergrund stehenden Ereignisse, vor allem was KKP II, aber auch was KWO anbelangt? Meine These zu dieser Fragestellung heißt: Wir erledigen Stück für Stück unsere Arbeit, um Sicherheit und Vertrauen wiederherzustellen und den Betrieb sicher wieder anfahren zu können.

Die zweite Frage, der ich mich zuwenden will, heißt – dies schimmerte heute in den Diskussionen ja durch –: Was ist die Rolle der Aufsicht, der Betreiber und der Gutachter?

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wie muss diese Rolle, wie muss dieses Dreiecksverhältnis untereinander in der Zukunft gestaltet werden? Meine These dazu heißt: Unsere Atomaufsicht arbeitet im Rahmen des Üblichen, des bundesweit und des international Üblichen. Nichtsdestoweniger sind Veränderungen notwendig.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch versagt!)

Der dritte Punkt, auf den ich zu sprechen komme: Wie ist die Situation in der Bundesrepublik, und was ist Sache des Bundes selbst? Vorhin ist mir bei der Diskussion aufgefallen, dass man in einem Bereich, in dem es einem unangenehm wird, sagt: „Ja, das heften die beim Bundesumweltministerium nur ab, wenn eine solche Meldung kommt.“ So kann man es aber nicht machen, dass man einmal sagt: „Wir sind zuständig“, ein andermal aber sagt: „Wir sind nicht zuständig“.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mindestkategorie 0!)

Wir haben eine klare Rollenverteilung. Wir haben in der Atomaufsicht sozusagen Recht und Pflicht des ersten Zugriffs. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wir handeln im Auftrag des Bundes. Wenn uns der Bund irgendetwas vorschreiben will, kann er das mit einem Federstrich tun. Wenn er es unterlässt, ist auch das seine Entscheidung. Aber man kann nicht sagen: Die Erkenntnisse, die in Stuttgart gewonnen werden, liegen sozusagen in der Verantwortung von Stuttgart; wenn aber dieselben Erkenntnisse zum Beispiel in Berlin nicht vorliegen – ich komme auf den Punkt, den Sie vorhin genannt haben, noch zu sprechen –, ist das nur damit zu erklären, dass man nicht zuständig ist. Entweder ist man zuständig, oder man ist es nicht.

Ich kann nur sagen: Die Verantwortung in atomaufsichtlichen Fragen tragen der Bund und das Land gemeinsam, und im Zweifel kann uns der Bund alles vorschreiben, ob ihm das nun gefällt oder nicht. Deswegen ist es schon eine interessante Frage, was auf der Bundesebene geschieht.

Meine These dazu lautet: Die Behauptung, dass ein Ja zur Kernkraft zu einer Blindheit in der Aufsicht führt, ist erkennbar falsch. Sie ist eine Mär. Was die Aufarbeitung der

Ereignisse anbelangt, sind wir – teils freiwillig, teils unfreiwillig – in der Bundesrepublik führend.

Jetzt zum ersten Punkt: Was geschieht bei KKP II? Wir haben zunächst einmal unmittelbar einige Maßnahmen – technische Sofortmaßnahmen und Sofortmaßnahmen bei den Betriebshandbüchern – veranlasst. Wir haben eine Reihe von ersten strukturellen Maßnahmen ergriffen; ich habe sie in meiner Pressekonferenz vom 19. Oktober dargestellt und will darauf nicht im Einzelnen eingehen.

Wir haben zum Zweiten in Abstimmung mit den Gutachtern und dem Bund für die Betreiber in Philippsburg ein Anforderungsprofil für das Wiederauffahren formuliert: Was muss vorliegen, damit wieder angefahren werden kann? Dabei haben wir eine vertiefte Analyse verlangt.

Im Rahmen dieser Analyse sind wir auf zusätzliche Erkenntnisse gestoßen, beispielsweise auf die Ereignisse vom 10. August. Wir haben übrigens auch die Konsequenz gezogen zu fragen: Was ist in den anderen Kernkraftwerken in Baden-Württemberg? Diese Konsequenz hat Trittin einen Tag später, am 24. Oktober, für die bundesweite Fragestellung genauso formuliert.

Wir haben Konsequenzen verlangt, und wir haben auch die Themenfelder formuliert, auf denen diese Konsequenzen gezogen werden sollen, beispielsweise: Was muss beim Betriebshandbuch in Philippsburg geschehen? Was muss geschehen im Blick auf die Fachkunde? Was muss geschehen im Blick auf Betriebsabläufe? Was muss vor und nach dem Wiederauffahren des Betriebs geschehen? Wie ist es vor allem – das ist wirklich eine Schlüsselfrage – mit der Sicherheitskultur und dem Sicherheitsmanagement in Zukunft bestellt? Denn dass es hier in Philippsburg Mängel gegeben hat, ist offenkundig. Das sind die Fragestellungen.

Am 30. Oktober haben wir von Philippsburg einen Bericht bekommen, und diesen werden wir, das Land, der Bund, der Landesgutachter, der Bundesgutachter und zum Schluss die RSK, jetzt aufarbeiten. Dann werden – das ist heute schon klar vorhersehbar, und das sieht der Bund auch so – auch auf Bundesebene Konsequenzen zu ziehen sein. Denn dieser Fall lehrt uns nicht nur in Baden-Württemberg etwas. Dann wird der Bund in den anderen Bundesländern gefordert sein.

Wie arbeiten wir das alles jetzt auf? Wir haben beispielsweise eine exakte Befragung aller Mitarbeiter in Philippsburg durch den Betreiber vorgenommen. Auch unser eigener Gutachter, der TÜV Rheinland, hat das gemacht. Ich kann Ihnen sagen, dass uns eine solche exakte Befragung aller Mitarbeiter, nicht nur was die konkreten Ereignisse der Tage im August anbelangt, sondern auch was die Praxis in der Vergangenheit betrifft, diese sehr detaillierte und schon beinahe kriminalistische Arbeit, die da geleistet wird, zu immer neuen Erkenntnissen führt.

Wir haben erst in den jüngsten Tagen wieder Erkenntnisse über das Geschehen rund um den 10. August gewonnen, von denen man sagen muss: Wir hatten nach dem 10. August das Thema „Blindflug“; aber wir hatten um den 10. August herum, also beim Wiederauffahren des Reaktors, offensichtlich die Situation, dass, wie ich an anderer Stelle schon einmal gesagt habe, Regeln sehenden Auges

(Minister Müller)

falsch gehandhabt worden sind. Das ist natürlich eine gravierende Tatsache. Ich habe das schon öffentlich angesprochen. Wir werden uns auch mit diesen neuen Erkenntnissen und neuen Aspekten zu befassen haben.

Für technische Maßnahmen sind die Planungen seitens des KKP weithin abgeschlossen. Für Betriebsabläufe gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die das KKP in Gang gesetzt bzw. angekündigt hat. Wir bearbeiten das alles jetzt. Wir machen regelmäßige Treffen, beispielsweise morgen wieder, zusammen mit dem Bund und mit den Gutachtern.

Man kann im Moment vielleicht ganz grob sagen: Die Fachaufgaben sind weitgehend gelöst. Die Frage der Zuverlässigkeitsbewertung wird in den nächsten Wochen im Vordergrund stehen, und wir werden auch hier relativ bald zu einer hoffentlich gemeinsamen abschließenden Bewertung kommen können.

Nun zu KWO. KWO ist auch ein Ergebnis der von uns in Gang gesetzten Untersuchung. Es ist ja nicht so, dass wir sozusagen durch schicksalhafte Ereignisse auf Tatbestände gestoßen sind, sondern wir haben gezielte Fragen gestellt und gezielte Suchmaßnahmen ergriffen, und bei dieser Gelegenheit sind wir auf zusätzliche Probleme gestoßen. Die Ereignisse bei KWO sind nach unserer Einschätzung – und übrigens auch nach einer vorläufigen ersten Beurteilung durch die RSK, also der Reaktorsicherheitskommission, die sich damit befasst hat – grundsätzlich von anderer Qualität. Einen entsprechenden schriftlichen Bericht, der sehr differenziert ist und sehr kompliziert ist – und alles, was differenziert und kompliziert ist, spielt in der Regel in öffentlichen Debatten keine Rolle, aber das sind dann die Fakten, um die es geht –, haben wir dem Umweltausschuss vorgelegt.

Die RSK befasst sich jetzt mit KWO. Unsere vorläufige Einschätzung ist die: Die Störfallbeherrschbarkeit – das ist ja immer die wichtige Frage: hat es ein objektives Problem gegeben? – war mit großer Wahrscheinlichkeit im Blick auf die Sprühwasserreserve, um die es da zusätzlich ging, gegeben. Das war auch die erste Einschätzung der RSK, die im Übrigen gesagt hat: Wir wollen aber den Nachweis dafür noch bekommen.

Wir haben bei KWO zweitens nicht die Blindflugsituation, und wir haben dort drittens auch einen anderen Umgang mit der Problematik und bei der Aufarbeitung, nämlich ein sehr viel offeneres Vorgehen, als es bei KKP der Fall war.

Nichtsdestoweniger muss man aber eines sagen: Auch bei KWO ist – ich nenne es jetzt mal so – konsequent nachlässig mit Regeln des Betriebshandbuchs umgegangen worden. Das klingt jetzt wie ein Kompliment; das ist natürlich nicht als Kompliment gemeint. Aber es zeigt immerhin: Es war nicht die Blindflugsituation. Insofern werden auch bei KWO Konsequenzen zu ziehen sein.

Konsequenzen wird es übrigens auch geben, was die Betriebshandbücher anbelangt. Denn wir haben im Bundesvergleich außerordentlich unterschiedliche Regelungen in den Betriebshandbüchern, was die Anfahraphase anbelangt, was die Flutbehälter anbelangt. Das ist einer der Gründe, weshalb der Bund hier gefordert sein wird.

Insgesamt ist die Zuverlässigkeitsfrage bislang von allen Beteiligten, die sich mit KWO befasst haben, nicht in Zweifel gezogen worden. Das könnte theoretisch noch kommen – das will ich gar nicht ausschließen –, aber bisher ist es nicht so.

Wenn ich jetzt einmal einen kleinen Schlusstrich ziehe – ich lasse jetzt verschiedene andere Dinge weg: GKN I, GKN II usw. –, wenn ich eine kleine Zwischenbilanz ziehe, dann kann man sagen: Wir sind ungemein weit in die Analyse und die differenzierte Aufarbeitung der Probleme eingestiegen. Wir arbeiten auf der Fachebene auch sehr sachorientiert mit der RSK zusammen, und man kann feststellen, dass wir bereits einen erheblichen Erkenntnis- und Abarbeitungsfortschritt erreicht haben. Das sage ich auch im Blick auf die Situation in anderen Bundesländern.

Was mir bei dieser Gelegenheit auffällt, ist, dass wir uns bei den Meldekriterien – also: wann ist ein Ereignis mit welchem Tempo zu melden? – gerade bei zurückliegenden Ereignissen schon fragen können, ob es eigentlich richtig ist, dass man über ein Ereignis des Jahres 1997 noch eine Eil- und Sofortmeldung machen muss. Also, diese Frage kann man sich schon stellen. Denn die Eile hat immerhin eine Konsequenz: Wenn ich etwas schnell melden muss, kann das dazu führen, dass man nicht unbedingt sorgfältig arbeiten kann. Vor diesem Problem stehen wir angesichts der Fülle von Ereignissen, die wir jetzt über Jahre zurückverfolgt haben und mit denen wir jetzt sehr schnell umgehen müssen. Ich halte das für problematisch.

Man sollte im Blick auf die Zukunft festlegen, ob etwas eilbedürftig ist oder sogar sofort behandelt werden muss, und nicht bei der Abarbeitung alter Ereignisse.

Im Übrigen sollten wir, glaube ich, jetzt zu einer gewissen Normalität der Bearbeitung zurückkehren. Ich will Ihnen nur einmal ein Beispiel nennen: Ich habe gestern von zwei möglicherweise meldepflichtigen Ereignissen gehört, die sich auf KKP II – das ist ja zurzeit abgeschaltet – beziehen. Es geht um technische Probleme im Pumpenbereich. Wir werden jetzt zu untersuchen haben, ob das meldepflichtige Ereignisse sind.

Wir haben im Übrigen bei KKP I festgestellt, dass es in einem Raum eine kontaminierte Flüssigkeit gegeben hat, in den eine solche Flüssigkeit nicht gehört. Das ist wahrscheinlich ein Ereignis der Kategorie 0 mit einer Normalmeldung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So wie das ganze Ministerium: ein Ereignis der Kategorie 0! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Alles ganz normal!)

Ich will jetzt nur einmal sagen: Bislang sind solche Meldungen ganz normal eingegangen und ganz normal an den Bund und den Landtag weitergeleitet worden. Man hat dann einmal im Vierteljahr diese Meldungen zur Kenntnis bekommen. Zurzeit publizieren wir diese Meldungen aber, auch wenn es dadurch so erscheint, als würde ständig etwas Neues passieren. In der Öffentlichkeit wird das dann permanent als Störfall dargestellt, obwohl es Ereignisse sind, die bis vor wenigen Wochen noch niemanden interessiert haben; denn die Mitteilungen, die wir an den Landtag gemacht haben, haben in der Öffentlichkeit nie einen Niederschlag gefunden.

(Minister Müller)

Deswegen ist der Umgang mit Ereignissen – die Darstellung in der Öffentlichkeit – ein eigenes Kapitel, das man bei dieser Gelegenheit auch kritisch überprüfen muss.

Zweiter Punkt: Aufsicht, Gutachter und Betreiber. Was haben wir hier in Baden-Württemberg für eine Situation, und wohin muss die Reise gehen? Sind wir mit Blindheit geschlagen? Ist der Tatbestand, dass 17 Jahre lang von einem Betriebshandbuch abgewichen worden ist, ein Indiz dafür, dass die Aufsicht Fehler begangen hat bzw. nicht nach den richtigen Regeln gearbeitet hat? Ich glaube, nein. Aber nichtsdestoweniger würde ich sagen: Wir werden auf diesem Gebiet einen Nachholbedarf haben.

(Abg. Wintruff SPD: Warum glauben Sie das?)

Zunächst einmal muss es dabei bleiben: Wir werden keine hundertprozentige Kontrolle, kein gläsernes Kraftwerk bekommen – in dem Sinne, dass hinter jedem Mitarbeiter ein Aufsichtsbeamter steht. Es ist offenkundig, dass das nicht die richtige Regel sein kann. Wir würden den Betreiber aus seiner Verantwortung entlassen. Es wäre eine völlige Verkennung dessen, was vonseiten der Aufsicht überhaupt geleistet werden kann und geleistet werden muss. Deswegen die Frage: Wie ist die Aufsicht denn wirklich, und wie geschieht die Gutachtertätigkeit?

Wir orientieren uns an der Sicherheitsrelevanz. Vor zehn Jahren wurde die Gutachtertätigkeit in Baden-Württemberg vertraglich zum letzten Mal wesentlich neu konzipiert – 1991 zwischen uns und dem TÜV. Seither hat sich daran nichts geändert – übrigens auch nicht zur Regierungszeit des Umweltministers Schäfer, das nur nebenbei. Wir bewegen uns bei der Frage, was der TÜV tut und was nicht, was der Umfang seines Gutachtenauftrags ist, im Rahmen dessen, was andere Bundesländer ganz genauso machen.

Was ist der Rahmen? Die Schwerpunkte der Gutachtertätigkeit sind wiederkehrende Prüfungen an sicherheitstechnisch relevanten Einrichtungen. Um nur einmal eine Zahl zu nennen – man meint immer, die tun dort alle nichts, pennen, gucken weg oder was auch immer –: Pro Jahr und pro Block werden ungefähr 3 000 bis 4 000 Überprüfungen vorgenommen.

Es geht bei den begutachteten Gegenständen um Überprüfungen bei Änderungen von Anlagen und Änderungen von Betriebsweisen. Es geht bei der Gutachtertätigkeit darum, auch fremde Ereignisse daraufhin auszuwerten, ob sie bei dem jeweiligen Kraftwerk, für das man zuständig ist, ebenfalls vorliegen könnten. Es geht um den Schutz der Beschäftigten und der Öffentlichkeit vor einer Radioaktivitätsbelastung. Es geht um das gutachterliche Begleiten von Wartungsarbeiten. Es geht um Aufsichtsschwerpunkte nach Bedarf; so haben wir beispielsweise bei der WAK ganz andere Konsequenzen zu ziehen als beispielsweise beim KKP.

Um Ihnen ein Gefühl für den Umfang der Gutachtertätigkeit zu geben: Beim GKN sind pro Jahr ungefähr im Umfang von 2 000 Manntagen Mitarbeiter des TÜV vor Ort. 2 000 Manntage sind nicht ganz wenig. Beim KKP sind es 2 500 Manntage, beim KWO 500 Manntage. Das sind allein die Tage, an denen Mitarbeiter des TÜV vor Ort sind.

Das ist keine Kleinigkeit; es sind viele Mannjahre aufsichtlicher Tätigkeit. Übrigens sind auch unsere Mitarbeiter einen Tag pro Woche bei den Kraftwerksblöcken, um unterschiedliche Aufgaben wahrzunehmen.

Was ist nicht Gegenstand der Kontrolle? Das sind genau die Dinge, die hier eine Rolle gespielt haben. Nicht Gegenstand der Kontrolle war bisher die sichere Betriebsführung durch den Betreiber selbst, das heißt, das Handeln der jeweiligen Betriebsmannschaft, der Schichtmannschaft, und die Frage, ob sie nach den Regeln handelt, die im Betriebshandbuch vorgegeben sind.

Jetzt stellen wir fest: Genau da lagen die Lücken. Ebenso muss man feststellen: Genau an dieser Stelle muss der Betreiber nachsetzen, müssen augenscheinlich aber auch wir bei der Kontrolle nachsetzen. Das betrifft uns alle miteinander in der Bundesrepublik, denn es war in keinem Bundesland anders. Das haben wir in der Bundesrepublik alle miteinander aus diesem Fall zu lernen: dass es einen regelmäßigen lockeren und rechtswidrigen Umgang mit Betriebsvorschriften geben kann. Das kann natürlich nicht so bleiben.

Deswegen brauchen wir eine andere Sicherheitskultur, ein anderes Sicherheitsmanagement beim Betreiber und auch eine darauf bezogene, zusätzliche Kontrolle von außen.

Mit solchen strukturellen Fragen – weil auch von der ILK die Rede war – wie der Sicherheitskultur oder dem Sicherheitsmanagement befasst sich die ILK tatsächlich, aber losgelöst vom Einzelfall – lediglich durch konkrete Fälle ausgelöst. Die ILK bearbeitet die Sachverhalte nicht aktuell – das ist nicht ihre Aufgabe – sondern sie versucht, generelle Konsequenzen zu ziehen.

Übrigens einmal eine Randbemerkung zum Thema ILK und dazu, welche Flaschen darin saßen: Es ist schon von Professor Roos die Rede gewesen, der in der Fachwelt wirklich ein unumstrittener Experte ist. Ich nenne ein anderes Mitglied, Herrn Professor Eibel, der jetzt von der RSK angefordert wird, um in den Fragen tätig zu werden, für die er schon jetzt in der ILK zuständig ist, nämlich bezüglich der Bewertung von Gefahren durch terroristische Anschläge auf Kernkraftwerke. Das heißt, die RSK – das sozusagen edle, völlig pluralistisch und zutreffend zusammengesetzte Gremium – bedient sich in einer bestimmten Sachfrage eines führenden Kopfes der ILK. Daran mögen Sie sehen, dass dieses Bild, dass die einen der Wahrheit verpflichtet seien, während die anderen nur vertuschen wollten, nicht stimmt. Die Leute, die wir haben, werden national und international gerne in Anspruch genommen und sind gesucht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Dann muss man auch die richtigen Schlüsse ziehen!)

Ich habe jetzt etwas zu dem gesagt, was auf der Betreiberseite in Zukunft geschehen muss, Stichwort: Sicherheitskultur, Sicherheitsmanagement. Dieser lockere Umgang mit den Vorschriften geht nicht, wir werden da die Aufsicht erweitern.

Was werden wir aufseiten der Gutachter wahrscheinlich an Konsequenzen zu ziehen haben?

(Minister Müller)

Erstens: Ich halte es für sehr sinnvoll, dass die Stichprobenkontrollen der Einhaltung der Betriebshandbücher nicht von demselben Gutachter gemacht werden, der auch sonst die Gutachtertätigkeit übernimmt. Das Prinzip, dass unterschiedliche Augen Unterschiedliches sehen, hat etwas für sich. Wenn die stichprobenhafte Kontrolle der Kernkraftwerke einerseits und die sicherheitstechnische Überprüfung andererseits von unterschiedlichen Institutionen durchgeführt wird, ist das sinnvoll. Das wird sicher eine Blickrichtung sein.

Eine zweite Blickrichtung ist – das haben wir schon gesagt, und das haben wir bereits in Gang gesetzt –, dass die meldepflichtigen Ereignisse auch nicht von demselben Gutachter gemacht werden sollen, der das Alltagsgeschäft gemacht hat. Die Jobrotation bei den Gutachtern wird eine Rolle spielen. Ich glaube, auch ein etwas erweiterter Gutachterauftrag wird notwendig sein. Ich sage einmal: Tut ihr lieben Gutachter nicht nur das, wozu ihr einen unmittelbaren Auftrag habt, sondern ergreift auch einmal an der einen oder anderen Stelle die Eigeninitiative und macht uns Vorschläge. Das geschieht in gewissem Umfang, aber das lässt sich noch ausbauen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wenn Sie schon keine Debatte wollen, dann kommen Sie doch bitte zum Ende!)

– Sehen Sie, Herr Salomon, das ist halt eines der Dinge:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie lassen keine Zwischenfragen zu und reden in epischer Breite!)

Sie interessiert die Polemik, und mich interessiert die Sache. Das ist der Unterschied.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Dadurch, dass Sie keine Zwischenfragen zulassen, verhindern Sie jede Debatte!)

Wenn Sie unbedingt politische und polemische Bemerkungen haben wollen, dann sage ich Ihnen etwas, was ich eigentlich nicht sagen wollte.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Dann sagen Sie es!)

Sie haben mich als Lügner bezeichnet.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Und Sie mich als Verleumder!)

– Jawohl, aber mit einem feinen Unterschied:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja, meine Aussage stimmt!)

Mich hat es gestört, weil es falsch war. Sie haben sich gegen meinen Vorwurf der Verleumdung nicht gewehrt, weil er richtig war.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war jetzt aber ein Kreisklassenargument!)

Glauben Sie nur nicht, dass ich das politische Neutrum bin, das nicht auch polemisieren könnte. Aber das betrachte ich

nicht als meine erste Aufgabe im Unterschied zu dem Rollenverständnis, das Sie selber haben.

(Abg. Drexler SPD: Sie sollen etwas tun! Sie sollen den Laden in Ordnung bringen, aber das machen Sie nicht! Sie machen nichts! Sagen Sie einmal etwas über Ihre Abteilung! Sie reden nur über andere! Andere sind schuld! Sie haben einen Heiligenschein!)

– Herr Drexler, für Sie gilt dasselbe.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie haben einen Heiligenschein! So etwas Borniertes! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Geben Sie doch Ihre Rede zu Protokoll, und lassen Sie uns zum Mittagessen gehen! Sie wollen ja keine Diskussion!)

Jetzt haben wir bei der Neukonzeption der Gutachtertätigkeit ein Problem.

(Abg. Drexler SPD: Sie sollen etwas tun! Die Gutachter haben falsche Gutachten gemacht! Sie sollen etwas tun!)

– Jetzt maulen Sie nicht herum. Wenn Sie nicht zuhören wollen, gehen Sie hinaus, und lassen Sie mich in Ruhe reden. Einverstanden?

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Machen Sie endlich etwas, und reden Sie nicht!)

Wir sind hier nicht im Hinterzimmer von Esslingen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wir brauchen keine Schwätzer von der Atomaufsicht!)

Jetzt beschreibe ich Ihnen ein Problem.

(Abg. Schmid SPD: Sie sollen nicht beschreiben, Sie sollen etwas tun! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie sollen hier politisch argumentieren und nicht Probleme beschreiben!)

Wenn wir mehr Pluralismus in die Gutachtertätigkeit hineinbekommen, dann werden wir zu gleicher Zeit ein Schnittstellenproblem und ein Kompetenzproblem bekommen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ich glaube, das Kompetenzproblem besteht schon länger!)

Darüber muss man sich im Klaren sein. Bei all den Fragen, die ich jetzt angesprochen habe, haben Herr Trittin und Herr Hahn gesagt: Jawohl, das sind Fragen, mit denen wir uns auch bundesweit zu befassen haben werden.

(Abg. Drexler SPD: Sehr schön!)

Die haben ein bisschen mehr Einsicht als Sie. Das ist der Unterschied.

Jetzt will ich noch auf den dritten Punkt zu sprechen kommen, nämlich zu der Frage: Was geschieht eigentlich im Bundesmaßstab? Was geschieht auf Bundesebene, und wo stehen wir im Vergleich der einzelnen Bundesländer?

(Minister Müller)

(Abg. Schmid SPD: Was geschieht bei Ihnen? – Abg. Drexler SPD: Was geschieht eigentlich in Ihrem Ministerium? – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt macht er ein viertelstündiges Ranking der Bundesländer!)

Jetzt will ich im Einzelnen gar nicht sagen, welche Ereignisse wir in anderen Kernkraftwerken noch vorfinden werden. Ich möchte mich da heraushalten, weil ich gar nicht den Eindruck erwecken möchte, als ob ich ein Interesse daran hätte, zu behaupten, dass möglichst viel in anderen Ländern passiert sei. Aber auf eines, glaube ich, muss man schon Wert legen: Wenn jetzt untersucht wird, was in den einzelnen Kraftwerken geschieht, dann sollte man gleiche Maßstäbe anlegen, damit die Story, wonach in schwarz-gelb regierten Ländern etwas anderes geschehe als in rot-grün regierten Ländern, beendet wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Ihnen sagen: Da herrscht eine merkwürdige Ruhe an der Front.

(Abg. Reichardt CDU: Die großen Schweiger!)

Ich bin schon daran interessiert, dass wir – nicht zu unserer Entlastung – zu einer gleichen Bewertung kommen – nur darum geht es – und dann auch mit gleichen Maßstäben messen.

Jetzt stellen wir fest, dass im Übrigen auch der Bund nur am Fall lernt. Ich würde ja in Sack und Asche gehen, wenn der Bund uns in den letzten Jahren, seit es diesen neuen Bund gibt

(Abg. Fischer SPD: Was heißt denn „der neue Bund“? – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

– die neue Bundesregierung; Sie wissen, was ich meine;

(Abg. Fischer SPD: Ah ja! – Abg. Knapp SPD: Dann muss man das auch so sagen!)

ich weiß nicht, wie lange sie noch im Amt ist; aber das ist eine andere Frage –

(Zurufe von der SPD und des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

auf bestimmte Probleme, mit denen wir jetzt zu tun haben, hingewiesen hätte und wir darauf nicht reagiert hätten. Dann würde ich in Sack und Asche gehen. Aber was tut der Bund? Er lernt genauso wie wir am konkreten Fall. Es war nicht so, dass er die Dinge konzeptionell vorhergesehen hätte und uns in irgendeiner Weise beauftragt, gewarnt oder was auch immer getan hätte, sondern er lernt ganz genauso am konkreten Fall.

Jetzt komme ich noch einmal auf das Protokoll zurück, das der Bund aus gewissen Gründen produziert und auch publiziert hat. Das ist ja alles Politik. Ich gehe darauf nicht ein. In diesem Protokoll steht übrigens ein bemerkenswerter Satz: Der Bund verfügte in Sachen KKP II über denselben Kenntnisstand wie wir, und er kam zu keiner anderen Beurteilung. Aus dem Protokoll ergibt sich, dass ihm durch

einen Hinweis von außen die Augen geöffnet worden sind. Verstehen Sie jetzt: Wir sind sozusagen die Atomfreunde, die mit Blindheit geschlagen sind,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Weil er es nicht selber kontrolliert! Das ist doch der Punkt! Das kontrolliert er nicht selber!)

und dann gibt es den hehren Bund, der atomkritisch ist und der alles kapiert. Es war gerade anders: Die Tipps kamen von außen, und das hat den Bund zu den Erkenntnissen geführt, die wir dann miteinander – –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das habe ich doch gesagt!)

– Ja, ja. Ich wollte das nur einmal feststellen. Sie haben nämlich gesagt, das würde beim Bund keine Rolle spielen. Also stelle ich zunächst einmal das fest: Auch auf Bundesebene sind hier Konsequenzen zu ziehen, und wir sind in gewisser Weise unfreiwillig der Spürhund für eine ganze Reihe von Fragen, die sich stellen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Spürhund? Blindenhund! – Gegenruf des Abg. Göschel SPD: Nein! Der Blindenhund sieht ja etwas! Der blinde Hund!)

Ich nenne Ihnen einmal die Fragen, die auf Bundesebene zu stellen sein werden. Erstens: Wie schaut es mit den Flutbehältern in anderen Kernkraftwerken aus? Zweitens geht es um das Thema „Harmonisierung der Betriebshandbücher“. Drittens: Wie ist es in dem Dreiecksverhältnis zwischen Aufsicht, Betreiber und Gutachter? Viertens: Wie gehen wir in Zukunft mit den meldepflichtigen Ereignissen um? Auch da gibt es ja Handlungsbedarf. Und fünftens geht es um das generelle Thema „Sicherheitskultur und Sicherheitsmanagement“.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

In all diesen Fragen werden wir miteinander gefordert sein, Bund und Land.

Wenn ich jetzt unsere Aufsicht – jetzt meine ich unser Ministerium – mit der Aufsicht der übrigen Bundesländer vergleiche und sie einordne, dann möchte ich sagen: Gerade bei der periodischen Sicherheitsüberprüfung sind wir in der Bundesrepublik führend, was die Konzeption und was die Anwendung der PSÜ anbelangt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich glaube, ich bin auf einer falschen Veranstaltung! – Abg. Göschel SPD: Aber nicht, was die Erkenntnisse anbelangt!)

Die Aufsichtskonzeption und das Aufsichtshandbuch, das heißt die Spielregeln, nach denen unsere Atomaufsichtsabteilung arbeitet, sind in den letzten fünf Jahren entwickelt worden – nicht in der Zeit von Schäfer, sondern in der Zeit von Schaufler und Müller.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das muss man einfach einmal so sagen.

(Abg. Göschel SPD: Deswegen arbeiten die so „hervorragend“!)

(Minister Müller)

Wir haben zur TÜV-Beauftragung schon jetzt Verbesserungsvorschläge auf dem Tisch; darüber wird in anderen Bundesländern noch zu sprechen sein. Wir haben mit der ILK ein zusätzliches Sicherheitsgremium geschaffen, das uns sachkundig berät.

(Zuruf von der SPD: Das überflüssig ist!)

Ich will Ihnen genau zu dem Punkt, der hier eine Rolle spielt, nämlich zu dem Stichwort „Sicherheitskultur und Sicherheitsmanagement“ sagen: Wir, dieses Ministerium, diese Abteilung und dieser Abteilungsleiter, haben dies auf Bundesebene thematisiert. Genau zu diesem Thema gibt es mittlerweile einen bundesweiten Arbeitskreis, der von uns initiiert worden ist. Das ist die Realität. Ich glaube, wir können uns auf diesem Gebiet blicken lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt will ich zum Schluss noch sagen: Auch wir sind – bei aller Arbeit, die wir da tun – nicht frei von Fehlern. Das will ich überhaupt nicht bestreiten.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Das gibt es nicht!)

Deswegen sagen wir auch: Wir werden sowohl das Dreiecksverhältnis als auch die Arbeit bei uns im Haus kritisch von außen überprüfen lassen. Das machen wir dann, wenn Philippsburg im Prinzip ein abgeschlossener Vorgang ist, weil wir daraus dann generelle Konsequenzen für die Zukunft abzuleiten haben. Dieser Aufgabe müssen sich andere vielleicht auch noch zuwenden.

Wir sind nicht frei von Fehlern, aber wir arbeiten zunächst einmal die konkreten Vorgänge ab. Ich glaube, das, was wir bisher an Fehlern bei uns selber erkennen, hat eine ganz andere Dimension als die Fehler, die wir bei unserer Arbeit etwa aufseiten des Betreibers entdeckt haben.

Wir sind durch die Ereignisse bei den Kernkraftwerken in Baden-Württemberg quasi unfreiwillig in eine führende Rolle in Deutschland gekommen. Aber umgekehrt sage ich auch: Bezüglich der Aufsicht gilt das erst recht, da sind wir freiwillig in die führende Rolle gekommen. Wir sind führend bei der Abarbeitung der Erkenntnisse,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: „Spitze“ heißt das!)

bei der Aufklärung und bei den konkreten Konsequenzen und den strukturellen Konsequenzen.

Deshalb möchte ich Sie einfach bitten – das wird zwar vergeblich sein, weil das politische Gemälde sozusagen schon vorher feststeht –: Zeichnen Sie nicht mit allen möglichen Hinweisen und auch mit allen möglichen Tricks und mit aller möglichen Polemik ein falsches Bild, nämlich das Bild, dass unsere Atomaufsicht mit Blindheit geschlagen sei, weil sie atomfreundlich sei. Dieses Bild ist falsch. Es mag eine Aufgabe der Opposition sein, Probleme zu beschreiben. Unsere Aufgabe ist es, sie zu lösen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, nach § 83 a Abs. 1 unserer Geschäftsordnung kann der Präsident die Redezeiten der Fraktionen verlängern, wenn der Regierungsvertreter die für die Fraktionen festgelegte Redezeit erheblich überschreitet. Die Fraktionen hatten eine Redezeit von je 10 Minuten, Herr Minister Müller hat 30 Minuten gesprochen. Ich räume deshalb jeder Fraktion noch eine Redezeit von bis zu 5 Minuten ein, verbunden mit dem Hinweis, dass diese zusätzliche Redezeit nicht ausgeschöpft werden muss.

Wer wünscht das Wort? – Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Minister, Baden-Württemberg ist führend bei den Pannen und nicht bei deren Aufarbeitung, um das einmal zu sagen. Sie haben eine beispielhafte Pannenserie hingelegt, um das einmal festzustellen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie reden hier immer über andere: Sie reden über den TÜV, Sie reden über den Bund. Aber Sie reden überhaupt nicht über Ihr Ministerium.

Sie sind Aufsichtsbehörde. Was haben Sie in Ihrem Haus angestellt, und welche Veränderungen haben Sie vorgenommen? Null! Bis jetzt haben Sie seit den Vorfällen keine einzige Veränderung vorgenommen.

(Abg. Seimetz CDU: Man sollte halt zuhören!)

Sie stellen sich hierher und erzählen uns, was Sie alles woanders fordern. In Ihrem eigenen Haus, wo Sie politisch zuständig sind, haben Sie überhaupt nichts gemacht.

Sie haben bisher das Parlament nicht darüber aufgeklärt, wie es sein konnte, dass ein Ministeriumsmitarbeiter erst nach 14 Tagen eine telefonische Mitteilung erhielt, die er dann noch schriftlich und noch einmal in einem Brief nachgereicht bekam, wonach ein Reaktorblock 14 Tage im Blindflug gefahren ist, weil die Notfallsysteme nicht ordnungsgemäß gemessen wurden. Wo ist Ihre Antwort? Was hat denn der Beamte gedacht? Er hat das ohne irgendetwas dem TÜV zugeschickt, obwohl er selber hätte feststellen können, dass das falsch war. Wo ist Ihre Antwort?

57 Tage haben Sie dann gebraucht, um festzustellen, dass dieser Vorgang das Vertrauen der Aufsicht in den Betreiber erschüttert. Dann haben Sie unter dem massiven Druck von Herrn Trittin den Reaktorblock stillgelegt. Wir haben ein Protokoll gesehen, das feststellt, dass Sie überhaupt uneinsichtig waren. Sie haben dagegen gesagt: „Wir waren immer einer Meinung.“ Das hat mit Aufklärung überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD – Abg. Döpper CDU: Kalter Kaffee!)

Jetzt noch etwas zum nächsten Vorfall, Herr Minister. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass Sie das Parlament nicht richtig darüber informiert haben, dass Sie sechs Tage nicht informiert waren. In der Landespressekonferenz – wir haben das nachgehört – haben Sie das so umschrieben, dass das kein Mensch mitbekommen hat. Natürlich hat es kein Mensch mitbekommen, Sie ja auch nicht. Aber im Parlament haben Sie so getan, als seien Sie von Anfang an

(Drexler)

informiert gewesen. Deshalb haben der Kollege Salomon und ich zu Recht gesagt, dass Sie hier nicht die Wahrheit gesagt haben. Sie haben die Unwahrheit gesagt.

Ich sage Ihnen auch: Sie hätten eigentlich aus dieser Geschichte etwas lernen müssen. Sie hätten sagen müssen: Ich selber habe Fehler gemacht. Das haben Sie im Übrigen auch. Sie haben Fehler gemacht, Ihr Abteilungsleiter hat Fehler gemacht, und die ganze Abteilung hat Fehler gemacht.

Wenn man als Politiker Fehler macht, dann muss man Konsequenzen ziehen. Die Bevölkerung draußen hat überhaupt kein Einsehen, dass bei anderen immer so definiert wird, dass sie Verantwortung übernehmen müssen, dass es aber in dem Moment, in dem zur Politik Sachkompetenz gehört, keine Verantwortung gibt. Sie haben überhaupt keine Konsequenzen gezogen, in Ihrem ganzen Ministerium nicht.

Ich habe gedacht, Sie würden einen Vorschlag machen, Sie würden sagen, Sie nähmen eine Umsetzung vor, Sie redeten mit Ihrem Abteilungsleiter, der Sie nicht richtig informiert hat. All das passiert nicht. Sie beschäftigen sich mit dem TÜV und mit allen möglichen Dingen, aber nicht mit Ihrem Verantwortungsbereich, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Unglaublich! – Abg. Hauk CDU: Wo waren Sie denn? – Abg. Seimetz CDU: Er war die letzte halbe Stunde nicht im Raum!)

Und dann haben Sie noch einen unabhängigen –

(Zuruf von der CDU)

– Also, Herr Kollege –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Birk!)

– Birk?

(Heiterkeit)

Zu Ihnen kann ich nur sagen: Sie stehen im Wald.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Herr Minister, Sie haben nichts zu der Berufung von Herrn Prêtre gesagt.

(Zuruf von der CDU)

– Nein. Sie hätten doch wissen müssen, dass er in der Schweiz als Hauptabteilungsleiter die Aufsicht über Atomkraftwerke geführt hat und dass es in der Schweiz große Kritik über die Nähe seiner Auffassung zu den Atomkraftwerken gab. Seine Äußerungen zu Tschernobyl will ich gar nicht anführen. In der Schweiz wurde ihm vorgeworfen, er habe keine Transparenz gezeigt. Das ist ein Vorwurf, der jetzt auch gegenüber der Fachaufsicht durch das Umweltministerium erhoben wird. Genau diesen Mann machen Sie zum Vorsitzenden eines unabhängigen Gutachtergremiums. Das ist überhaupt nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dass er Sie darüber hinaus noch verlässt – nicht Sie entlassen ihn, sondern er verlässt Sie –, zeigt uns deutlich, dass

Sie das Heft überhaupt nicht in der Hand haben. Dass Sie über die Dinge nicht reden wollen, weil sie angeblich polemisch seien, und dass Sie sich nicht mit diesen Dingen auseinander setzen, sondern lieber über die Reaktorsicherheitskommission des Bundes, über andere Bundesländer und über den TÜV reden, ist mir klar. Aber Sie stellen sich Ihrer Verantwortung nicht. Deswegen sollten Sie auch zurücktreten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die Geschäftsordnung auch anwenden. Es ist nämlich im Sinne des Debattenstils in unserem Haus nachgerade ein Witz, dass wir uns auf eine Redezeit von zweimal fünf Minuten beschränken müssen, während der Minister ans Rednerpult tritt, keine Zwischenfragen zulässt und im Stile eines Unterabteilungsleiters referiert, dass einem die Füße einschlafen,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

von den Fragen, die in der Diskussion angesprochen wurden, nicht eine einzige beantwortet

(Abg. Döpper CDU: Sie haben vorhin doch gar nicht aufgepasst!)

und schließlich auch noch sagt, das liege daran, dass er für die Polemik nicht zuständig sei.

Meine Damen und Herren, wir sind hier im Landtag. Hier wird politisch diskutiert.

(Abg. Fleischer CDU: Sie ärgern sich ja nur, weil die Luft raus ist!)

Ich kann nur wiederholen, was ich schon vorhin gesagt habe: Sie sind nicht der politische Kopf Ihres Hauses. Man hat eher den Eindruck, dass bei Ihnen eine Verwechslung herrscht zwischen dem Abteilungsleiter – – Er agiert aus seiner Sicht heraus sehr politisch und teilt Ihnen nur mit, was er Ihnen mitzuteilen gedenkt.

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Sie dagegen stellen sich hier hin und referieren wie jemand, der zu einem Vortrag eingeladen wird und einmal inhaltlich aufklären soll.

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Sie haben nichts, aber auch gar nichts zur Sache gesagt.

(Zuruf von der CDU)

– Ich habe vorhin gesagt: Minister stolpern nicht – das sind ja Ihre eigenen Worte – über die Dinge selbst, sondern über den Umgang mit ihnen.

Noch einmal zu der Geschichte mit Herrn Dr. Birn. Als ich zu Hause das Fax von Herrn Dr. Birn erhielt, wusste ich

(Dr. Salomon)

nicht, wer Dr. Birn ist. Da musste ich mir erst einmal Aufklärung verschaffen.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Es stand ja auch nicht auf dem Fax, wer Dr. Birn ist; es war nur mit „Dr. Birn“ unterschrieben.

(Abg. Fleischer CDU: Aber so etwas müssen Sie doch wissen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wer politisch so handelt, wer sich so hinter seinem obersten Beamten versteckt, dem ist eigentlich nicht zu helfen.

(Vereinzelt Beifall)

So unpolitisch, wie Sie dabei agiert haben, so unpolitisch agieren Sie insgesamt, weil Sie gar nicht wissen, was politische Verantwortung für Fehlhandeln in Ihrem Haus ist. Wenn nämlich Fehler gemacht werden – das kommt tagtäglich vor –, haben Sie als Politiker zwei Möglichkeiten: Entweder Sie übernehmen die politische Verantwortung und gehen – obwohl Sie persönlich nichts dafür können; diese Übung gibt es seit Jahren nicht mehr –, oder Sie müssen dafür sorgen, dass in Ihrem Haus aufgeräumt wird. Beides ist nicht geschehen. Deshalb sind Sie als Minister untragbar.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich will es noch einmal wiederholen, weil hier ständig die Übung praktiziert wird, sich hinter dem Bund zu verschansen: Sie sind im Auftrag des Bundes für die Atomaufsicht zuständig. Der Bund muss erst dann nachprüfen, wenn er Zweifel daran hat, dass das, was unten geschieht, rechtens ist. Wenn Sie INES-Störfälle der Kategorie 0 nach Berlin melden, ist das übliche Vorgehen – darüber habe ich mich eingehend informiert –, dass die sagen: „Kategorie 0 ist ja nicht schlimm. Das glauben wir logischerweise.“ Dann wird der Vorgang zu den Akten geheftet. Das ist ein herkömmlicher Vorgang. Wenn das zuständige Ministerium in Berlin auf die Idee kommt, selbst einmal zu überprüfen, ob es sich bei der aus Stuttgart gemeldeten INES-Kategorie 0 vielleicht doch nicht um die Kategorie 0, sondern um die Kategorie 1 oder die Kategorie 2 handelt, ist das ein großer Fortschritt.

Das spricht nur nicht dafür, dass bei Ihnen der Laden funktioniert, sondern das spricht dafür, dass man im Hause Trittin ein anderes Sicherheitsbedürfnis hat als bei Ihnen im Hause – für sonst gar nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Redezeit soll ja nicht ausgeschöpft werden. Ich will Sie auch nicht überstrapazieren, deshalb bedanke ich mich jetzt zum dritten Mal.

Ich will nur zum Schluss noch eines sagen: Das, was Sie heute gemacht haben, haben Sie zum wiederholten Male gemacht. Ich bin als Abgeordneter, der ich dafür da bin, politisch zu diskutieren und zu debattieren – und Debatte hat immer etwas mit Frage und Antwort, mit Zwischenrufen und Zwischenfragen zu tun –, nicht willens, weiterhin solche belehrenden und besserwisserischen Vorträge von

Ihnen anzuhören. Das ist der Würde dieses Hauses nicht angemessen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Der Antrag Drucksache 13/352 ist ein Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass er durch die Aussprache erledigt ist. – Das ist der Fall.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/388 enthält ebenfalls ein Berichtsbegehren. Dieser Abschnitt kann wohl ebenfalls für erledigt erklärt werden. – Das ist der Fall.

Das Begehren im Antrag Drucksache 13/437 Ziffer 1 ist wie das im Antrag Drucksache 13/388 Abschnitt II Ziffer 1 durch die Ereignisse überholt und insoweit erledigt. – Sie stimmen dem zu.

Ich lasse nunmehr über die Ziffer 2 des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/437, abstimmen. Wer dieser Ziffer 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Drexler SPD: Millionen werden wieder zum Fenster hinausgeschmissen!)

Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Abschnitt II Ziffer 2 des Antrags Drucksache 13/388 abstimmen. Wer dieser Ziffer 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch diese Antragsziffer ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 13:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:32 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:45 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/419

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Rückgang von Flugreisenden in Deutschland und Baden-Württemberg

Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident! Folgende Fragen:

- a) Welche Initiativen hat die Landesregierung bereits ergriffen oder in Vorbereitung, das Gästepotenzial, das mit dem Rückgang der Anzahl der Flugreisenden frei geworden ist, durch gezielte Werbemaßnahmen für die Tourismusgebiete des Landes Baden-Württemberg zu gewinnen?
- b) Welche positiven Auswirkungen sind durch die angesprochenen Initiativen im Hinblick auf Auslastung und Verweilzeiten in den Tourismusgebieten im Sinne einer Verbesserung der schwächer gewordenen letzten fünf Fremdenverkehrsjahre zu erwarten?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister Dr. Döring, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Kürze der Zeit keine belegbaren statistischen Angaben darüber erhalten können, wonach wir aufgrund der Ereignisse, die Sie, Herr Kollege, angesprochen haben, rückläufige Zahlen hätten. Umgekehrt haben wir auch keine Belege für steigende Zahlen. Wir kennen aber – darüber wollte ich Sie gerne unterrichten – aus einer Vielzahl von Gesprächen und anlaufenden Erhebungen die interessante Entwicklung, dass die Zahl der Gäste und damit auch der Übernachtungen in Baden-Württemberg, vor allem in den klassischen Tourismusdestinationen, im Steigen begriffen ist. Wir sind der Meinung – das hören wir von denjenigen, die uns als Beherbergungsbetriebe und Unternehmer in gastronomischen Einrichtungen diese Erfahrung mitteilen –, dass es offensichtlich bezüglich des Tourismus andere Überlegungen gibt als bisher, nämlich dass die Touristen wieder verstärkt ihre Urlaubsziele im Land suchen und offensichtlich vorläufig auf Flugreisen verzichten und dass dies das überkompensiert, was an Verlusten zu verzeichnen ist.

Wir haben klare Aussagen und Belege in den klassischen Großstädten, die als Kongressorte infrage kommen, wie zum Beispiel Stuttgart, wo es am gravierendsten ist, dass man sofort vom ersten Tag nach dem 11. September mit sehr deutlichen Reduzierungen leben musste, die sich in einzelnen Hotels der Landeshauptstadt sogar vorübergehend auf 70 oder 80 % belaufen haben.

Was die gesamte Tourismusentwicklung in Baden-Württemberg angeht, haben wir erfreulicherweise über das Jahr, statistisch belegt und bis inklusive August erhoben, steigende Ankunfts- und Übernachtungszahlen. Wir werden hoffentlich bis Jahresende auch die restlichen Monate und damit die Zeit, die Kollege Haas angesprochen hat, also September bis Jahresende, erheben können.

Wir haben unabhängig davon mit den großen Städten, mit der Landeshauptstadt Stuttgart ohnehin, in den nächsten Monaten und Jahren vor, die Marketingmaßnahmen deutlich zu intensivieren und auszubauen. Wir sind außerdem bezüglich unserer Auslands Werbeaktivitäten ganz klar auf dem Weg geblieben, bei stattfindenden Messen und Kongressen, die über die GWZ veranstaltet und begleitet werden, mit dem Tourismusverband Baden-Württemberg begleitend und damit unterstützend unterwegs zu sein. Wir

sehen die Chance, die Position des Landes Baden-Württemberg als Urlaubsland Nummer 2 in Deutschland und als Kur- und Bäderland Nummer 1 in Deutschland im nächsten Jahr nicht nur zu halten, sondern auch auszubauen. Dazu sind verstärkte Marketingmaßnahmen auf den Weg gebracht worden. Auslandsmarketingmaßnahmen sind dabei inbegriffen. Wir haben bis zum jetzigen Zeitpunkt erfreulicherweise die Feststellung, dass zwar der 11. September regional, wie vorhin ausgeführt, vor allem in der Landeshauptstadt und in großen Kongressstädten zu Einbrüchen geführt hat, dass wir aber insgesamt im Land mit steigenden Zahlen im Tourismus aufwarten können.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Minister, könnten Sie vielleicht die Möglichkeit ins Auge fassen, dass Anzeigen geschaltet werden? Damit könnte man verdeutlichen, dass der Winterurlaub oder der Weihnachtsurlaub in Baden-Württemberg stattgefunden hat. Das könnte nach dem Motto gehen: „Erinnern Sie sich an Baden-Württemberg?“ oder „Bleiben Sie hier!“ oder so ähnlich. Ich sage das, weil ich aus der Region weiß, dass immer noch Minuszahlen festzustellen sind.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Minister.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, danke.

Das Land Baden-Württemberg macht nicht selbst diese Marketingmaßnahmen – das hat es auch in der Vergangenheit nicht gemacht –, sondern das geschieht über die zuständige Organisation, den Tourismusverband Baden-Württemberg. Wir werben bei den jetzt schon angemeldeten Kongressen und Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Tourismus verstärkt für Baden-Württemberg. Wir werden das auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Aber für Sondermaßnahmen oder Anzeigenschaltungen, wie Sie sie angeregt haben, fehlen die Mittel. Das muss man ganz offen sagen. Herr Kollege Haas, wenn Sie in Zeitungen, in Printmedien Anzeigen schalten, müssen Sie das mit einer Serie tun. Einmalige Anzeigen kann man glattweg bleiben lassen. Sie müssten die Serie dann natürlich auch in die bundesweit erscheinenden Printmedien aufnehmen, und das ist nicht zu finanzieren.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Danke schön!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Fragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Elektronisches Mautsystem für Lkws

Herr Abg. Behringer, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Behringer CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung zum elektronischen Mautsystem für Lkws:

- a) Ist die Straßenbauverwaltung des Landes darüber informiert, dass der Bund ein elektronisches Mautsystem für Lkws nicht fristgerecht bis zum 1. Januar 2003 zur Verfügung stellen kann?

(Behringer)

- b) Trifft es zu, dass dem Land Baden-Württemberg dadurch im Jahr 2003 aus dem Anti-Stau-Programm 151 Millionen DM weniger für den Ausbau der Bundesautobahnen zufließen?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister Müller, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Behringer wie folgt:

Zu Buchstabe a: Nach Informationen aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen geht die Bundesregierung trotz der Klage gegen die Vergabeentscheidung für das elektronische Mautsystem unverändert davon aus, dass das Mautsystem fristgerecht am 1. Januar 2003 zur Verfügung steht. Auch Bundesverkehrsminister Bodewig hat gegenüber der Presse betont, sein Haus sei völlig im Zeitplan, mit der Mauterhebung werde 2003 pünktlich begonnen. Deshalb geht auch das Ministerium für Umwelt und Verkehr und damit die Landesregierung davon aus, dass ab 2003 die im Anti-Stau-Programm der Bundesregierung enthaltenen Ausbaumaßnahmen wie geplant verwirklicht werden können. Wir haben keine substantiierten, verwertbaren gegenteiligen Informationen. Es wäre also allenfalls eine andere Einschätzung, eine Prognose, eine Vermutung, dass das vielleicht doch nicht kommt. Aber wir haben keine Fakten. Deswegen gehen wir von derselben Einschätzung aus wie die Bundesregierung.

Zu Buchstabe b: Es würde in der Tat zutreffen, dass das Land im Rahmen des Anti-Stau-Programms 151 Millionen DM weniger erhalten würde, wenn es, auf ein ganzes Jahr gerechnet, nicht zur Lkw-Maut käme, sich die Einführung also um ein Jahr verzögern würde. Anders verhielte es sich – daran könnte man natürlich denken –, wenn die Bundesregierung dann eine Ersatzmaßnahme ergreifen, also eine Umschichtung vornehmen würde, um das Anti-Stau-Programm trotzdem in Gang zu setzen. Dafür spricht aus heutiger Sicht und nach den bisher gemachten Erfahrungen, was die Dotierung des Straßenbaus anbelangt, relativ wenig.

(Abg. Behringer CDU: Danke!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Fragen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu

- a) der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Juni 2001 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2000/2001 – Drucksache 13/39
- b) der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 12. Oktober 2001 – Me-

morandum der Landesregierung zum 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union – Drucksache 13/323,

– Drucksache 13/399

Berichterstatter: Abg. Zimmermann

Das Präsidium hat für die gemeinsame Aussprache über die Punkte 3 a und 3 b eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? –

(Abg. Hauk CDU: Dem Kollegen Dr. Reinhart!)

Herr Kollege Dr. Reinhart, bitte schön, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Europa, lieber Herr Kollege Maurer, war ein Traum von wenigen, es wurde eine Hoffnung für viele, es ist eine Notwendigkeit für alle.

(Abg. Maurer SPD: Sagt Adenauer!)

– Dieser Satz stammt von Adenauer. Sehr gut, Sie sind zitatfest.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wichtig, sich in einer solchen Stunde an Väter wie Adenauer, Schuman und de Gasperi zu erinnern,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Adenauer – Schuman – Reinhart! – Abg. Theurer FDP/DVP: Theodor Heuss!)

wenn wir über den Europabericht sprechen.

Ich möchte mit einigen Vorbemerkungen beginnen, und zwar einem Dank an die Landesregierung und den neuen Europaminister. Ein Kompliment für die Vorlage des Berichts! Er ist ein gutes europapolitisches Kompendium.

(Abg. Bebbler SPD: Nicht selbst gemacht!)

Ich denke, die neue Zuständigkeit, dass Brüssel und Europa direkt an das Staatsministerium angeschlossen sind, verkürzt die Wege und ermöglicht damit eine noch effizientere Arbeit im europapolitischen Bereich. Wir sollten das auch nicht unterschätzen.

Wir haben nicht nur in der Landesverfassung die Forderung nach dem Europa der Regionen, sondern Europa wird auch immer wichtiger und immer bedeutsamer. Deshalb ist es wichtig, dass die Kompetenzen nicht nach Brüssel abwandern und wir die Entwicklung hier sehr aufmerksam verfolgen.

Wenn wir den Europabericht vor diesem Hintergrund betrachten, zeigt sich, dass gerade die nächsten Jahre von entscheidender Bedeutung sind. Ich nenne die Themen Osterweiterung, Reformprozess, Verfassungskonvent und ge-

(Dr. Reinhart)

rade auch die Übertragung von Kompetenzen, und zwar nicht nur Kompetenzübertragungen in die eine Richtung nach Europa, sondern auch Rückübertragungen von Kompetenzen an die Länder.

Wir haben am Dienstag dieser Woche von der EU-Kommission den Bericht zur Erweiterung vorgelegt bekommen. Zehn der insgesamt dreizehn Länder, denen die Mitgliedschaft grundsätzlich zugesagt wurde, wollen ihre Beitrittsverhandlungen bereits bis Ende 2002 erfolgreich abschließen. So die Meinung der Kommission in dieser Woche. Bei den Verhandlungen ging es natürlich auch um die Fortführung des EU-Reformprozesses, der in Nizza besprochen wurde. Dort haben ja Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Länderinteressen vertreten und mitgewirkt.

Aus europapolitischer Sicht und aus der Sicht des Berichts begann das Jahr 2000 mit einer Krise und endete mit einer solchen; denn die Sanktionen gegen die FPÖ führten in Europa fast zu einer Zerreißprobe. Was da geliefert wurde, war, denke ich, auch kein Meisterstück.

Bis 2004 geht es nun um den Reformprozess, und da werden wichtige Schritte fortgeführt, mit denen in Nizza begonnen wurde. Beachtliche Fortschritte bestätigt der Bericht der so genannten GASP, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Gerade in den heutigen Tagen, in denen wir viel über die dramatischen Ereignisse der letzten Monate und über die Terroranschläge in den USA sprechen, haben, denke ich, die Koordinaten auch aus europapolitischer Sicht die Politik verändert. Denn bisher haben – auch in diesen Tagen – nur die Nationalstaaten gesprochen; aber es hat nicht d a s Europa gesprochen.

(Zustimmung des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Vor diesem Hintergrund, denke ich, wird es nötig sein, sich an die Gründer zu erinnern. Europa war immer eine Friedensgemeinschaft – deshalb wurde Europa gegründet –, und Europa ist mehr als eine Wirtschafts- und mehr als eine Interessengemeinschaft. Es ist eine Friedens- und damit auch eine Schicksalsgemeinschaft, und dem wird in den nächsten Jahren sicher Rechnung zu tragen sein.

Es ist daher zu begrüßen, dass sich der Europäische Rat in Nizza auf eine eingehende Debatte über die Zukunft der Europäischen Union geeinigt hat. Vor allem begrüßen wir den Auftrag des Gipfels, in der nächsten Regierungskonferenz eine genauere, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechende Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten vorzunehmen.

Europa muss sich mit der Frage befassen, wohin die weitere Reise gehen soll. Was sind angesichts der gewandelten Verhältnisse unsere Interessen? Erweiterung der EU und Vertiefung der Integration – ist das vereinbar?

(Zustimmung des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wer macht vor allem was in Europa? Das sind die Zukunftsfragen Europas, mit denen sich die nächste Konferenz beschäftigen muss, und der Bericht weist auch auf das Jahr 2004 hin.

Diese wichtigen Herausforderungen werden sein: Osterweiterung, Globalisierung, aber auch innere und äußere Si-

cherheit, der Verfassungskonvent. Für uns im Land werden die Interessen des Föderalismus und auch die Frage der Rückübertragung von Kompetenzen auf die Länder hierbei beachtet und berücksichtigt werden müssen.

Wir stehen sicherlich in einer Zeit der großen Herausforderungen in Europa, gerade was die Erweiterungsdiskussion angeht. Eine erweiterte EU wird nur funktionieren, wenn sie sich auf die Aufgaben konzentriert, die zwingend gemeinschaftlich erledigt werden müssen.

Das ist auch die Antwort auf die Frage, wie Vertiefung der Integration und Erweiterung zusammenpassen: Konzentration auf die europäischen Kernaufgaben, im Übrigen auch Rückübertragung von Kompetenzen auf die Mitgliedsstaaten und Länder. Der Aufgabenbestand in einer EU der 30 kann nicht derselbe sein wie in einer Europäischen Union von 6 oder 15 Mitgliedsstaaten.

Das leitet über zu den Kernfragen, bei denen man gezwungen ist, gemeinsam zu handeln. Dazu gehören auch die innere und äußere Sicherheit. Daher muss in der EU die Zusammenarbeit der Polizeibehörden weiter verstärkt werden, um die innere Sicherheit auch in diesen Bereichen gewährleisten zu können. Ich nenne hier das Stichwort Europol, wo die Zusammenarbeit ja auch nach dem Wunsch der Landesregierung erweitert und verbessert werden soll.

Notwendig ist ferner, die Kompetenzverteilung auf der Grundlage vor allem des Subsidiaritätsprinzips zu betrachten. Die kommende Konferenz darf sich nicht nur auf eine bloße Kompetenzabgrenzung im Sinne einer Festschreibung und Verewigung der bestehenden Zuständigkeiten beschränken, sondern muss vielmehr den europäischen Aufgabenbestand kritisch sichten und durchforsten. Dabei kann es im Einzelfall sowohl zur Übertragung neuer Kompetenzen auf die europäische Ebene als auch zu Rückübertragungen auf die nationale oder Länderebene kommen, wenn sich herausstellt, dass ein europäisches Handeln in einem bestimmten Punkt nicht wirklich angezeigt ist.

Bei diesem Thema denke ich auch: Die Länder sind die zuständige Ebene, bei der gerade in einer Zeit der Globalisierung Nähe, Heimat und Übersichtlichkeit noch gegeben sind. Wir als Landesparlamentarier sollten gerade auch im Bereich des Europas der Regionen darauf achten, dass Zuständigkeiten eben nicht nur nach oben, sondern im Rahmen der Föderalismusdiskussion dort, wo es möglich ist und wo wir nach dem Gedanken des Subsidiaritätsprinzips, weil wir näher dran sind, besser geeignet sind, auch wieder nach unten zurückverlagert werden.

Ein weiteres Stichwort: „Europa der Bürger“ und nicht nur der „politischen Elite“. Es wird eine weitere Herausforderung sein, Europa den Bürgern wieder nahe zu bringen. Vor diesem Hintergrund sind gerade Bildung und Forschung wichtige Bereiche. Hierzu wird die Frau Kollegin Dr. Stolz nachher ausführlich Stellung nehmen.

Wichtig ist, dass wir im Rahmen der Diskussion die zukünftigen Kompetenzen diskutieren und bei der Verfassung unsere Interessen auch berücksichtigt sehen.

(Dr. Reinhart)

Abschließend möchte ich den Minister und die Landesregierung, die in einem guten Zehnpunkteprogramm Stellung zu Europa genommen hat, auffordern, die Beteiligung der Landesparlamente am Konvent zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 2004 sicherzustellen, damit wir auch dort Gehör finden. Denn in einer gerade jetzt spannenden Zeit in der Politik passt eigentlich das, was Franz Josef Strauß einmal gesagt hat:

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Zwei Erzengel standen am Tor von Europa,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das passt jetzt!)

der Erzengel des Friedens „Nie wieder Krieg!“ und der Erzengel der Freiheit „Nie wieder Knechtschaft!“

Darum geht es, wenn wir uns über Europa unterhalten, dass wir uns immer wieder auch auf diese Kernaufgaben besinnen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich teile die Auffassung des Kollegen Reinhart, dass der Bericht der Landesregierung über die Europapolitik außerordentlich umfangreich ist.

(Heiterkeit)

Er ist im wahrsten Sinne des Wortes erschöpfend.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das kommt auf die Kondition an!)

Die vermutlich wenigen, die ihn gelesen haben,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sind erschöpft!)

wissen – wie ich – jetzt, dass sich die Franzosen mit 5 Millionen DM am Bau einer Fischtreppe in Iffezheim beteiligt haben, und kennen den imposanten Betrag von immerhin 900 Millionen DM pro Jahr, der als Subventionen über die EU-Zahlstelle im Landwirtschaftsministerium verteilt wird – eine denkwürdige Zahl.

Wer sich aber die Mühe gemacht hat, die politische Linie der Landesregierung in den Kernfragen der europäischen Zukunft aus diesem Bericht erkennen zu wollen, hat dann doch etwas Schwierigkeiten bekommen, Herr Minister Palmer. Ich zitiere wörtlich aus Ihrem Bericht:

So ist es zwar richtig, dass die Union mehr Mehrheitsentscheidungen braucht, um handlungsfähig zu bleiben; allerdings nur dort, wo solche mit Demokratisierung einhergehen und von den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten auch als legitim angesehen werden. Für wichtigere Bereiche wie beispielsweise das Steuerrecht war die Zeit dafür offensichtlich noch nicht reif. Es drängt sich der Eindruck auf, dass viele Regierungen nicht bereit waren, sich auf unberechenbare zukünftige

Konstellationen einzulassen. Auch dies gilt es zu akzeptieren.

(Lachen des Abg. Bebbler SPD)

Was sagt uns das, Herr Palmer?

(Abg. Bebbler SPD: Das erklärt er nachher!)

Sie beschreiben irgendeine Wirklichkeit, aber ich kann daraus nicht erkennen, was Sie eigentlich wollen. Ich konnte es aus Ihren Ausführungen andeutungsweise erraten, würde ich einmal sagen, und will Ihnen in diesem Zusammenhang jetzt einfach ein Angebot machen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Dass Sie es erklären! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ein keusches oder ein unkeusches?)

– Nein, ein politisches Angebot. – Schauen Sie, es ist eindeutig so – das lehren die Ereignisse nach dem 11. September 2001 –, dass die Risiken und die Defizite der Europäischen Union jetzt genauso grell offen gelegt sind wie die großen Chancen, die darin liegen. In der Tat wird sich in kurzer Zeit entscheiden, ob Europa von den Menschen als etwas begriffen werden kann, was ihnen in dieser Welt Sicherheit gibt, oder ob es weiterhin als eine subventionierende Wirmis begriffen wird. Das wird sich jetzt sehr kurzfristig entscheiden, und daran wird – auch für die Zukunft unseres Landes – unglaublich viel hängen.

Deswegen: Falls Sie dies angedeutet haben sollten – ich versuche einmal, es positiv zu verstehen –, dann geht es jetzt darum, dass die Europäische Union große Fortschritte hin zu einer Entwicklung zu einem echten Bundesstaat macht. Nur wenn uns das gelingt, wird der Prozess der Osterweiterung überhaupt funktionieren. Wenn wir eine Erweiterung machen, ohne dass es entscheidende Fortschritte hin zu einem Bundesstaat gibt, wird die Sache unbeherrschbar werden.

Ich nenne Ihnen die zweite Konsequenz: Wir werden bei dieser Entwicklung hin zu einem europäischen Bundesstaat nicht darauf warten können, bis auch noch die letzten Mitglieder der Europäischen Union das begriffen haben. Wenn wir also beispielsweise warten, bis auch Ihre konservativen Parteifreunde in Großbritannien das begriffen haben, wird es mit Sicherheit zu spät sein.

Deswegen haben die französische Regierung und auch die deutsche Regierung zu einem sehr frühen Zeitpunkt davon gesprochen, dass man möglicherweise in einem unterschiedlichen Tempo der Vereinigung vorgehen muss, und das ist in Nizza auch so festgelegt worden. Der Vertrag von Nizza eröffnet ausdrücklich die Möglichkeit, dass einzelne Staaten der Europäischen Union in eine vertiefte Beziehung eintreten, das heißt, diese Schritte hin zu einem Bundesstaat sehr viel schneller gehen als andere. Für die Länder der Eurozone, die demnächst eine gemeinsame Währung haben werden und die mit den Ländern des Schengener Abkommens auch nahezu identisch sind, bietet sich das an.

Nur muss man dann in Deutschland auch wirklich einmal sehr offen über die Konsequenzen reden, die das hat. Wir

(Maurer)

sind entschieden für eine wirklich gemeinsame, einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet in der Konsequenz auch einen sehr raschen Aufbau europäischer Streitkräfte. Ich spreche das sehr offen aus. Wir werden auf dem bevorstehenden Bundesparteitag der SPD über einen Antrag befinden, mit dem wir fordern, dass es in ganz Europa eine gemeinsame Grenzpolizei der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geben soll und nicht mehr Grenzpolizeien der Nationalstaaten.

Die Fragen der Migration, mit denen wir es zu tun haben, werden nicht mehr auf der Ebene der Nationalstaaten gelöst werden können; sie können nur auf der europäischen Ebene gelöst werden.

Wir brauchen einheitliche Mindeststandards im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts – das sage ich als Sozialdemokrat –,

(Beifall bei der SPD)

weil es nicht sein kann, dass Europa auf eine Funktion des Marktliberalismus reduziert wird, bei dem man dann im Wechsel gegenseitiger Ausbeutungskonkurrenz die Sozialstandards nach unten zieht. Das darf nicht sein, sondern wir brauchen einheitliche soziale Mindeststandards. Wir brauchen auch eine Vereinheitlichung des Steuersystems.

Dies alles bedeutet, dass wir sehr rasche Fortschritte im Zusammenwachsen mindestens des Kernbereichs der Europäischen Union zu einem Bundesstaat machen müssen. Wenn uns das gelingt, dann werden wir den Herausforderungen der Welt in den kommenden Jahren gerecht werden können. Wenn uns das nicht gelingt, dann werden wir zurückgeworfen in die Phase nationalstaatlichen Handelns. Dann werden wir öfter diesen Trübsinn erleben, dass sich beispielsweise der Herr Berlusconi in einer großen außenpolitischen Krise selber nach London einlädt und dann andere auch noch versuchen, irgendein Flugzeug zu bekommen, um einmal die Negativereignisse der letzten Tage und Wochen zu schildern. Das kann es nicht sein. Europa kann, wenn wir einen europäischen Bundesstaat wirklich wollen und vorantreiben, unserer Bevölkerung gerade in der Welt, in der wir heute leben, ein hohes Maß an Sicherheit geben. Wenn uns das nicht gelingt, dann, glaube ich, erleben wir Rückschritte, die uns im Ausmaß der Gefährdung vielleicht noch gar nicht richtig bewusst sind.

In der Tat geht es bei diesem Prozess um zweierlei – wie gesagt, vielleicht habe ich das bei Ihnen erahnt, lieber Kollege –: Es geht darum, dass wir dann eine europäische Verfassung brauchen. Wir haben jetzt in einem ersten Schritt – den haben wir vorangetrieben – eine Grundrechtscharta bekommen. Wir brauchen jetzt eine echte europäische Verfassung, und diese Verfassung – das sage ich hier – kann nicht ausschließlich das Werk von Regierungen in Europa und von Regierungskonferenzen sein,

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

sondern zu einer Verfassung gehört eine verfassungsgebende Versammlung. Ob die dann Konvent oder sonst wie

heißt, ist egal. An dieser verfassungsgebenden Versammlung müssen die Parlamente beteiligt sein, und wir müssten das äußerste Interesse haben, dass auch die Länder, die Regionen an dieser verfassungsgebenden Versammlung beteiligt sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Landesregierung daran messen, ob sie ganz energisch darauf Wert legt.

Da mache ich Ihnen jetzt das Angebot, von dem ich gesprochen habe. Nicht nur wir, sondern auch viele sozialdemokratisch geführte Landesregierungen denken so. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen denkt so. Wenn Sie das Interesse des Landes bei einem solchen europäischen Verfassungsprozess wahren wollen, dann müssen Sie wenigstens in diesem Bereich über Ihre Parteischatten springen. Mit dem Südschienenmodell bekommen Sie das nicht auf die Reihe; das ist eine hoffnungslose Minderheit.

Ich lade Sie ein und fordere Sie auf, in dieser Frage den Konsens auch mit den sozialdemokratisch geführten Ländern zu suchen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass es richtig wäre, dass die großen Aufgaben, die von den Nationalstaaten offenkundig nicht mehr gelöst werden können, auf die europäische Ebene übertragen werden und dort aus einer Hand und mit Mehrheitsentscheidungen und mit einem echten Parlament – der deutsche Außenminister hat ein Zweikammersystem vorgeschlagen, das finde ich im Prinzip richtig – gelöst werden und dass bei den kleinen Aufgaben in der Tat Kompetenzen zurückkommen, auch auf die Länder, die ja nach dem Verständnis in Europa dann Regionen darstellen. Das ist ein Weg, den wir gemeinsam gehen können. Aber er kann nur dann gegangen werden, wenn wir da kein parteipolitisches Hickhack machen, sondern wenn die Anhänger des Föderalismus in Deutschland bei einem solchen Verfassungsprozess zusammenarbeiten. Dieses Angebot mache ich Ihnen ausdrücklich. Da werden Sie auch bei uns Verbündete finden, wenn Sie sich aus Ihren parteipolitischen Festungen lösen.

Es würde Sinn machen, diese Verfassung in Europa mit einem Verfassungsreformprozess in Deutschland zu begleiten: Abbau der Mischfinanzierungen, Abbau des Kompetenzwirrwarrs, eigene, klar abgegrenzte Zuständigkeiten.

(Abg. Hauk CDU: Damit können wir in Deutschland beginnen! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Das sagt er doch eben!)

– Ich sage, dieser Prozess ist eine Chance, damit zu beginnen. Aber dann muss man es auch energisch machen und nicht nebenher.

Heute haben wir die Situation: Alle machen alles. Brüssel macht im Zweifel alles und nichts. Der Bund macht alles, die Länder machen alles. Es entsteht ein riesiger Wirrwarr an Mischfinanzierungen. Das hat ja den schönen Vorteil, dass man, wenn es nicht geklappt hat, dann immer noch – da sind wir ja alle sehr geübt, Sie und wir auch – sagen kann: Die waren es, oder die waren es, oder die waren es. Das schafft Staatsverdrossenheit. Wir brauchen wieder Klarheit darüber: Wofür sind die Länder zuständig? Wofür sind die Kommunen zuständig? Haben sie ihre eigenen Fi-

(Maurer)

finanzierungsquellen? Wofür ist der Nationalstaat zuständig, und wofür ist Europa zuständig? Das muss horizontal klar abgegrenzt sein. Heute ist das nicht so.

Das Elend, das ich auch beklage, ist, dass die Kommission mittlerweile bis in die Frage, wie Straßenbahnen betrieben werden sollen, hineinregiert. Das ist ein Elend. Das ist die Konsequenz davon, dass man der europäischen Ebene nicht die Entscheidungskompetenzen gegeben hat, die sie eigentlich in den großen Fragen bräuchte, und nun suchen die sich ihre Wirkungsmöglichkeit bei den Wasserwerken und bei der SSB AG und was weiß ich, wo. Das muss beendet werden. Aber das kann nur über einen Verfassungsprozess beendet werden.

Bei uns wird Kollege Wichmann im zweiten Teil auch etwas zu dem Thema Forschungsvorhaben sagen. Aber, wie gesagt: Begreifen wir es als Chance, uns aktiv in einen solchen Verfassungsprozess einzuschalten. Da gilt das Angebot, das wir Ihnen gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hauk CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Begeisterte junge Menschen haben nach dem Krieg in den Fünfzigerjahren die Schlagbäume weggerissen und damit die Grundlage für das Zusammenwachsen Westeuropas geschaffen. Vor nunmehr etwas über zehn Jahren hat die Freiheitsrevolution das kommunistische Joch in Osteuropa abgeschüttelt, meine Damen und Herren. Es ist jetzt unsere Aufgabe, diesen mittel- und osteuropäischen Ländern den Weg in die Europäische Union zu ebnen, meine Damen und Herren. Ich denke, wir können von diesen jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa einiges an Reformschwung und an Bereitschaft zu Veränderungen lernen und aufnehmen. Denn es ist ja völlig richtig, Herr Kollege Maurer, dass man über eine europäische Verfassung sprechen muss. Sie haben hier angedeutet, dass Sie bereit wären, bestimmte Dinge neu zu regeln, zum Beispiel die Kompetenzen der Ebenen neu zu regeln. Wir hätten uns zum Beispiel gewünscht, dass bei der Neufassung des Länderfinanzausgleichs ganz klar der Wettbewerb eingeführt wird und dass es einen Wettbewerbsföderalismus gibt, meine Damen und Herren. Dazu müssen wir uns durchringen.

Allerdings, meine Damen und Herren, war auch klar, dass die SPD und die SPD-geführten Bundesländer nicht in die Richtung gearbeitet und gedacht haben, die wir als Liberale immer gefordert haben. Insofern, denke ich, muss Ihr Angebot doch kritisch überprüft werden. Es muss doch überlegt werden: Was wollen Sie tatsächlich, meine Damen und Herren? Denn hier gibt es doch die Auseinandersetzung. In einem Europa der 20, meine Damen und Herren, wird es Ungleichgewichte und Unterschiede geben. Wir als FDP/DVP, wir als Liberale sehen diese Unterschiede eher als Ansporn. Wir stützen uns auf den Wettbewerb und sind dazu bereit, dass die europäischen Länder, dass die Länder in der Bundesrepublik und dass die Regionen miteinander in den Wettbewerb um die besseren Systeme und um die besseren Ideen eintreten. Wir wollen eben gerade nicht,

dass alles vergemeinschaftet wird. Wir wollen gerade nicht, dass alles gleichgemacht wird. Ich denke, hier sind schon Unterschiede erkennbar, obwohl Sie ja durchaus versuchen, die hohen Standards der Bundesrepublik Deutschland über alles hinwegzustülpen. Damit verhindern Sie gerade den Wettbewerb, der als Ausgleichsmechanismus die Unterschiede und Ungleichgewichte in Europa austarieren würde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit – ich denke, in diesem Punkt besteht durchaus Einigkeit – können nicht allein auf der Ebene der Nationalstaaten gelöst werden. Stichworte sind hier: äußere und innere Sicherheit, ethnische Konflikte, Umwelt- und Klimaschutz, um nur einige zu nennen.

Die Europäische Union als Gemeinschaft freier, demokratischer Staaten ist im weltweiten Vergleich eine Insel der Stabilität und des Wohlstands, meine Damen und Herren. Doch nur gemeinsam können diese hoch entwickelten Staaten Europas wirklich eine maßgebliche Rolle in der Weltinnenpolitik der Gegenwart und der Zukunft spielen. Die beiden zentralen europäischen Bereiche sind die Erweiterung und die Vertiefung, also die Gewährleistung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.

An der politischen, vor allem wirtschaftspolitischen Notwendigkeit der Osterweiterung besteht kein Zweifel. Diese Erweiterung ist die beste Zukunftsinvestition für Deutschland. Sie bietet die Garantie für eine dauerhafte Sicherung von Frieden, Stabilität und Wohlstand. Ja, meine Damen und Herren, sie bedeutet die historische Chance für Deutschland, zum ersten Mal nur noch von Freunden umgeben zu sein, die auf die gemeinsamen Grundwerte Demokratie, freiheitlicher Rechtsstaat und Schutz der Menschenrechte verpflichtet sind.

Mit der Osterweiterung entsteht ein Binnenmarkt mit 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern, und die Marktwirtschaft setzt sich in ganz Europa durch.

Die FDP/DVP setzt sich nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland für die dringend notwendige Rückbesinnung auf die Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft ein, nein, sie will, dass dieses Erfolgskonzept der sozialen Marktwirtschaft, das in der Bundesrepublik leider verkümmert ist, meine Damen und Herren, in ganz Europa wirksam wird.

Die wirtschaftliche Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU bringt für die deutsche Wirtschaft als Haupthandelspartner besondere Chancenpotenziale. Dies gilt in besonderem Maße für unser Land Baden-Württemberg. Schon in den vergangenen zehn Jahren hat sich der Export des Landes nach Mittel- und Osteuropa mehr als verdreifacht. Tschechien ist der größte Handelspartner von Baden-Württemberg, gefolgt von Polen, Ungarn und Russland. In diese vier Staaten gehen inzwischen 75 % der Exporte unseres Bundeslandes, und der Handel mit den Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa übersteigt bereits heute das Handelsvolumen mit den USA.

(Theurer)

Meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, dass der Investitionsbedarf gerade in den Ländern in Mittel- und Osteuropa doch erheblich ist. Dies ist eine Chance für die baden-württembergische Wirtschaft, die über modernste und umweltverträgliche Industrieausrüstungen sowie Verfahrensprozesse verfügt und diese Produkte in diese Länder exportieren kann.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP spricht sich dafür aus, dass diese Osterweiterung zügig durchgesetzt wird. Wir sehen auch und gerade in der Öffnung der Grenzen in einem einheitlichen Binnenmarkt eine große Chance, nicht nur für den Austausch von Waren, sondern auch für den Austausch von Menschen. Gerade unser Land braucht qualifizierte Zuwanderer.

(Beifall der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Stickelberger SPD)

Genau dies kann im Zuge der Osterweiterung problemlos ermöglicht werden: den Fachkräftemangel in unseren Zukunftsbranchen mit zu überwinden. Natürlich kann es in sensiblen Wirtschaftsbereichen wie in der Bauwirtschaft und im Bauhandwerk zu partiellen Schwierigkeiten kommen. Durch entsprechende Übergangsfristen bei der Freizügigkeit können diese allerdings aufgefangen werden.

Mit der EU-Erweiterung wird sich der Transitverkehr in den kommenden Jahren verdoppeln. Deshalb wird es in Deutschland unbedingt erforderlich sein, ein Sonderinvestitionsprogramm Transitverkehr für Straße, Schiene und den Luftverkehr zu entwickeln. Baden-Württemberg als Transitland eines wiedervereinigten Europas braucht dringend den Ausbau leistungsfähiger Ost-West-Achsen bei allen Verkehrssystemen.

Mit der Osterweiterung eng verbunden ist die Frage, wie ein erweitertes Europa politisch handlungsfähig bleibt. Bei der Regierungskonferenz von Nizza im Dezember 2000 wurden die nötigsten Reformen erreicht, um die Osterweiterung gerade so zu gewährleisten. Der Anspruch dieses Gipfels allerdings, eine umfassende Reform der EU-Institutionen in die Wege zu leiten, um diese für ein erweitertes Europa handlungsfähig zu machen, wurde klar verfehlt.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP setzt sich für eine europäische Verfassung ein. Diese muss unter breiter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger entstehen. Moderne Kommunikationstechniken eröffnen neue Möglichkeiten der Teilhabe des Bürgers, eröffnen Chancen der politischen Mitwirkung breiter Bevölkerungskreise, und wir schlagen vor, dass diese für die Verfassungsdiskussion auf europäischer Ebene genutzt werden.

Es gilt in dieser Verfassungsdiskussion, das Verhältnis der Nationalstaaten zu den europäischen Institutionen im Sinne einer klaren und sinnvollen Kompetenzabgrenzung neu zu regeln. Dabei sind wir auch der Auffassung, dass Verantwortung von oben nach unten delegiert werden soll, dass die Kirche im Dorf bleiben muss, dass Dinge, die vor Ort geregelt werden können, auch vor Ort geregelt werden, meine Damen und Herren. Der vorgelegte Europabericht der Landesregierung zeigt, dass es durchaus eine ganze Reihe von Möglichkeiten gibt, um in der praktischen Euro-

papolitik etliches zu bewegen. Dieses Mosaikbild zeigt, dass Baden-Württemberg, ein klassisches Grenzland, in der Tat ein Land ist, das aktiv zum Zusammenwachsen Europas beiträgt.

Gerade in einer Zeit, in der sich bei der amtierenden Bundesregierung der Blickwinkel verstärkt von der deutsch-französischen Zusammenarbeit weg entwickelt, kommt uns als direktem Nachbarn zu unseren französischen Freunden eine besondere Bedeutung zu, diese Freundschaft weiter zu pflegen und in die Zukunft hinein zu entwickeln.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir sollten alles tun – das erhoffen wir uns, und hier nehmen wir unsere Kultusministerin, Frau Schavan, in die Pflicht –, dass in unseren Schulen das Erlernen der französischen Sprache nicht immer weiter zurückgeht,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: In Stuttgart!)

sondern weiter zentraler Bestandteil unserer Bildungspolitik, unseres Beitrags zur deutsch-französischen Freundschaft bleibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir regen im Zusammenhang mit der Osterweiterung außerdem an, dass das Land Baden-Württemberg im Bundesrat eine Initiative zur Einrichtung eines deutsch-polnischen Jugendwerks ergreift. Denn wir sind der Auffassung, dass das deutsch-französische Jugendwerk einen erheblichen Beitrag zur Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland geleistet hat.

Baden-Württemberg ist stolz darauf, zu den „Vier Motoren“ Europas zu gehören. Diese „Vier Motoren“ gehören zu den wirtschaftsstärksten Regionen in Europa, und ihre Kontakte sind – vor allem im Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich – stark ausgeprägt. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich ist vorbildlich, und wir wollen sie auf Osteuropa ausdehnen. Deshalb schlage ich vor, im Sinne eines „Vier plus zwei“ aus vier Motoren sechs zu machen und zwei innovative, entwicklungsfähige, interessante Regionen in Mittel- und Osteuropa in das Konzept der „Vier Motoren“ Europas zu integrieren.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Außerdem sehen wir Möglichkeiten, den Kontakt zu den Erweiterungskandidaten auch auf parlamentarischer Ebene auszubauen, und schlagen vor, diesen Austausch nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch auf der Ebene der Parlamente in Zukunft zu verstärken.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

(Minister Dr. Schäuble: Die Stunde der Staatsmänner!)

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In diesen Tagen eine Europadebatte zu führen, heißt zuallererst, über die außenpolitische Rolle Europas zu sprechen. Wir haben dazu etwas von Herrn Reinhart und von Herrn Kollegen Maurer gehört.

Die Terroranschläge vom 11. September haben die Tagesordnungen der internationalen Politik durchkreuzt und gleichzeitig neu aufgestellt. Seitdem werden Allianzen gegen den Terror geschmiedet. Aber – das muss man einfach sehen – EU-Europa ist in diesem Zusammenhang nicht handlungsfähig – vielleicht noch nicht handlungsfähig.

Die Beziehungen zu den USA werden seit dem 11. September in der Regel bilateral gepflegt. Nationale diplomatische und militärische Alleingänge prägen das Erscheinungsbild. Ich denke, wenn wir Europa gemeinsam bauen wollen, müssen wir zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik kommen. Das ist angedacht. Aber der Motor dafür ist, glaube ich, gegenwärtig in erster Linie die Bundesrepublik, die wahrscheinlich am wenigsten national borniert ist. Das heißt nichts anderes, als dass der Weg von der Wirtschafts- und Währungsunion zur politischen Union – das, was Kollege Maurer skizziert hat –, von einem Staatenbund hin zu so etwas wie einer bundesstaatlichen Ordnung, obwohl ich weiß, wie gefährlich dieses Wort ist und wie empfindlich die einzelnen Staaten in Europa sind, wenn sie dieses Wort hören, beschritten ist und weiter beschritten werden muss.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE sowie der Abg. Maurer und Wichmann SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle, meine Damen und Herren, zu den innereuropäischen Herausforderungen kommen. Auch hier ist das Bild – das hat die Regierungskonferenz von Nizza auf eine erschreckende Art deutlich gemacht – zu sehr von nationalen Interessen und von Besitzstandswahrung oder Vorteilswahrung der Mitgliedsstaaten geprägt. Keiner hier im Haus kann mit den Ergebnissen von Nizza zufrieden sein, und doch hat der Bundestag in der letzten Woche dem Vertrag von Nizza zugestimmt. Warum hat er das getan? Er hat das getan, weil der Gipfel von Nizza festgelegt hat, wie der europäische Einigungsprozess unter der großen historischen Herausforderung der Erweiterung vorangebracht werden kann. Die Osterweiterung der EU ist zugleich historische Chance und politische Notwendigkeit. Die Demokratien – die neuen Demokratien, die jungen Demokratien – Mittel- und Osteuropas wollen und sollen in die EU. Diese Einsicht ist in diesem Haus auch unbestritten. Wir fragen uns nur – darüber müssten wir diskutieren –, wie wir es gleichzeitig schaffen können, Europa zu erweitern und es gleichzeitig zu vertiefen. Ich bin nämlich überzeugt davon, dass eine Erweiterung allein ohne eine größere Integration, ohne eine Vertiefung nichts bringt, dass ein Europa der 26, wenn es so funktioniert wie jetzt mit 15, nicht funktioniert. Deshalb gibt es zu einer Erweiterung mit einer gleichzeitigen Vertiefung meines Erachtens überhaupt keine Alternative.

Ich will die Landesregierung einmal loben: Vor zwei Jahren hatte sie, was die Osterweiterung angeht, noch Ängste. Sie hatte Ängste, dass Arbeitnehmer in starkem Maße auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen. Mittlerweile sind Sie

– und das will ich anerkennen – weiter. Einschlägige Forschungsinstitute – auch die EU-Kommission hat dazu Studien erstellen lassen – kommen zu dem Ergebnis, dass man damit nicht rechnen muss, wenn man die Übergangsfristen von sieben Jahren, wie sie jetzt vereinbart worden sind, einhält – im Gegenteil. Jetzt knüpfe ich an die Debatte von heute Morgen zum Thema Einwanderung und Integration an. Der baden-württembergische Arbeitsmarkt – das besagen alle Studien – könnte jedes Jahr 20 000 Einwanderer aus Osteuropa gut verkraften, ja, er könnte sie ausdrücklich brauchen.

Andere als Probleme wahrgenommene Erscheinungen der Osterweiterung sind nicht die Folge der Öffnung, sondern bestehen bereits heute. Wir kennen das alle; wir haben das beim Thema Verkehr diskutiert. Aber auch Schwarzarbeit, vergleichsweise geringe soziale Standards, niedrige Umweltstandards, Straßengüterverkehr, wie gesagt, etc. etc. sind keine Probleme, die durch die Osterweiterung entstehen, sondern das sind Probleme, die bereits vorhanden sind. Das heißt nicht, dass man gegen die Osterweiterung sein soll, sondern umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union zu integrieren, das bedeutet die Lösung des Wohlstandsgefälles. Das wird in den Ländern Mittel- und Osteuropas zur Anhebung der ökologischen und sozialen Standards führen und Probleme lösen und sie nicht vertiefen. Deshalb eine Erweiterung und auch eine Vertiefung der europäischen Integration.

(Beifall bei den Grünen)

Mit der Erweiterung muss die Europäische Union aber auch ihre Institutionen und ihre Entscheidungsmechanismen überprüfen und anpassen. Sie muss schauen, dass sie handlungsfähig bleibt und gleichzeitig weiterhin ihr Handeln demokratisch überzeugend legitimiert. Die Globalisierung, von der alle reden, verlangt von Europa eben mehr und nicht weniger Handlungsfähigkeit. Auch dazu hat Nizza wichtige Hinweise gegeben.

Zu drängenden Reformvorhaben hat die Nizza-Erklärung zur Zukunft Europas Folgendes gesagt: Wir brauchen eine Vereinfachung der europäischen Verträge, die keiner mehr versteht. Das ist der erste Punkt, aber das ist eher noch formal, obwohl das schwierig genug umzusetzen ist.

Wir brauchen zweitens – und jetzt wird es substanziell – eine Klärung des Status der Grundrechtecharta, die ja unter Altbundespräsident Herzog vorangetrieben und auch verabschiedet wurde. Diese Grundrechtecharta muss rechtsverbindlich werden, und sie muss zum Herzstück einer europäischen Verfassung werden, um die wir nicht herumkommen und die wir dringend brauchen.

Wir brauchen drittens – auch das ist hier schon gesagt worden – nicht ein Europa rein der Exekutive, der Regierungen, sondern wir brauchen eine Aufwertung der Rolle der nationalen Parlamente innerhalb der EU.

Schließlich müssen wir klären – auch das ist heute schon aufgegriffen worden –, wer eigentlich was macht. Wir müssen die Zuständigkeiten zwischen den EU-Staaten und auch die Kompetenzen innerhalb der EU, also die vertikale

(Dr. Salomon)

Abgrenzung, klären: Was ist die Aufgabe der Regionen – unseren Ländern vergleichbar –, was die Aufgabe der nationalen Parlamente und was die Aufgabe der EU? Hier gibt es allerdings, Herr Minister Palmer, denke ich, einen Dissens zwischen Ihnen und uns, zwischen der Regierung und unserer Fraktion. Ich glaube, dass man die Regionen nicht gegen Brüssel in Stellung bringen kann. Das würde nämlich heißen, eine Art Renationalisierung der Politik zu machen und uns wieder gegen Brüssel abzugrenzen. Nein, wir müssen es mit Brüssel machen. Wir haben nämlich Spielräume, die wir vielfach nicht ausnützen. Ich will Ihnen einmal ein paar Beispiele nennen.

Als Erstes erwähne ich die Beschäftigungspolitik. Die EQUAL-Kofinanzierungsmittel – das ist gestern Morgen schon einmal beim Thema „Konjunktur in Baden-Württemberg“ angesprochen worden – werden in den neuen Doppelhaushalt aller Voraussicht nach nicht eingestellt, weil wir nicht kofinanzieren, obwohl die EU die Mittel gibt.

Zweites Beispiel: FFH-Gebiete. Da hat nicht nur Baden-Württemberg, aber insbesondere Baden-Württemberg, jahrelang geschlafen. Deshalb hat uns der Europäische Gerichtshof gerügt, obwohl wir doch das Recht hätten, im Rahmen europäischer Leitlinien Fördermöglichkeiten auszuschöpfen. Das muss man dann aber auch wahrnehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb denke ich: Starke und kompetente Regionen mit einem starken und kompetenten Brüssel – so wird ein Schuh daraus. Das ist unsere Vision von einem Europa von morgen. Wir müssen dafür sorgen, dass die kommunale Selbstverwaltung in Europa nicht aufgegeben wird. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Gemeinden und Städte, dass die Regionen Kompetenzen erhalten. Deshalb sollten wir Europa an Prinzipien knüpfen.

Das erste Prinzip, das Demokratieprinzip, ist nicht überraschend. Das zweite, das Subsidiaritätsprinzip, wurde auch von Herrn Reinhard angesprochen und müsste eine Selbstverständlichkeit sein. Europa darf nur das regeln, was auf einer niedrigeren Ebene nicht geregelt werden kann. Drittes Prinzip: Transparenzprinzip. Weitere Prinzipien: Partizipationsprinzip und Solidaritätsprinzip. Auf diesen Prinzipien können wir, glaube ich, das Europa von morgen aufbauen.

(Beifall bei den Grünen)

Der entscheidende Punkt wird nächsten Monat bei der Regierungskonferenz in Laeken in Belgien zum Abschluss der belgischen Präsidentschaft in Angriff genommen. Da wird es um das Ziel einer europäischen Verfassungsgebung, eines europäischen Konvents gehen. Da kann ich Ihnen auch sagen: Das wird nicht so laufen, dass man sich kurz hinlockt und eine Verfassung zusammenzimmert, sondern ganz entscheidend ist, diesen Prozess bis 2004 hinzukriegen. Es kann nicht so sein, dass an diesem Prozess wieder nur Regierungen beteiligt werden, sondern da müssen die nationalen Parlamente einbezogen werden. Da müssen die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden. Deshalb müssen wir aufpassen. Das, was Europa auch ausmacht, wie Sie es, Herr Kollege Reinhard, gesagt haben,

nämlich dass Europa eine Friedensgemeinschaft sein soll, dass Europa nur dann Zukunft hat, wenn sich die europäischen Gesellschaften, die Bürgergesellschaften, die Zivilgesellschaften zusammenschließen, muss bei der Zusammensetzung dieses Konvents berücksichtigt werden. Das heißt nichts anderes, als dass auch die Bürgerinnen und Bürger und auch Nichtregierungsorganisationen als Beobachter an diesem Konvent teilnehmen. Nur so schaffen wir es, dass Europa nicht nur eine Frage von Institutionen ist, sondern dass es in die Köpfe und Herzen der Menschen vordringt

(Beifall des Abg. Dr. Reinhard CDU)

und dass die Menschen endlich verstehen, wo die Vorteile Europas liegen, dass wir Europa nicht nur als bürokratisches Monster, als große Zensurbehörde erleben, die den Leuten vorschreibt, wie sie leben sollen, sondern dass sie auch die Chancen Europas wahrnehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhard CDU: Endlich kriegt der Kollege Salomon Beifall von unserer Seite!)

Lassen Sie mich, hoffentlich ohne dass es kleinkariert wirkt, auch sagen, was wir kleinen Landtagsabgeordneten in diesem kleinen Landtag zu dem großen Europa beitragen können.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich glaube, wir sollten uns selber, weil wir nicht so klein sind, wichtiger nehmen. Wir sollten in diesem Haus sehr viel mehr über Europa diskutieren. Ich finde es gut, Herr Minister Palmer, dass das Land von sich aus eine Eurokampagne macht, um die neue Währung den Leuten richtig sinnbildlich beizubringen. Ich finde es ebenfalls gut, dass Sie eine Informationskampagne zur Osterweiterung angekündigt haben. Das ist verdienstvoll. Ich freue mich darüber – für Sie persönlich, aber insbesondere institutionell – dass wir jetzt endlich einen Europaminister haben, also einen Vertreter, der auch Ministerrang hat,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhard CDU: Jawohl! – Abg. Pauli CDU: Richtig!)

um zu demonstrieren, dass Europa wichtig ist.

Ich frage – das muss ich aber weniger an die Regierung, sondern eher an uns Abgeordnete, an den Landtag richten –, wo, wenn wir schon einen Europaminister haben, der Europaausschuss bleibt. Das vermisse ich. Dass Europafragen vom Ständigen Ausschuss behandelt werden, versteht kein Mensch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Den hätte man zum Europaausschuss umbenennen können. Dann wäre auch auf dieser Ebene deutlich geworden, dass Europa wichtig ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Salomon, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Im Prinzip gerne, aber ich habe meine Redezeit schon überschritten. Wenn Sie das gestatten, bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Deshalb ist es mehr eine Nachfrage.

Abg. Zimmermann CDU: Herr Abg. Dr. Salomon, Sie vertreten gute Positionen, und Sie haben auch gesehen, dass wir von der CDU-Fraktion Ihnen Applaus zollen.

(Zurufe von den Grünen: Frage!)

Deshalb frage ich Sie jetzt: Sollten nicht gerade Sie jetzt bei der Beratung des Zuwanderungsgesetzes sich für eine europäische Zuwanderungspolitik einsetzen? Dieses Konzept, dieser Inhalt fehlt mir bei der Beratung im Bundeskabinett. Ich fordere Sie auf, die Diskussion von heute früh nicht fortzuführen, sondern sich dafür einzusetzen.

Deshalb frage ich Sie: Fehlt aus Ihrer Sicht ein europäisches Gesamtkonzept für die Zuwanderung?

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ich kann die Frage mit einem Ja beantworten. Ich kann auch sagen, dass ich der festen Überzeugung bin, dass das, was wir zum Thema Zuwanderung jetzt auf den Weg bringen, endlich europäische Standards erfüllt, und insbesondere – ohne jetzt eine Rückhol Diskussion zu heute Vormittag zu führen – das, was an nicht staatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung endlich aufgenommen wird, sind europäische Standards. Darum muss ich umgekehrt fragen, wie Sie eigentlich glauben, das verhindern zu wollen, und dann von Europa reden. Das leuchtet mir nicht ein.

(Beifall bei den Grünen)

Auf jeden Fall sollten wir – und damit komme ich zum Schluss meiner Rede –, wenn sich CDU und FDP/DVP irgendwann geeinigt haben, eine Föderalismusdebatte führen. Wir sollten eine Föderalismusenquête einsetzen, die dann auch klärt, wer wofür in Europa zuständig ist, wo die Kompetenzen sind.

Ganz zum Schluss bedauere ich noch Folgendes: Wir reden einmal im Jahr hier – das sind ja Sonntagsreden, die wir hier halten –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Donnerstagsreden!)

in Sonntagsreden über Europa. Wir sollten öfter über Europa reden. Wir hatten in den Neunzigerjahren die Tradition, uns am Europatag, am 5. Mai, im Landtag einen ganzen Tag diesem Thema zu widmen. Ich frage mich: Wann hat dieser Landtag den letzten Europaabgeordneten gesehen? Wir sollten die Kontakte auf allen Ebenen intensivieren, weil Europa eben immer wichtiger wird.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Demnächst kommt Maurer!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um die Forschung in Europa, aber lassen Sie mich mit Baden-Württemberg beginnen – im Sinne des Selbstbewusstseins, das Herr Salomon gerade angesprochen hat. Baden-Württemberg ist Spitze. Wir von der CDU stellen das ja immer gerne fest, auch wenn die Opposition das nicht immer gerne hört.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sie hätten uns einschließen können! – Unruhe)

Baden-Württemberg ist eine der forschungsintensivsten europäischen Regionen. Hier wird jährlich der höchste Anteil des Bruttosozialprodukts für Investitionen in Forschung und Entwicklung ausgegeben. Baden-Württemberg ist das hochschulreichste Land der Bundesrepublik, und in Baden-Württemberg befinden sich etwa ein Viertel der renommierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik.

Umgekehrt ist für Europa Baden-Württemberg eine erste Adresse. Ich darf hier nur den EU-Forschungskommissar Philippe Busquin zitieren:

Baden-Württemberg ist unter den deutschen Bundesländern einer unserer besten Kunden. Dank seines hohen eigenen Forschungsbudgets können EU-Mittel gut kofinanziert werden.

Insofern begrüßen wir von der CDU-Fraktion, dass Baden-Württemberg aufgrund seiner nachgewiesenen Kompetenz eine eigene Position zum 6. Forschungsrahmenprogramm der EU erarbeitet. Nach den guten Erfahrungen mit dem 5. Forschungsrahmenprogramm entsprach dieses Memorandum auch dem einhelligen Willen aller Fraktionen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist gut, dass das Land Baden-Württemberg die Wortführerschaft der Länder zu diesem Thema in den überregionalen Gremien gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission innehat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut!)

Wir können alles, und dies besonders gut.

Es ist begrüßenswert, dass eigene Positionen formuliert werden und damit die Interessen, die uns wichtig sein müssen, Berücksichtigung finden.

Ganz wichtig: Unsere Wirtschaftsstruktur wird nicht nur von global operierenden Firmen, sondern zugleich und vor allem auch durch kleine und mittlere Unternehmen geprägt. So ist wichtig, dass gerade die kleineren und mittleren Unternehmen in dieses Forschungsrahmenprogramm spezifisch einbezogen sind und die Chance einer Förderung erhalten. Dies erfordert zum einen, dass eigene Mittel für deren Innovation und Forschung bereitgestellt werden, aber zum anderen auch, dass die Instrumente nutzerfreundlich ausgestaltet werden und nicht schon wegen des immensen Antragsaufwands gar nicht erst zum Einsatz kommen können. Von Antragstellungen darf nicht abgeschreckt werden. Das von Baden-Württemberg vorgeschlagene Antragsverfahren soll dies verhindern; es soll die kleinen und mittleren Unternehmen sogar ermutigen.

(Dr. Monika Stolz)

In diesem Zusammenhang ist auch begrüßenswert, dass Baden-Württemberg darauf Wert legt, dass vor dem Aufbau neuer zentraler Strukturen bei der Forschungsförderung auf funktionierende Strukturen der Regionen zurückgegriffen wird. Denn auch im Forschungsbereich sollte es so sein, dass man mit Europa nicht primär Bürokratismus und Papierflut, sondern eine zukunftsweisende Idee verbindet. Für den Forschungsbereich kann das nur heißen, einen europäischen Forschungsraum zu schaffen, in dem die herausragenden Forschungskapazitäten in Wissenschaft und Wirtschaft miteinander vernetzt werden und in dem für die zentralen Herausforderungen zukunftsweisende Problemlösungen entwickelt werden.

Der europäische Gipfel hat festgestellt, dass die Forschung ihren Beitrag zum globalen Wettbewerb Europas in der Welt leisten muss, und das ist richtig. Dieses Ziel muss sich allerdings darin widerspiegeln, dass entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

Es ist richtig, dass das Memorandum annimmt, zusätzliches Geld nicht nur für die Verwaltung der Forschung, sondern primär für die Forschung selbst zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Es ist zu hoffen, dass diese Sicht in die endgültige Beratung in den nächsten Wochen Einzug findet. Der Stellenwert, den Baden-Württemberg der Forschung zuerkennt, sollte auch hier beispielgebend sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Wenn von den zentralen Herausforderungen der Zukunft die Rede ist, dann ist weiterhin begrüßenswert, dass die Themenschwerpunkte des Programms ausgeweitet werden und das Programm wichtigen Feldern der Zukunft offen sein wird. Wichtige Themen wie Agrarforschung, Energieforschung, Verkehrsforschung, vor allem in einer nachhaltigen Betrachtung, werden gefördert werden.

Weiterhin soll sich gerade die Lebensforschung nicht nur auf die Genomik und die Biotechnologie beziehen, sondern das gesamte Spektrum der lebenswissenschaftlichen Forschung soll in seiner gesamten medizinischen und biowissenschaftlichen Breite in das Programm einbezogen werden. Ich nenne hier beispielhaft die Altersforschung, deren Weiterentwicklung angesichts der demographischen Entwicklung eine Herausforderung ist.

Weiterhin ist begrüßenswert, dass das Memorandum einfordert, dass die Themenbereiche nicht ausschließlich technologisch definiert werden, sondern auch sozioökonomische und ethische Aspekte als übergreifende Anforderungen festgeschrieben werden. Ein herausragendes Beispiel ist die embryonale Stammzellenforschung. Hier bedarf es eines europäischen Konsenses über die Forschungsförderung.

Meine Damen und Herren, am 10. Dezember wird im Forschungsrat der EU ein gemeinsamer Standpunkt zum 6. Forschungsrahmenprogramm verabschiedet werden. Wesentliche Punkte des Memorandums der Landesregie-

rung werden übernommen werden. Dies ist eine Chance für die baden-württembergischen Einrichtungen der Forschung und Wirtschaft, sich rechtzeitig auf kommende Veränderungen der Förderung einzustellen und auch eingestellt zu werden.

Es ist im Übrigen erwähnenswert und auch begrüßenswert, dass sich Bundesforschungsministerin Bulmahn beim Land Baden-Württemberg für die Unterstützung gegenüber dem Bundeskanzler und der Europäischen Kommission bedankt hat. Das spricht nicht nur für das Memorandum, sondern auch – ich gebe das gerne zu – für die Frau Ministerin.

Kollege Reinhart hat zu Recht auf die grundsätzliche Problematik der schwindenden Einflussnahme der Länder gegenüber Europa hingewiesen. Mit der Durchsetzung der Aufnahme wichtiger Gesichtspunkte des Memorandums in das europäische Forschungsprogramm hat Baden-Württemberg wesentlich Einfluss genommen, und wir können selbstbewusst sein, ohne Sonntagsreden halten zu müssen, Herr Salomon.

Ich denke, die Opposition kann sich den anerkennenden Worten der CDU zu dem Memorandum zustimmend anschließen. Das hat sie gestern zumindest bei einem Tagesordnungspunkt schon erfolgreich geübt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wichmann.

Abg. Wichmann SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem hier heute die Zitate der Ur-Ur-Ur-Großväter der CDU im Raum verhallt sind, möchte auch ich mit einem Zitat anfangen, das ein bisschen zur Debatte passt. Von Hegel stammt der Ausspruch:

Der beste Beweis für die Absicht ist die Tat.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was?)

Der beste Beweis für die Absicht ist die Tat.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Und Hegel war Sozialdemokrat?)

– Hegel war zumindest einer unserer Vorläufer.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Aber ich will jetzt nicht über die Tradition der Sozialdemokratie sprechen, sondern über das 6. Forschungsrahmenprogramm. Da muss ich schon sagen – der beste Beweis für die Absicht ist die Tat –: Es kam relativ spät in den Ausschuss, und heute, wenn wir darüber sprechen, hat das Europäische Parlament schon die Abschlussfassung dessen, was da drinsteht, beschlossen. Es ist eine Unterlage von im Moment 165 Seiten mit insgesamt 360 Änderungsanträgen, deren Lektüre nicht unbedingt vergnügungsteuerpflichtig ist.

In diesem Zusammenhang relativiert sich dann auch das relativ gute Memorandum der CDU-Landesregierung mit einem Umfang von 8 Seiten.

(Heiterkeit bei der SPD)

(Wichmann)

Richtig erscheint uns, dass die Landesregierung die Doktorandenausbildung als wichtig erachtet und in den Mittelpunkt gestellt hat und dass sie die Hochschulen nach wie vor als entscheidendes Zentrum für Nachwuchsförderung und Ausbildung bezeichnet. Darauf, dass sich die Landesregierung dafür ausspricht, im Bereich der Lebenswissenschaften die Beschränkung auf Genomik und Biotechnologie aufzugeben, ist die Kollegin schon eingegangen.

Was fehlt – übrigens in einem Hochforschungsland wie Baden-Württemberg –, ist: Es gab kein Wort über die grüne Gentechnologie. Ich kann Sie beruhigen: Es steht im Bericht drin. Zumindest in der mittel- und langfristigen Planung eines solchen Programms sollte man das aufgrund der hiesigen Infrastruktur aber mit aufnehmen.

Wir finden es gut, dass die Landesregierung sagt, wir sollten weiterhin problemorientierte Ansätze aufgreifen, das heißt, dass horizontale Forschungsmaßnahmen, die interdisziplinär ablaufen, Eingang in dieses Forschungsprogramm finden.

Weniger gut finden wir, dass die Landesregierung die Förderung der geforderten Exzellenznetzwerke auf fünf Jahre beschränken will. Wir sind der Auffassung, dass man die Frage dieser Exzellenznetzwerke überhaupt einmal diskutieren muss.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

Denn wir haben hier Großforschungseinrichtungen, die nur in vorgegebenen Themenfeldern arbeiten und die mit einem immensen Verwaltungsaufwand eine Forschung betreiben, deren wissenschaftlicher Nutzen, verglichen mit kleinen und innovativen Lösungsansätzen von europäübergreifenden Gruppen, nicht mithalten kann, die aber jede Menge Geld binden und nach dem Vorschlag für das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm jeweils mit mehreren Millionen Euro ausgestattet werden.

Wir schlagen vor, eine Förderung von Verbünden in Angriff zu nehmen und die Begutachtung dieser Verbünde einzig und allein an der wissenschaftlichen Überzeugungskraft auszurichten.

Wir müssen uns über Folgendes im Klaren sein: Wir haben in der Forschungsförderung das große Problem, dass die Regierungen bzw. die Institutionen einen immer engeren Rahmen vorgeben, während es in der Forschung unbedingt notwendig ist, dass man innovative eigene Ideen verfolgen kann. Das heißt, die Vorgaben, die vonseiten der Institutionen kommen, sollten in Teilen zurückgenommen werden. Um ein praktisches Beispiel zu nennen: Bei einer freieren Forschung wären wir im Bereich der Grundlagenforschung, was BSE angeht, nicht auf dem Stand, auf dem wir im Moment sind. Denn eines der großen Probleme besteht darin, dass wir nur Forschungsbereiche fördern, die die Politik schon ins Auge gefasst hat. Das heißt, alles, was außerhalb dessen liegt oder liegen könnte, wird von uns nicht wahrgenommen und daher auch nicht gefördert. Aus diesem Grund muss da eine Umschichtung stattfinden.

Im Memorandum listet die Landesregierung auf, dass sie eine Forschungsförderung in der Größenordnung von 20 Milliarden Euro für wünschenswert hält. Gestern hat das Europäische Parlament 16,270 Milliarden Euro bereit-

gestellt. In den Unterlagen des Europäischen Parlaments steht, dass die Beitrittskandidaten Berücksichtigung finden sollen, und wir haben das Problem, dass die Mittelzuwächse hauptsächlich in die Administration fließen, während einzelne Forschungsbereiche komplett hinten herunterfallen.

Ich möchte mich diesem Gemeinschaftsappell mit einem alten afrikanischen Sprichwort anschließen, das besagt: Man kann nur mit den Ochsen pflügen, die man hat. Das bedeutet, wenn die Landesregierung bereit ist, mit uns zusammenzuarbeiten, sind wir selbstverständlich gerne auch bereit, mit der Landesregierung gemeinsame Wege zu gehen.

Gerade was die innovative Förderung von neuen Forschungsverbünden angeht: Wir sind – das fand ich an dem Memorandum etwas enttäuschend – ja angeblich hoch besetzt. Wir haben einen Wissenschaftsminister, der von der Universität Mannheim kommt, und wir haben hier den Landesapfelverteiler, Herrn Staatsrat Dr. Beyreuther, der selbst Direktor einer großen Forschungseinrichtung ist. Aus diesem Grund hätte ich mir in diesem Memorandum schon etwas mehr wissenschaftlich, fachlich fundierten Input gewünscht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt wird gepflügt!)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Jetzt wird tief gepflügt! – Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Debatte hier war sehr konsensual orientiert. Das liegt am Thema, denn dies ist bei europapolitischen Sachverhalten eigentlich eine gute Tradition hier im Haus. Es gab einen Schlenker von Herrn Maurer – den möchte ich aber nicht überbewerten.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Lieber Herr Maurer, in einem Papier von 200 Seiten werden Sie immer eine Stelle finden, über die man streiten kann.

(Abg. Fischer SPD: Aber es zeigt, dass er es gelesen hat!)

– Das ist ja erfreulich. Was von der Landesregierung kommt, verdient auch, gelesen zu werden. Insofern bin ich voll zufrieden, dass Herr Kollege Maurer es durchgeschaut hat.

Selbst in einem zweiseitigen Papier, verehrter Herr Kollege Maurer, nämlich in Ihren relativ dünnen Thesen zur Europapolitik der SPD-Landtagsfraktion vom August, findet man manche Stelle, über die man stolpern kann. Ich will einmal zitieren:

Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern muss deshalb geklärt werden durch eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Das ist also auch eine bedeutende Aussage in diesem zweiseitigen Papier vom 3. August 2001.

(Abg. Maurer SPD: Das hat man davon, wenn man von euch etwas übernimmt!)

Ich würde sagen, wir sollten uns hier nicht gegenseitig mit solchen Scharmützeln aufhalten, sondern wir sollten uns auf das Wesentliche konzentrieren, wie es auch in der Debatte zum Ausdruck gekommen ist.

Ein ganz wesentlicher Punkt – das will ich dick unterstreichen – liegt darin, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir als deutsche Länder in Europa und gegenüber der Bundesregierung nur dann etwas erreichen, wenn wir an einem Strang ziehen. Ich greife das Bild vom Ochsen, der pflügt, gerne auf. Die deutschen Europaminister sind natürlich zum Konsens verurteilt. Sie müssen von der Bundesregierung gehört werden, sie müssen in Europa gehört werden. Anders bringen wir überhaupt nichts voran. Deshalb ist es auch der Geist der Europaministerkonferenz, dass wir uns um Abstimmung und Einvernehmen in den zentralen Fragen bemühen. Dazu brauchen Sie uns nicht aufzufordern, Herr Maurer. Ich nehme in den allermeisten Punkten, für die ich Berichterstatter bin, diese Aufgabe gemeinsam mit der sozialdemokratischen Kollegin Hannelore Kraft aus Nordrhein-Westfalen wahr.

Wir haben eher ein anderes Problem; auch das will ich hier in aller Deutlichkeit ansprechen. Es ist das Problem, dass wir namentlich vom Kanzleramt den Eindruck haben, dass die Länderpositionen im aktuellen Bereich der Europapolitik nicht so wahrgenommen und aufgenommen werden, wie dies beispielsweise im Auswärtigen Amt geschieht. Das scheint mir übrigens der übereinstimmende Eindruck der deutschen Bundesländer zu sein.

Damit Sie dazu einmal ein konkretes Beispiel hören, will ich Ihnen einen aktuellen Fall schildern: Die Europaminister haben sich in völliger Übereinstimmung geeinigt, dass wir bei der Ausführung der auch von Herrn Kollegen Salomon genannten vier Aufgaben von Nizza, bei der Kompetenzabgrenzung zwischen Union und Mitgliedsstaaten entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip, versuchen müssen, diese Diskussion jetzt in die Charta, in den europäischen Verfassungsprozess einzubringen. Das ist die einstimmige Position der Europaminister. Diese Orientierung ist von den deutschen Ministerpräsidenten bei ihrer letzten Konferenz in Saarbrücken einstimmig übernommen worden.

Was geschieht? Das Bundeskanzleramt, das in diesen Tagen vom sozialdemokratischen Bürgermeister Scherf von Bremen kritisiert und daran erinnert wird, was in der Ministerpräsidentenkonferenz Konsens war, zieht das zurück und sagt: Es geht bei dieser Kompetenzabgrenzung in Europa gar nicht um die Frage einer Neuabgrenzung im Primärrecht, sondern wir müssen lediglich vielleicht die Verfahren in Europa ein bisschen neu justieren. Wir müssen gar nicht zu einer durchgreifenden Kompetenzneuordnung kommen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Unglaublich!)

Das ist das Problem, das wir in der europäischen Auseinandersetzung haben, nicht ein Länderproblem untereinander,

sondern dass wir den Bundeskanzler, das Bundeskanzleramt, seine Mitarbeiter gelegentlich daran erinnern müssen, dass er aus der Landespolitik hervorgegangen ist und die deutschen Länderinteressen in Europa berücksichtigen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es! Vergiss nie die Heimat!)

Kollege Reinhart hat das zentrale Thema angesprochen: Die Jahre bis 2006 werden von extrem hohem europäischem Entscheidungsdruck gekennzeichnet sein, weil wir drei Themen gleichzeitig angehen müssen: die Osterweiterung, den Verfassungsprozess – in diesen Punkten sehe ich weitgehend Konsens – und die Reform der wichtigsten EU-Politiken. Ich will in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass wir ab 2005 zu einer Neuordnung der Landwirtschaftspolitik kommen müssen. Dieser Auftrag ist vom Berliner Ratstreffen vorhanden und wird ebenfalls noch in diesen Prozess hineinkommen.

Für Baden-Württemberg besteht ein genuines Interesse daran, bei diesen Entwicklungen mitwirken zu können und nicht aus Brüsseler oder Berliner Perspektive in eine Randlage gedrängt zu werden. Ich sehe diesbezüglich übrigens auch Landtag und Landesregierung in einer völligen Partnerschaft.

Ich will Ihnen sagen, weil das auch in der Debatte angesprochen worden ist, dass die Landesregierung die Interessen der Landtage in der Frage der Beteiligungsrechte treuhänderisch vertritt, dass wir aber auch da zurzeit Widerstände erfahren. Wir schreiben einen Brief, dass die Konferenz der Landtagspräsidenten an der Konferenz der Vorsitzenden der nationalen Europaausschüsse beteiligt werden soll. Von wem kommen die größten Widerstände? Vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Kurt Beck aus Rheinland-Pfalz, der in einem Brief an den Vorsitzenden der Landtagspräsidentenkonferenz frank und frei mitteilt: Kein Interesse an einer Beteiligung der Landtage. Wir müssen das nicht an die große Glocke hängen, weil wir ja etwas erreichen wollen. Ich hoffe, dass wir diese Position noch verändern können. Aber mit der Landesregierung von Baden-Württemberg werden Sie hinsichtlich einer besseren Beteiligung der Landesparlamente im europäischen Entscheidungsprozess keine Probleme haben, sondern wir werden das unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie müssen das allerdings bei Ihren Leuten dann auch durchsetzen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU zur SPD: Da könnt ihr klatschen! Das habt ihr gerade gefordert!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich einen Punkt auch in der Abgrenzung zu den Kollegen Salomon und Maurer noch etwas hervorhebe. Das ist der Punkt der europäischen Außenpolitik.

Ich habe nicht den Eindruck, Herr Kollege Salomon, dass im Feld der europäischen Außenpolitik die Bundesregierung derzeit besonders erfolgreich, besonders markant vor-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

geht. Der deutsch-französische Motor stottert, es ist keine Fortentwicklung im deutsch-französischen Verhältnis zu verzeichnen. Wir haben in den vergangenen Tagen eine geradezu peinliche Situation gehabt, als Schröder mit Blair und Jospin in London Außenpolitik neben der Europäischen Union gemacht hat. Eilig hat sich Berlusconi hineingedrängt und wurde aufgenommen. Dann kam der Spanier Aznar und hat auch noch an der Konferenz teilgenommen.

Es gibt drittens eine unwürdige Debatte zwischen Nationalstaaten, auch zwischen der deutschen Bundesregierung und der Kommission um die Frage der Kompetenzen und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik GASP. Die Autorität von Prodi ist unterhöhlt und wird nicht zuletzt von den nationalen Regierungen infrage gestellt. Gerade in diesem Themenfeld der Außen- und Sicherheitspolitik, bei dem wir mehr Gemeinsamkeit, mehr Handlungsfähigkeit bräuchten, haben wir eine unbefriedigende Situation. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine der wichtigsten Aufgaben ist, dass wir versuchen, die verteilten außen- und sicherheitspolitischen Zuständigkeiten im Reformprozess der Europäischen Union zu bündeln.

Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang die drei Themenfelder, bei denen Handlungsbedarf besteht, gerne nennen. Wir haben einen EU-Außenkommissar Chris Patten. Wir haben aber nebenher für die Nationalstaaten einen hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, der das gut macht. Wir haben eine Menge von außenpolitischen Sonderkoordinatoren, nicht zuletzt Bodo Hombach, der jetzt geht und einen Nachfolger bekommen soll. Wir haben kein stimmiges Gesamtgefüge, wer innerhalb der Europäischen Union zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen spricht. Da besteht Handlungsbedarf! Da bedürfte es der klärenden Stimme von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, um etwas voranzubringen, so wie in der Regierungszeit Kohl/Mitterand, in der Regierungszeit Schmidt/Giscard d'Estaing etwas vorangegangen ist, weil die deutsch-französische Achse gestimmt hat. Das leidet im Augenblick. Da besteht Nachholbedarf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich kann Sie nur einladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu kommen. Wir brauchen sie nämlich.

(Beifall bei der CDU)

Zum Land: Wir wollen im Land gezielt alle europäischen Materien und Themenfelder ausbauen. Wir wollen die Europafähigkeit des Landes in allen Ministerien, in allen Fachverwaltungen verbessern. Wir wollen insbesondere zu einem besseren Management der Personalressourcen kommen.

Ich will hier in der Debatte auch einige Neuerungen noch einmal vorstellen. Wir haben jetzt eine eigene Arbeitseinheit, ein eigenes Referat im Staatsministerium eingerichtet, das sich mit dem Ziel der europäischen Personalentwicklung, vor allem von Führungsnachwuchskräften, befasst. Wir haben bei der Entsendung von Personal das große Problem, dass zu wenige Deutsche, zu wenige Baden-Württemberger bereit sind, in die Kommission hineinzugehen. Franzosen und Engländer machen uns vor, wie man eine effiziente europäische Personalpolitik wahrnimmt. Deshalb

haben wir einen dynamischen Europapool geschaffen, wo zurzeit 120 Beamte aus allen Fachverwaltungen geschult und gezielt auf ihre europäische Verwendung vorbereitet werden. Sie werden dann allerdings auch gefördert, wenn sie aus der europäischen Verwendung zurückkommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss für einen Beamten ein Vorteil sein und darf ihm nicht zum Nachteil gereichen, wenn er eine bestimmte Zeit in europäischen Institutionen tätig gewesen ist und dann zurückkehrt. Bisher ist es aber beförderungs- und weiterkommenshemmend. An dieser Stelle etwa müssen wir die Europafähigkeit des Landes und der Landesverwaltung verbessern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir haben die Vertretung in Brüssel in das Organisationsgefüge des Staatsministeriums eingebaut. Ich bin sehr froh darüber, dass in absehbarer Zeit alle Ministerien Beobachter in Brüssel haben werden. Das Innenministerium und das Sozialministerium ziehen in diesen Tagen ebenfalls Beobachter nach Brüssel nach. Wir werden die Präsenz des Hauses in Brüssel sicherlich moderat ausbauen müssen. Wir suchen auch nach einer neueren zentralen Unterbringungsmöglichkeit, um die Interessen besser zu vertreten, und zwar ganz einfach deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir alle Instrumentarien wahrnehmen müssen, um effiziente Europapolitik zu machen – in den nationalstaatlichen Gremien genauso wie in den bilateralen Beziehungen und den multilateralen Kontakten in Brüssel.

Wir müssen aber auch in den europäischen Institutionen der Regionen präsent sein. Der Ministerpräsident ist heute im Ausschuss der Regionen und vertritt dort das Memorandum zur Forschungspolitik, über das heute bei diesem Tagesordnungspunkt auch zu sprechen ist. Ich kann hier übrigens mitteilen, dass der Ausschuss der Regionen unsere baden-württembergischen Anträge zur Forschungspolitik und zur Technologiepolitik heute Morgen angenommen hat. Wir sind in diesem Themenfeld federführend in der europäischen Diskussion, so, wie Frau Stolz es gesagt hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir müssen in der Vereinigung der Regionen Europas mitarbeiten, und wir müssen natürlich auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, länderübergreifend und grenzüberschreitend im Nahbereich zusammenarbeiten. Ich finde, dass dies das Staatsministerium gar nicht monopolisieren muss, sondern da leisten die Regierungspräsidien, der Oberrheinrat, die Oberrheinkonferenz und die grenzüberschreitenden Institutionen der Zusammenarbeit eine vorzügliche Arbeit.

Wenn wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Zukunftsfeldern sind, dann möchte ich gern noch einmal auf den Konvent der EU zurückkommen. Mitte Dezember wird von den Staats- und Regierungschefs dieser Konvent in Laeken einberufen. Er soll bis 2004 eine umfassende Reform der Union vorbereiten. In diesem Konvent werden 62 Persönlichkeiten zusammenarbeiten. Es wird darauf ankommen, dass diese Persönlichkeiten unter Einschluss der Grundrechtecharta, die ja vorliegt und in

(Minister Dr. Christoph Palmer)

diesen neuen Verfassungsvertrag integriert werden muss, zügig und konsequent bis zum Jahr 2003 zu einem Ergebnis kommen.

Ich warne ein wenig vor dem Streit um Begrifflichkeiten. Ob dieses europäische Grundlagendokument am Ende „Verfassung“ heißen wird oder – aus Rücksicht auf die Engländer, die diese Terminologie nicht kennen, weil sie keine geschriebene Verfassung haben – „Grundlagenvertrag Europas“, das halte ich für zweitrangig. Wichtig ist, dass wir in diesem Vertrag neben der Grundrechtecharta – ich glaube, das wurde in der ersten Runde auch übereinstimmend vorgetragen – eine Kompetenzordnung hinbekommen, dass wir die Themenfelder voneinander abgrenzen.

Da wird es auch Themenfelder geben, Herr Kollege Salomon, die auf die Regionen rückübertragen werden müssen. Natürlich brauchen die Regionen etwa im Bereich der Strukturpolitik und der Agrarpolitik, auch im Bereich der Wirtschaftsförderung mehr Spielräume. Da finden wir es falsch, was alles in Brüssel geregelt wird. Es war doch eigentlich auch immer ein grüner Ansatz, dass man von unten nach oben vorgehen muss. Deshalb verstand ich Ihren Schlenker an der Stelle, wo Sie gesagt haben, wir dürften nicht integrationsfeindlich wirken, nicht. Wir sind nicht integrationsfeindlich mit der Auffassung, dass man Spielräume wieder in die Regionen und in die Länder zurückholen muss.

Man wird eine 25er-Gemeinschaft, eine 30er-Gemeinschaft nur bauen können, wenn sich das ganz strikt von unten nach oben vollzieht und wenn Europa sich auf die wirklich wichtigen Fragen der Zusammenarbeit konzentriert. In diesen Themenfeldern – da stimme ich mit Ihnen überein – brauchen wir sicher mehr europäische Zuständigkeiten. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik habe ich sie bereits angemahnt. Wir brauchen sie im Bereich der Umweltstandards, wir brauchen diese verbesserte europäische Zusammenarbeit aber auch im Themenfeld der inneren Sicherheit, bei einer gemeinsamen Polizei und in der Justizpolitik. Das werden die Themenfelder sein müssen, wo wir zusätzliche Kompetenzen auf die Union übertragen.

Die Osterweiterung ist das zweite Megathema des kommenden Jahres. Die Verhandlungen mit den fortgeschrittensten Kandidaten kommen in die heiße Phase. Der Fortschritt in den Beitrittsverhandlungen ist erfreulich. Kollege Theurer ist jetzt leider nicht mehr da.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich fand seinen Hinweis auf die zwei Regionen, die wir in die Zusammenarbeit der „Vier Motoren“ mit aufnehmen sollen, ganz interessant. Allerdings muss man in diesem Zusammenhang sagen, dass wir als Bundesland Baden-Württemberg bereits gemischte Kommissionen mit Ungarn, mit Rumänien und mit Tschechien unterhalten. Ich weiß nicht – ich greife den Vorschlag gerne auf –, ob die anderen Partnerregionen der „Vier Motoren“ zu einer solchen Erweiterungsinitiative bereit sind, aber ich finde das zumindest einen nachdenkenswerten Vorschlag.

Beim zweiten Punkt, dem Deutsch-Polnischen-Jugendwerk, muss ich ihn ein wenig enttäuschen. Ein solches

existiert bereits seit drei Jahren. Deshalb können wir auch keine Bundesratsinitiative ergreifen, um ein solches neu zu schaffen.

Herr Kollege Salomon, Sie haben im Zusammenhang mit der Osterweiterung von einer Veränderung der Position der Landesregierung gegenüber ihrer Einschätzung vor zwei Jahren gesprochen. Ich glaube, diese Veränderung hat nicht stattgefunden. Wir haben als erste deutsche Landesregierung bereits im Jahr 1999 ein uneingeschränkt positives Memorandum zur Osterweiterung verabschiedet. Wir haben das jetzt mit unseren neuen Positionen ausgefeilt, aber wir sind in der Spur geblieben.

Was die Freizügigkeit betrifft, die Sie angesprochen haben, haben wir doch die Situation, dass die Bundesregierung offensichtlich auch Probleme sieht. Sonst hätten der Kanzler und der Außenminister in den Verhandlungen nicht so energisch auf die Akzeptanz einer siebenjährigen Übergangsfrist im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit Wert gelegt. Diese Übergangsfrist in Europa ist auch weitergekommen, und wir stehen voll hinter dieser Position. Wenn Sie da keine Schwierigkeiten sähen, hätten Sie es auch nicht auf die europäische Agenda gesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Position, die jetzt mit den Beitrittskandidaten ausverhandelt wird, ist eine vernünftige: 2002 Entscheidung nach individuellem Fortschritt über die Beitrittsreife der Kandidaten, 2004 Vollzug der ersten Beitritte mit Übergangsbestimmungen für sieben Jahre, sodass ca. im Jahr 2011 der volle Integrationsstand zwischen den Beitrittskandidaten und der Union erreicht werden kann.

Ich möchte abschließend, nachdem hier Hegel, Konrad Adenauer und auch noch ein afrikanisches Sprichwort von den Ochsen zitiert wurde, jemanden zitieren

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt kommt Hesse!)

– nein, nicht Hesse –,

(Abg. Blenke CDU: Hesse ist immer gut zu zitieren!)

der in dieser Woche besonders aktuell ist, weil sein 100. Geburtstag gefeiert wird, und der erster Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war, nämlich Walter Hallstein. Er hat ja auch seine letzten zehn Lebensjahre in Stuttgart verbracht und ist hier in Stuttgart begraben. Hallstein hat klar gesehen, dass die europäische Einigung immer wieder Kampf ist zwischen widerstrebenden nationalen Interessen mit der Gefahr des Stillstands, dass Krisen unvermeidlich sind, dass es aber am Ziel der europäischen Integration festzuhalten gilt.

Als Quintessenz hat Hallstein festgehalten:

Furcht vor einer Krise ist niemals eine Entschuldigung dafür, etwas nicht zu tun, was sachlich geboten ist.

In diesem Geist sollten wir Integration, Osterweiterung und Reform der europäischen Politiken gemeinsam vorantrei-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

ben – drei Zentralaufgaben, die vor der Tür stehen und die wir nur mit gemeinsamer Anstrengung werden bewältigen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden aufgerufenen Mitteilungen.

Der Ständige Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 13/399, von der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Juni 2001, Drucksache 13/39, sowie von der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 12. Oktober 2001, Drucksache 13/323, zustimmend Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Weißbuch der Kommission „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ (KOM[2001]370) – Drucksachen 13/285, 13/391

Berichterstatter: Abg. Göschel

Das Präsidium hat für die Aussprache über diesen Punkt eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Hillebrand, bitte schön.

Abg. Hillebrand CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir beschäftigen uns heute parallel zu den zuständigen Ausschüssen des Bundesrats mit dem Weißbuch der EU-Kommission „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“. Wer von uns, meine Damen und Herren, kennt nicht den Satz „panta rhei“ des griechischen Philosophen Heraklit, was so viel heißt wie „alles fließt, alles ist in Bewegung“?

(Zurufe von der CDU)

Keine Gültigkeit hat dieser Satz zumindest im Bereich des Verkehrs. Hier müsste es richtigerweise heißen: Überall in Europa sind Verkehrsstaus an der Tagesordnung bzw. aufgrund zum Teil kurzsichtiger Verkehrspolitiken vorprogrammiert.

(Unruhe)

Verkehrsstaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, kosten nicht nur Nerven, sondern auch Produktivität. So kommt es auf Europas Straßen täglich auf 7 500 Kilometern, also auf 10 % des Netzes, zu Staus, und

16 000 Kilometer des Eisenbahnnetzes, also sogar 20 % dieses Netzes, gelten als Engpässe.

Auch wenn es aufgrund der Ereignisse vom 11. September 2001 derzeit Einbrüche im Bereich des Luftverkehrs gibt, werden die Lufträume über Europa insgesamt doch immer enger. Auch auf die DB AG ist heute kein Verlass mehr, wie ich vor drei Tagen auf einer Fahrt Stuttgart – Köln und zurück gleich zweimal selbst erleben durfte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Da hat er Recht!)

Dieses Weißbuch der EU-Kommission enthält, wie ich meine, eine Vielzahl vernünftiger förmlicher Vorschläge für ein gemeinschaftliches Vorgehen im Verkehrsbereich und geht damit, lieber Herr Kollege Boris Palmer, weit über die so genannten Grünbücher hinaus, die ja – Analogien drängen sich da geradezu auf –

(Zurufe der Abg. Oelmayer und Brigitte Lösch GRÜNE)

lediglich eine Palette von Ideen präsentieren und zur öffentlichen Diskussion stellen.

Ein Papier von insgesamt 127 Seiten in der Kürze der vorgegebenen Redezeit auf den Punkt zu bringen gleicht der Quadratur des Kreises. Lassen Sie mich deshalb einige für meine Fraktion wichtige Punkte ansprechen.

Dieses Weißbuch stellt eine weithin gelungene Gratwanderung zwischen der in vielen Bereichen zweifellos notwendigen Politik der europäischen Harmonisierung und der Beachtung und der Respektierung des Subsidiaritätsprinzips dar. Inwieweit die im Papier zum Ausdruck gekommenen Analysen und Handlungsbedarfe schließlich auch in ein Aktionsprogramm einmünden, bleibt abzuwarten. Gerade auf dem Verkehrssektor auf größere finanzielle Unterstützung, sprich Beihilfen für Baden-Württemberg aus Brüssel, zu warten wäre indes falsch. Wir würden vergeblich warten. Wir in Baden-Württemberg, an der Spitze unserer Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller,

(Abg. Schmiedel SPD: Nicht mehr lange!)

haben deshalb gerade in den Bereichen, zu denen die EU nichts oder zu wenig aussagt, beispielsweise zum Bereich des Straßenbaus, soweit wir selbst zuständig sind, das Gesetz des Handelns in die Hand genommen und das Nötige auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wenigstens wir! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wodurch finanziert?)

– Nicht zuletzt durch ein 500-Millionen-DM-Sonderprogramm, lieber Herr Palmer, in dieser Legislaturperiode für den Landesstraßenbau.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Außerhalb des Haushalts!)

– Passen Sie auf. – Gerade zur Verbesserung des Straßenbaus, lieber Herr Palmer, auf europäischer Ebene sagt die-

(Hillebrand)

ses Weißbuch nichts, zur Verbesserung des Straßenverkehrs relativ wenig, obwohl auf Seite 24 festgestellt wird, dass die Straße für den Güter- und Personenverkehr der bevorzugte Verkehrsträger ist. Fast die Hälfte des Güterverkehrs, nämlich 44 %, und über zwei Drittel des Personenverkehrs, nämlich 79 %, werden über die Straße abgewickelt.

(Zuruf von der SPD: Alles neue Erkenntnisse, oder was?)

Auch wenn wir von der CDU ein Ziel dieses Weißbuchs, nämlich eine nachhaltige Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, selbstverständlich unterstützen, muss jedem Realisten in diesem hohen Hause klar sein, dass eine Verdoppelung des Schienengüterverkehrs bis zum Jahr 2010 bei einer prognostizierten Steigerung beim Güterverkehr im gleichen Zeitraum um 50 % zu keiner nennenswerten Entlastung unserer europäischen Hauptmagistralen führen würde.

Im Übrigen sind auch die Schienennetze noch lange nicht gebaut. Wir haben es erlebt – und wir werden es auch in Zukunft erleben –, dass dieselbe Klientel, liebe Kolleginnen und Kollegen, die im Prinzip pro Bahn redet, bei durchzuführenden eisenbahnrechtlichen Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren in Deutschland die Speerspitze der Bedenkenträger, Einwender und Kläger bildet.

(Beifall bei der CDU)

Schon vor diesem Hintergrund glaube ich nicht an eine in Jahren absehbare nennenswerte Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene.

Das Ziel der Erhöhung des Marktanteils von 6 auf 10 % beim Eisenbahnpersonenverkehr und von 8 auf 15 % beim Güterverkehr, also praktisch eine Verdoppelung des Marktanteils bis zum Jahr 2020, ist zwar hehr, dürfte aber vor dem Hintergrund nur unzureichender Investitionen durch den Bund bzw. die DB AG und der bereits genannten faktischen Restriktionen nur schwerlich erreichbar sein.

Aus baden-württembergischer Sicht positiv zu vermerken ist, dass die Eisenbahnstrecke Stuttgart – München zu den 14 transeuropäischen Netzen zählt und die EU offensichtlich beabsichtigt, ihren Teil an den Investitionskosten von 10 auf 20 % zu steigern.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt haben Sie den badischen Teil vergessen!)

Leider geht aus diesem Weißbuch nicht hervor, aus welchen Quellen die EU dieses zu finanzieren gedenkt.

Ein weiterer präziser Vorschlag von den insgesamt 60 Vorschlägen, die wir nachdrücklich unterstützen, ist die bis zum Jahr 2004 beabsichtigte europaweite Einführung der Kerosinsteuer. Wir von der CDU, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben immer gesagt, dass eine Flugbenzinsteuern vernünftigerweise nur europaweit, besser noch weltweit eingeführt werden kann. Ob allerdings vor dem Hintergrund der aktuellen Situation im zivilen Luftverkehr und der damit verbundenen Wettbewerbsproblematik der gegenwärtige Zeitpunkt gerade geschickt ist, möchte ich ein-

mal dahingestellt sein lassen. Im Ergebnis halten wir an dem Vorschlag der europaweiten Einführung einer Kerosinsteuer fest.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die weitaus meisten Kompetenzen zur Umsetzung dieses Weißbuchs bzw. der in diesem Weißbuch genannten Ziele liegen beim Bund.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Insoweit gilt in Analogie der bekannte Satz . . .

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hillebrand, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Hillebrand CDU: . . . – ich komme zum Schluss –: In Brüssel werden die Weißbücher gemacht, in Stuttgart auf jeden Fall gelesen und in Berlin hoffentlich umgesetzt. Wir harren auf jeden Fall gespannt der Dinge, die da kommen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten stimmen den grundsätzlichen Aussagen der Leitlinien dieses Weißbuchs uneingeschränkt zu.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Uneingeschränkt?)

– Uneingeschränkt. Wir unterstützen den im Weißbuch formulierten dritten Ansatz, die Option auf Seite 12 – ich gehe davon aus, dass Sie alle die 127 Seiten gründlich durchgelesen haben, dann wissen Sie, wovon ich spreche –, der ein integrierter Ansatz ist, der a) über Tarifierung – ich füge hinzu: eine gerechte Tarifierung –, b) über die Revitalisierung anderer Verkehrsträger als des Straßenverkehrs, also Stärkung von Schiene und Wasserstraßen, und c) über Investitionen in das transeuropäische Netz TEN eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehrszunahme erreichen will. Wir jedenfalls halten diese Entkopplung für dringend erforderlich, weil ein weiterer überproportionaler Zuwachs im Verkehrsbereich, zumal er sich bislang fast ausschließlich auf der Straße abspielt, nicht tragbar ist, wir aber gleichzeitig weiteres Wirtschaftswachstum durch zunehmende Verkehrsprobleme nicht gefährden wollen und auch nicht den individuellen Mobilitätsanspruch unzumutbar einschränken wollen.

Die SPD-Fraktion begrüßt die 60 präzisen Vorschläge für Maßnahmen, von denen das Weißbuch spricht. Sie haben sie sicher alle gelesen. Auch wenn ich sie nicht präzise nachgezählt habe, habe ich doch keinen Vorschlag gefunden, dem ich widersprechen müsste oder den ich ablehnen könnte. Die individuelle Inanspruchnahme von Mobilität hat sich von 1970 bis 1989 mehr als verdoppelt: Von durchschnittlich 17 Kilometern pro Tag, die sich jeder Einzelne bewegt hat, ist sie im Schnitt auf 35 Kilometer pro Tag angewachsen.

(Göschel)

Die wirtschaftliche Bedeutung des Verkehrssektors ist ungebrochen. Es geht um über 10 % des Bruttoinlandsprodukts. Deshalb ist die europäische Verkehrspolitik nach den Grundsätzen „Vermeiden, Verlagern, Optimieren“ der richtige Ansatz, wenn wir uns zuvor darauf verständigen können, dass Vermeiden nicht Verbieten heißt und dass Verlagern nicht Verlagerung auf nachrangige Straßen bedeutet, sondern Verlagern auf optimalere Verkehrssysteme. Ich glaube, darüber können wir uns schnell einig werden.

Insofern ist dieses Weißbuch ein wunderschönes Papier, ein regelrechtes Rosabuch, aber leider eben nur ein Papier, das hehre Ziele formuliert, über die man sich ohne große Probleme schnell einig werden kann . . .

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie um mehr Ruhe bitten.

Abg. Göschel SPD: . . . – vielen Dank, Frau Präsidentin –, das aber unverbindlich bleibt in der Aussage zur Umsetzung und zum konkreten Vollzug, das sich auch nur diffus äußert, wenn es um die Finanzierung geht. Das ist ein Manko, das auch Herr Kollege Hillebrand schon angesprochen hat.

Nachdem ich dieses Weißbuch nun gelobt habe, will ich doch auch noch auf einige Fußangeln, die sich aus der Umsetzung ergeben könnten, hinweisen.

Die EU-weite Öffnung der Verkehrsmärkte darf keine Einbahnstraße werden. Das heißt, Marktöffnung in Deutschland muss auf eine Marktöffnung in anderen europäischen Ländern stoßen; denn sonst haben wir da eine Einbahnstraße, die wir auf keinen Fall in unserem Land hinnehmen dürfen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE)

Der Wettbewerb muss unter fairen Rahmenbedingungen stattfinden, zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern, aber auch national wie international, wobei „international“ heißt: zwischennational in den EU-Ländern.

In diesem Zusammenhang ist Harmonisierung dringend notwendig. Denn es ist ganz wichtig, dass wir bei den Sozialstandards und auch bei den Qualitätsstandards in der Bedienung im öffentlichen Verkehr eine Harmonisierung erreichen, um diesen fairen Wettbewerb zu sichern.

Selbstverständlich sind auch wir Sozialdemokraten für eine Kerosinsteuer. Unsere Forderung nach Besteuerung von Flugbenzin ist denjenigen, die schon länger Mitglied dieses Hauses sind, sicher noch gut in Erinnerung. Uns ist aber natürlich klar, wie schwierig ein nationaler Alleingang ist. Nur, eines will ich ganz deutlich sagen: Auf eine globale Einigung können und wollen wir nicht warten.

Die Weichen für die Zukunft sind in diesem Weißbuch richtig gestellt. Nun gilt es, diese Weichen auch zu befahren, und zwar europaweit, national und regional. Es genügt nicht, bei jeder Gelegenheit das Hohelied der Subsidiarität zu singen, aber dann, wenn es darauf ankommt, subsidiär zu handeln, weit hinter dem eigenen Anspruch zurückzu-

bleiben. Der in großem Einvernehmen verabschiedete Generalverkehrsplan des Landes, der ja weitestgehend mit diesem Weißbuch kompatibel ist, formuliert zum Beispiel einige hehre Ziele. Dennoch ist Baden-Württemberg immer noch meilenweit von diesen im Generalverkehrsplan selbst gesteckten Zielen entfernt.

Bei der Umsetzung des intermodalen Betriebs, insbesondere im Güterverkehr – Stichwort kombinierter Verkehr –, bei der Qualitätsverbesserung im Schienenpersonennahverkehr, beim Controlling im Zuge der Bestellung und im Betrieb von SPNV-Leistungen – der Landesrechnungshof hat das ja zu Recht angemahnt –, bei der Förderung von alternativen Energien und Antrieben, bei der Nutzung von Flughafenkapazitäten – Stichwort Luftverkehrskonzept Baden-Württemberg –, um nur einige Beispiele zu nennen, gibt es noch einige subsidiäre Hausaufgaben für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zu erledigen.

Wir alle sollten dazu beitragen, dass der Strauß bunter Blumen, der uns in diesem Weißbuch verheißen wird, nicht zu einem Strauß bunter Luftballons wird, die schnell zerplatzen. Wir müssen also unverzüglich handeln, um unser Verkehrssystem weiterzuentwickeln zu einem modernen Verkehrssystem, das wirtschaftlich, ökologisch und sozial auf Dauer tragbar ist.

Wenn die Anstrengungen auf europäischer, auf nationaler und auf Landesebene nicht erheblich verstärkt werden, kommen wir dem allseits gepriesenen Prinzip der Nachhaltigkeit nicht nur nicht näher, sondern wir verspielen auch ein gutes Stück europäischer, aber auch deutscher Zukunft und Zukunft unseres Landes Baden-Württemberg. Deshalb fordern wir die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf, sich nicht auf die Kritik an anderen zu konzentrieren, sondern dort zu handeln und die eigenen Hausaufgaben zu machen, wo es eine Landeszuständigkeit gibt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Jawohl!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem vorgelegten Entwurf für ein Weißbuch der EU-Kommission zur europäischen Verkehrspolitik handelt es sich naturgemäß um ein vielschichtiges, aber auch erbauliches Werk. Es strotzt geradezu vor Power. Früher hätte man gesagt: Dieses Projekt kann vor Kraft kaum laufen. Ich würde allerdings empfehlen, dass es einmal ein Beauftragter auf Gender Mainstreaming durchgeht.

(Zuruf von der SPD: Was ist denn das?)

Unter anderem ist davon die Rede, dass man der Globalisierung des Verkehrs „Herr“ werden müsse, und die „Väter“ der Römischen Verträge werden angeführt. Selbst wenn es nur Männer waren, was zu jener Zeit möglich war, werden die Verträge dadurch nicht besser.

(Abg. Bebber SPD: Was sind denn das für kritische Anmerkungen!)

(Heiderose Berroth)

Aber diese Kraft wird auch notwendig sein; denn das Umsetzen wird nicht einfach werden. Der Eindruck, dass es sich hier um die Quadratur des Verkehrskreisels handelt, entsteht schon beim Lesen. Wenn Ziele wie nachfrageorientiertes Verkehrsangebot und ökologische Nachhaltigkeit gleichermaßen erreicht werden sollen, sehe ich bei den derzeitigen Verbraucherwünschen und bevorzugten Lebensweisen starke Gegensätze. Das Auto ist eben nach wie vor das Symbol der Freiheit, und Mobilität gehört gerade bei der Jugend zum Lifestyle.

Dies zeigt aber auch, dass die im Verkehrssektor anstehenden Probleme nicht nur durch Maßnahmen in diesem Bereich gelöst werden können. Unter diesem Aspekt müssen zum Beispiel auch die Landwirtschaftssubventionen ebenso analysiert werden wie zu differenzierte Steuer- und Abgabesituationen. Beide induzieren Verkehr in weit größerem Maße als der Bau besserer Straßen, und die Formulierung von 1993 gilt eben immer noch: Verkehrsstaus kosten nicht nur Nerven, sondern auch Produktivität.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das haben wir schon mal gehört!)

Deshalb kommt der an vielen Stellen im Weißbuch angestrebten Harmonisierung eine besondere Bedeutung zu. Allen, die hier mitwirken, gilt unser herzlicher Erfolgswunsch, insbesondere für die Einführung einer möglichst weltweiten Kerosinststeuer. Ich möchte noch einmal dazu auffordern, sofort mit dem Verhandeln zu beginnen, damit wir endlich zu einer Lösung kommen. Ein nationaler Alleingang gibt wirklich keinen Sinn; Herr Göschel hat das auch schon angeführt.

Wir werden auch gerne an Maßnahmen zur Modernisierung der Binnenschifffahrt mitwirken und freuen uns auf den TGV-Est, dessen Weg von Paris nach Budapest über Stuttgart führen soll.

Positiv zu sehen ist auch die Vorbereitung einer neuen Rahmenrichtlinie für die Grundsätze der Tarifierung der Infrastrukturnutzung, wobei sich das Prinzip der Kostenwahrheit durchsetzen muss. Ein Übergang von der heutigen Steuerfinanzierung zur Nutzerfinanzierung ist seit langem unsere FDP-Strategie.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass die Bereitschaft zur Praktizierung neuer Finanzierungsformen, wie im Pällmann-Papier vorgeschlagen, wozu im Straßenbereich die Betreibermodelle und die Mautfinanzierung gehören, hier ebenfalls zu beachten ist.

Aus liberaler Sicht fehlt im Weißbuch ein Hinweis auf die Möglichkeit einer stärkeren Privatisierung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, und es wird zu wenig deutlich, dass planwirtschaftliche Maßnahmen gerade nicht greifen, sondern dass es gilt, nicht nur in Bezug auf Preise, sondern zum Beispiel auch in Bezug auf Service und auf Komfort, der auch etwas kosten darf – das wird von den Konsumenten durchaus geschätzt –, Anreize zu schaffen.

Dies gilt auch bei dem Thema „Wiederbelebung des Schienenverkehrs“, wobei ich anmerken möchte, dass es bei uns glücklicherweise noch nicht um eine Wiederbelebung geht. Der Schienenverkehr liegt nicht in der Agonie; aber wir müssen verhindern, dass es dazu kommt.

Viel zu schwach ist die Formulierung, dass es in den Schienennetzen der EU-Staaten eine schrittweise Marköffnung geben soll. Diese Ankündigung gab es schon vor 15 Jahren, ohne dass zum Beispiel Frankreich bereit wäre, sein Netz für die DB AG im Schienengüterverkehr zu öffnen. Im Weißbuch fehlt auch ein Hinweis, dass es künftig EU-weit einen freien und fairen Wettbewerb zwischen mehreren Eisenbahnunternehmen als Betreibergesellschaften geben kann.

Ich fasse zusammen: Es ist wichtig, dass die europäischen Ziele und Maßnahmen im Verkehrsbereich einheitlicher justiert werden. Auch wenn ich bezweifle, dass es gelingen kann, das verkehrspolitische Eier legende Wollmilchschwein zu schaffen, muss doch festgestellt werden, dass das Weißbuch viel Gutes enthält. Deshalb gilt es vor allem, schnell mit der Umsetzung anzufangen. Wir hoffen, dass viele den Mut haben, endlich auch dicke Bretter zu bohren. Hierzu wünschen wir „good luck!“

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Boris Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Auf die Kollegen und die Kollegin ist Verlass; sie haben mir die Inhaltsangabe abgenommen. Ich kann gleich zu Vergnüglicherem übergehen. Über ein 120-Seiten-Werk in diesem Auditorium zu referieren, ist ja nicht vergnüglich.

Schade, dass der Herr Wirtschaftsminister gerade nicht unter uns weilt. Ich habe einen so schönen Zeitungsausschnitt für ihn herausgesucht. Unter der Überschrift „Dörings Afrikareise geplatzt“ lese ich in der „Stuttgarter Zeitung“:

Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP/DVP) hat schon zu manchem Höhenflug angesetzt. Jetzt ist er am Boden geblieben. Der Abflug einer Lufthansa-Maschine hatte sich in Echterdingen wegen einer technischen Panne so lange verzögert, dass Döring den Weiterflug nach Johannesburg verpasst hat.

Interessanterweise findet sich im EU-Weißbuch für Verkehr eine sinnvolle Antwort; Herr Döring hätte es lesen sollen. Dort steht nämlich:

Flug und Zug ergänzen sich. Eine innovative Art, die Intermodalität der Reisenden zu fördern, wurde in Deutschland verwirklicht.

Man muss genauer sein: in Baden-Württemberg.

(Abg. Blenke CDU: Hätte er mit dem Zug nach Südafrika fahren sollen?)

Die Lufthansa hat mit der Deutschen Bahn AG vereinbart, zwischen Stuttgart und Frankfurt Züge als Zu- und Abbringer von Flügen ab und nach Frankfurt zu nutzen.

Ich stelle fest: In Brüssel weiß man über die Verkehrsbedingungen besser Bescheid als in Stuttgart, jedenfalls besser als im Wirtschaftsministerium. Man sollte Herrn Döring einmal sagen, was bei uns Sache ist.

(Boris Palmer)

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So kurzfristig hätte das nicht mehr geklappt!)

– Er wäre pünktlich gewesen mit dem Zug.

Insgesamt kann man feststellen, dass im Weißbuch viele gute Hinweise für unsere Landesregierung zu finden sind, nicht nur für Herrn Döring. Ich nenne, Herr Müller, das Beispiel der Start- und Landegebühren. Die EU fordert alle Mitgliedsstaaten auf, diese endlich deutlich zu erhöhen. Sie sind aber noch nicht einmal in der Lage, die Zuschüsse für den Flughafen zu streichen; jedes Jahr werden 50 Millionen DM an Schuldendiensthilfe ausgezahlt.

Zweites Beispiel: Da fehlt auch Herr Döring. Er ist im letzten Jahr ziemlich oft an Tankstellen vorbeigegangen und hat Benzingutscheine verteilt. Damals war der Spritpreis noch etwas höher als heute. Auch hierzu gibt die EU uns gute Hinweise. Sie sagt:

Die überhasteten Maßnahmen zur Steuerentlastung, die in einigen Mitgliedsstaaten ergriffen wurden, um den Unmut der Verkehrsunternehmer nach dem starken Anstieg der Preise für Dieselmotorkraftstoff im September 2000 zu besänftigen, sind keine langfristigen Lösungen. Es besteht die Gefahr, dass sie die anderen Verkehrsträger benachteiligen, indem der Wettbewerbsvorteil des Straßengüterverkehrs weiter wächst. Diese Maßnahmen könnten eventuell als versteckte Subventionen ausgelegt werden und zu einem späteren Zeitpunkt den Berufsstand destabilisieren, da die Preise im Straßengüterverkehr nicht die realen Kosten widerspiegeln.

Sie haben gegen die Ökosteuer polemisiert, Sie sind ständig gegen eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik zu Felde gezogen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die EU sagt Ihnen, was Ihr Populismus eigentlich wert ist: rein gar nichts.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das geht doch in die Rente rein! Das wird doch gar nicht für Öko verwendet!)

– Ach, Sie wissen immer noch nicht, wie die Ökosteuer funktioniert? Das erklären wir Ihnen in einem Zwiesgespräch.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir wissen, wie sie nicht funktioniert!)

– Wir wissen, wie sie funktioniert. Sie nützt der Umwelt und senkt den Rentenbeitrag.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Scheuermann)

Wenn Sie mir dieses Stichwort geben: um 1,2 Prozentpunkte abgesenkt von 20,3 % auf 19,1 %. Sie können noch immer nicht das kleine Einmaleins, Herr Kollege. Das ist weniger.

(Unruhe bei der CDU)

– Ich habe gewusst, dass es hier wieder laut wird. – Jetzt erkläre ich Ihnen noch, dass die Ökosteuer tatsächlich Sinn macht. Denn die EU schreibt ausdrücklich, es sei richtig, die Kosten des Straßenverkehrs zu erhöhen und damit die Kosten der Arbeit – zum Beispiel durch Absenkung der Steuerbelastung auf Arbeit – zu senken. Das können Sie auch in diesem Weißbuch nachlesen, Herr Kollege.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Der Herr Kollege Müller allerdings geht ganz anders vor. Während die Bundesregierung den Forderungen der EU entspricht und als Vorreiter in der EU eine Lkw-Maut einführt, beschäftigt er sich damit, sie wieder zu durchlöchern und so eine Art Schweizer Käse daraus zu machen, indem er immer wieder vorschlägt, man möge doch auf den ersten 50 km oder auf besonders kritischen Abschnitten keine Maut erheben. Gerade das Gegenteil dessen ist notwendig: Wir müssen dafür sorgen, dass sie auf allen Straßen erhoben werden kann wie in der Schweiz, die als Vorbild gilt, und die Mittel – auch das regt die EU an; das haben wir als Grüne durchgesetzt – zu einem Großteil – zur Hälfte – für Schiene und Wasserstraße verwendet werden. Das ist ein echter grüner Erfolg bei der Lkw-Maut. Auch das fordert die EU von uns.

(Lachen bei der CDU)

– Glauben Sie es immer noch nicht? 50 % für Schiene und Wasserstraße!

Bei der Schiene sollten Sie auch vorsichtig sein, Herr Kollege. Sie haben es geschafft, die Bahn von 1994 bis 1998 so weit herunterzuwirtschaften, dass sie nicht einmal mehr in der Lage ist, das Geld, das wir ihr jetzt zur Verfügung stellen, zu verbauen. Das ist das Werk Ihrer Bundesregierung. Bei der Schiene sollten Sie also zurückhaltend sein.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben mir ein gutes Stichwort gegeben, Herr Hillebrand: Sie haben von einem Grünbuch gesprochen. In der Tat, Grünbücher sind Entwürfe, aber hier zeigt sich, dass auch Weißbücher Grünbücher sein können. Dieses Buch ist grüne Politik pur.

Die Zeit schreitet voran; ich fasse mich kurz. Die Wiederbelebung des Schienenverkehrs, die These, dass der Straßenbau die Probleme nicht löst, und drittens die Kostenwahrheit für die Benutzer, das alles wird in diesem Weißbuch konkret durchbuchstabiert. Das ist grüne Politik pur. Wir fühlen uns hiermit in unserer Verkehrspolitik, die wir Ihnen seit 20 Jahren abverlangen wollen, vollständig bestätigt.

Ich komme zum Schluss.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Jawohl, sehr gut! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die beste Nachricht des Tages!)

– Die beste Nachricht des Tages? – Sie haben irgendwie doch Angst vor Europa. Immer dann, wenn es konkret wird, rufen Sie nach dem Subsidiaritätsprinzip und kritisieren, dass die Ziele zu mutig, zu ehrgeizig seien. Dabei haben Sie gar nicht richtig nachgelesen. Dort werden nur Zie-

(Boris Palmer)

le zitiert; die Verdoppelung, die hier angesprochen wird, ist gar nicht Ziel der Europäischen Union.

Sie haben immer Mut, wenn es um Straßenbau geht. Dann sind Sie der baden-württembergische Löwe: 422 Projekte melden Sie beim Bund für den Bundesverkehrswegeplan an. Wenn es um die Schiene geht, haben Sie den Mut eines hohenlohischen Zwergkaninchens

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Keine Beleidigung von Hohenlohe!)

und können gerade noch neun Projekte anmelden.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Reden Sie sich nicht immer heraus, tun Sie das, was Ihnen in Ihrer Kompetenz möglich ist, um die richtigen Ziele und Forderungen dieses EU-Weißbuchs in naher Zukunft zu verwirklichen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Scheuermann CDU: Tosender Beifall!)

– Von Ihnen habe ich keinen erwartet.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

(Unruhe)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kenne das hohenlohische Zwergkaninchen nicht, Herr Kollege Palmer, obwohl ich in Schwäbisch Hall geboren bin.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es heißt Walter! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist wahrscheinlich ein Genprodukt!)

Falls es aber so sein sollte, dass dieses Kaninchen tatsächlich besonders furchtsam ist, dann muss ich sagen, dass sich die Bundesregierung vor unseren Wünschen im Schienenverkehr eigentlich nicht fürchten müsste.

Das Problem ist, dass diese neun Projekte so viel kosten wie die Vorhaben im Straßenbau. Die Erweiterung um ein drittes und viertes Gleis am Oberrhein ist ein 6-Milliarden-DM-Projekt; Stuttgart – Ulm ist ein 8-Milliarden-DM-Projekt, zusammen mit Stuttgart 21. Schon mit diesen zwei Projekten sind wir bei 14 Milliarden DM. Dafür kann man relativ viele Straßen bauen. Mit den anderen Projekten ist es genauso.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich würde mich freuen, wenn unsere Wünsche im Schienenverkehr befriedigt würden. Dafür können wir uns gerne Seite an Seite bei der Bundesregierung einsetzen.

Meine Damen und Herren, wir wollen in aller Kürze über dieses europäische Weißbuch sprechen, das eine gewisse Aktualität hat, weil es Ende dieses Jahres sowohl in Bundesrat als auch im EU-Rat Verkehr besprochen und behandelt werden soll.

Mir ist eines aufgefallen: Was die Zielsetzungen anbelangt, berufen sich alle darauf, dass sie schon immer das gesagt hätten, was in diesem Weißbuch steht. In gewisser Weise stimmt das, weil sich jeder natürlich den passenden Teil herausucht. Die Bundesregierung behauptet das von sich, das könnten wir mit Blick auf den Generalverkehrsplan auch sagen. Die Grünen sagen, das sei alles ein Beleg für das, was sie schon immer gefordert hätten. Bis zu einem gewissen Punkt stimmt das. Das stimmt mich aber skeptisch; denn Ziele, auf die sich alle berufen, sind vielleicht so abstrakt, dass sie zum Schluss nichts mehr hergeben. Das könnte das Problem bei dieser Geschichte sein. Im Übrigen findet vielleicht auch eine etwas einseitige, selektive Wahrnehmung statt: Man liest halt gerade das heraus, was einen besonders interessiert.

Ich nenne einmal ein paar Ziele, die gut klingen und die sich gut lesen. Wenn man aber die Realität anschaut, muss man sagen, dass wir davon natürlich weit entfernt sind. Man kann die Ziele trotzdem formulieren: Allmähliche Entkopplung des Verkehrswachstums vom Wirtschaftswachstum – prima. Allmähliche Entkopplung des Wachstums der Verkehrsleistungen von den Fahrleistungen – prima. Stabilisierung des Straßenverkehrsanteils – alles wunderschön. Nur ging die Entwicklung in den letzten 10, 20, 30 Jahren in allen Ländern dieser Erde, natürlich auch in Europa, Deutschland und Baden-Württemberg, genau in die andere Richtung.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: So ist es!)

Insofern muss man ein bisschen aufpassen, wenn man solche Ziele formuliert.

Halbierung der Zahl der Verkehrstoten – einverstanden. In der Bundesrepublik haben wir das übrigens schon erreicht, aber wir sollten mit dem Halbieren fortfahren; denn in der Verkehrssicherheit können wir gar nicht mutig genug sein.

So ehrgeizig die Ziele sind, so problematisch sind die Instrumente. Das sieht man, wenn man in das Weißbuch schaut, und das sieht man, wenn man sich überlegt: Verkehrspolitik ist immer noch in einem hohen Maße eine nationale, eine regionale und eine lokale Angelegenheit. Jeder von uns kennt die lokalen Verkehrsthemen, Verkehrsprobleme, Verkehrsprojekte und Verkehrskonflikte. Daher bin ich etwas skeptisch, ob die Harmonisierung auf europäischer Ebene gelingt. Im Übrigen: Für die meisten Menschen ist Verkehrspolitik immer noch ganz simpel Infrastrukturpolitik. Das heißt, es geht um Geld. Solange die Geldfrage nicht geklärt ist, kann ich mir natürlich vieles sparen und vieles schenken, was ich an Zielen formuliere.

Das waren jetzt relativ kritische Bemerkungen. Nichtsdestoweniger ist es gut, dass es dieses Weißbuch gibt, unter anderem übrigens deswegen, weil es eine bemerkenswerte Auflistung von Defiziten und von Problemen bietet.

Das ist übrigens ein Werk, das mit einer gewissen feinen Ironie geschrieben ist. Ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist. Da heißt es beispielsweise: Der durchschnittliche europäische Güterverkehrszug hat das gleiche Tempo wie ein Eisbrecher in der Ostsee – vorausgesetzt, sie ist vereist –, nämlich 18 Stundenkilometer. Oder an einer anderen

(Minister Müller)

Stelle heißt es: Das Möbelhaus IKEA will in den Schienen- und Güterverkehr einsteigen, und es hätte alle Chancen, zum größten Schienengüterverkehrsunternehmen Europas zu werden, wenn es den Schienengüterverkehrsanteil so erhöhen würde, wie es das vorhat. Es werden die Unterschiede in den einzelnen Eisenbahngesellschaften beschrieben usw. Ich finde es gut, wenn man eine Analyse der Probleme macht. Dann weiß man auch, wo man anzusetzen hat.

Was die Instrumente anbelangt: Nehmen wir einmal das heikle Instrument der Abgabenpolitik: Verkehr finanziert Verkehr, bzw. die Verkehrsnutzer sollen in irgendeiner Weise zur Infrastrukturfinanzierung, zur Bezahlung der Straße oder der Schiene beitragen – pauschal ein ganz interessanter Gedanke. Ich komme an sich immer noch von einer anderen Grundüberlegung her: Verkehrsinfrastruktur ist ein öffentliches Gut und soll deswegen durch öffentliche Mittel, sprich durch Steuern, finanziert werden. Wenn man nämlich genauer hinschaut, dann stellt man sehr schnell fest: Da beginnt es mit den Tücken.

Da heißt es zunächst einmal: europäische Grundsätze der Tarifierung für Infrastrukturnutzung. Das ist dann gut, wenn man darunter Harmonisierung der verschiedenen Bedingungen in Europa versteht. Das ist sehr sinnvoll. Wir vonseiten der Europäischen Union warten darauf – übrigens wartet auch die Bundesregierung darauf –, dass wir zu einer Harmonisierung der Anlastung von entsprechenden Straßengebühren und den sonstigen Kosten, denen der gewerbliche Verkehr ausgesetzt ist, kommen. Nur: In Deutschland will kein Mensch – ich weiß nicht, wie es bei den Grünen aussieht, da möglicherweise schon –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sind wir keine Menschen?)

– Deswegen mache ich eine Einschränkung; ich habe es noch rechtzeitig gemerkt.

(Beifall der Abg. Dr. Lasotta und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

CDU, SPD und FDP wollen jedenfalls beispielsweise die Infrastrukturnutzung durch den Pkw nicht. Ich weiß nicht, ob das die Grünen wollen; das kann ich jetzt nicht überblicken. Aber wenn man sich jetzt hinstellt und sagt: „Wir wollen, dass in Zukunft der Verkehrsnutzer die Straßen bezahlt“, und dann feststellt, dass die politischen Kräfte, die 90 bis 95 % – wir nähern uns langsam den 95 % – des politischen Spektrums in der Bundesrepublik abdecken, genau das nicht wollen,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

dann ist es natürlich schon ganz witzig, wenn man sagt, die Europäische Union wolle das, und alle das dann gut finden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Alaufstieg!)

Anlastung von Wegekosten und externen Kosten: Das klingt pauschal gut.

Querfinanzierung umweltfreundlicher Verkehrsträger durch Abgaben des Straßengüterverkehrs: Das ist ja das, was wir bei der Lkw-Autobahnmaut nun bekommen wer-

den. Die Bundesregierung hat gesagt, die Maut solle nicht nur in den Straßenbau gehen. Wir haben im Unterschied zu manch anderen Ländern gesagt: Jawohl, es soll nicht nur in den Straßenbau gehen. Das halten wir für völlig richtig. Aber wir haben auch dazu gesagt, und da kann man sich jetzt nicht auf die Europäische Union berufen: Wenn man eine Abgabe einführt, dann muss sie zu 100 % der Verkehrsfinanzierung dienen. Davon darf nicht etwas an den Bundesfinanzminister abgeführt werden. Das wäre eben der Fehler.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Im Luftverkehr Einführung der Kerosinsteuer: Ich würde sie wirklich auf europäischer Ebene einführen, nicht auf weltweiter Ebene; sonst müssen wir da ewig warten. Das ist sicher eine gute Sache.

So viel einmal bloß zum Geld. In dem Moment, wenn es konkret wird, wenn man von Mark und Pfennig spricht und davon, wer es zahlen soll und wofür er es zahlen soll, fangen natürlich die Streitfragen an. Ich bin mir ziemlich sicher: Ob das Weißbuch so oder so aussieht, die Diskussion wird in Deutschland unabhängig von der Weißbuch-Diskussion geführt werden.

Transeuropäische Netze: eine gute Sache. Es freut mich vor allem, dass da in der Tat die Strecke Paris – Stuttgart – Wien jetzt mit aufgenommen ist. Man kann die Bundesregierung nur herzlich bitten, dass sie die Projekte, die als transeuropäische anerkannt worden sind, tatsächlich auch bei der Europäischen Union anmeldet und wir dann Geld für diese Projekte bekommen. Denn wenn das in dem Buch drinsteht, dann ist es ganz nett. Aber wenn uns die Chance geboten wird, dass das auch mitfinanziert wird – übrigens mit einem erhöhten Anteil: früher 10 %, jetzt 20 %; bei einem Milliardenvolumen ist das ja schon etwas –,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

dann kann ich nur sagen: Liebe Bundesregierung, tu das! Wir haben übrigens bei den Bundesfernstraßen, die auch zu den transeuropäischen Netzen gehören, dasselbe von der Bundesregierung gefordert. Ich habe noch nie eine Antwort vonseiten des Bundesverkehrsministeriums bekommen.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wer sich also über die transeuropäischen Netze freut, der sollte auch etwas dazu beitragen, dass wir davon profitieren. Das liegt beim Bund. Es liegt leider nicht beim Land. Wir haben den Bund dazu aufgefordert.

Skeptisch bin ich bei anderen Maßnahmen, die zur Umsetzung dieser Ziele angeboten werden. Ich nenne einmal die getrennten Netze für den Güter- und den Personenverkehr im Schienenbereich. Wir wären froh, wenn wir die Gesamtkapazität insgesamt erhöhen könnten.

Oder: Der Güterverkehr soll zu bestimmten Tageszeiten Vorrang gegenüber anderen Verkehrsträgern auf der Schiene haben, also gegenüber Nahverkehr und Personenfernverkehr. Das halte ich schon für ziemlich problematisch.

(Minister Müller)

Oder auch die Einrichtung von Hochgeschwindigkeitsseewegen. Das sind schon bemerkenswerte Instrumente. Ich weiß nicht, wie das realisiert werden soll.

Bezüglich des ÖPNV sind wir der Auffassung, dass das Subsidiaritätsprinzip erhalten bleiben muss. Ich glaube, dass wir in Sachen ÖPNV im europäischen Maßstab relativ viel vorzuweisen haben. Wir müssen aufpassen, dass das Subsidiaritätsprinzip im Zuge der Liberalisierung und der Wettbewerbsverschärfung in den einzelnen Ländern erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren, ich will schon zum Ende kommen und möchte einfach sagen – das haben ja auch alle Redner gesagt –: Zum Schluss geht es dann um die Realisierung auf der nationalen Ebene. Hier ist natürlich in erster Linie die Bundesregierung gefordert, beispielsweise gerade wenn es ums Geld geht. Die Verkehrsminister sämtlicher 16 Bundesländer fordern beispielsweise gerade für die Schiene und die Binnenschifffahrt zusätzlich 3 Milliarden DM, die bislang nicht zur Verfügung stehen. Hier besteht also die Möglichkeit, zu handeln. Ich hoffe, dass das nicht nur Papier bleibt, sondern dass dieses Weißbuch auch Anlass dazu gibt, dass wir wirklich zu einer Wende in der Verkehrspolitik kommen. Das bedeutet nicht, dass wir nicht auch sehr viel Geld für den Straßenbau ausgeben müssen.

Die Bundesregierung hat gesagt, sie sehe der Diskussion über das Weißbuch mit großem Interesse entgegen. Das ist eine Einschätzung, der ich ohne weiteres zustimmen kann. Ich kann nur sagen: Wir haben selbst in Richtung der Ziele des europäischen Weißbuchs in der Landesverkehrspolitik – ob beim ÖPNV oder an der Schnittstelle zwischen Umwelt und Verkehr – schon Maßgebliches in die Wege geleitet, übrigens auch auf europäischer Ebene. Dabei denke ich allein daran, was wir zur Verbesserung der Kraftstoffqualität zunächst einmal in Baden-Württemberg entwickelt haben, auf europäischer Ebene mit unserer Intervention realisieren konnten, und was dann schließlich auch auf Bundesebene umgesetzt worden ist. Das heißt, wir handeln.

Ich hoffe, dass wir aus dem europäischen Weißbuch insgesamt Erkenntnisse für die Verkehrspolitik gewinnen, die uns motivieren, in der Richtung weiterzugehen, die die Landesregierung schon seit Jahren beschreitet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt, von der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 28. September 2001, Drucksache 13/285, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Hubert Harter, Freiburg, vom 26. März 2001 – Drucksache 13/404

Berichterstatter: Abg. Bebbler

b) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Heinz Zentler, Heilbronn, vom 26. März 2001 – Drucksache 13/405

Berichterstatter: Abg. Bebbler

c) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch der Frau Brigitte Bochert und des Herrn Karl-Ulrich Bochert, Stuttgart, vom 4. April 2001 – Drucksache 13/406

Berichterstatter: Abg. Oelmayer

d) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Bernd Linke, Rottenburg a. N., vom 10. April 2001 – Drucksache 13/407

Berichterstatter: Abg. Theurer

e) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Martin Krenedics, Schwäbisch Hall, vom 20. April 2001 – Drucksache 13/408

Berichterstatter: Abg. Reichardt

f) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Hans-Joachim Zimmer, Kirchheim u. T., vom 23. April 2001 – Drucksache 13/409

Berichterstatter: Abg. Herrmann

g) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Günther W. Bosch, Tübingen, vom 24. April 2001 – Drucksache 13/410

Berichterstatter: Abg. Pauli

h) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Rodolfo Panetta, Horb, vom 26. April 2001 – Drucksache 13/411

Berichterstatter: Abg. Birzele

i) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Gerd-Josef Solleder, Bruchsal, vom 1. Mai 2001 – Drucksache 13/412

Berichterstatter: Abg. Birzele

k) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Prof. Dr.-Ing. Otto F. Hagen, Eggenstein-Leopoldshafen, vom 9. Mai 2001 – Drucksache 13/413

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhart

l) Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Hans Schieferstein, Stuttgart, vom 12. Mai 2001 – Drucksache 13/414

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhart

Das Präsidium hat für die Aussprache über die Beschlussempfehlungen des Wahlprüfungsausschusses unter den

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Buchstaben a bis l eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

(Abg. Dr. Reinhart CDU trinkt aus dem bereitgestellten Wasserglas. – Abg. Rech CDU: Er hat doch noch gar nichts gemacht! Und jetzt trinkt er schon! – Heiterkeit – Abg. Döpper CDU: Ist das Pantomime? – Abg. Blenke CDU: Das wird alles auf die Redezeit angerechnet! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das Wort wurde erteilt, Herr Kollege!)

Abg. Dr. Reinhart CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir befassen uns heute unter diesem Tagesordnungspunkt mit den Einsprüchen zur Landtagswahl. Der Wahlprüfungsausschuss hat dreimal getagt.

(Abg. Döpper CDU: Oh!)

Nach der Konstituierung haben wir in der zweiten Sitzung bereits zehn von elf Einsprüchen als unzulässig oder wegen offensichtlicher Unbegründetheit zurückgewiesen.

Wir hatten dann eine dritte Sitzung mit einer mündlichen Erörterung und Verhandlung. Dabei ging es um den Einspruch des Herrn Professor Hagena, der sich im Wesentlichen auf rechtliche Fragen zum Landtagswahlgesetz bezog. Er rügte zum Ersten, dass wir das Verfahren nach d'Hondt anwenden, zum Zweiten, dass wir diese Auszählung in vier Regierungsbezirken durchführen, und seine dritte Einlassung ist, dass nach seiner Meinung der Regierungsbezirk Nordwürttemberg als größter Regierungsbezirk überproportional bei den Mandaten vertreten ist. Das sind also seine drei wesentlichen Einwände.

Meine Damen und Herren, ich will das Ergebnis unserer Beratungen vorwegnehmen. Der Wahlprüfungsausschuss hat mit der Mehrheit seiner Mitglieder diesen Einspruch zurückgewiesen. Im Wesentlichen ergibt sich das bereits daraus, dass der Wahlprüfungsausschuss die Verfassungsmäßigkeit und Rechtsgültigkeit des Wahlgesetzes nicht nachprüfen kann. Um diese Frage ging es aber bei den Einwänden. Das sind gesetzliche Regelungen, die das Parlament zu beschließen hat. Eine Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit obliegt dem Staatsgerichtshof.

Erst nach der heutigen Entscheidung des Landtags wird Herr Hagena diese Fragen vor dem Staatsgerichtshof klären lassen können. Das will er auch tun, und dafür wird heute der Weg eröffnet. Deshalb will ich Sie an dieser Stelle bewusst bitten, uns zu unterstützen und aus den eben genannten rechtlichen Gründen den Einspruch zurückzuweisen.

Vor einer Stunde ist ein Entschließungsantrag der SPD eingegangen, in dem gefordert wird, eine Kommission aus Vertretern aller Fraktionen einzusetzen, die Vorschläge für eine Novellierung des Landtagswahlrechts unterbreiten soll.

(Abg. Herrmann CDU: Alter Hut!)

Dieser Antrag wurde schon im Wahlprüfungsausschuss zur Abstimmung gestellt. Dort haben wir diesen Antrag abgelehnt. Ich will aber, Herr Kollege Birzele, einen Verfah-

rensvorschlag unterbreiten. Bevor wir über diesen Antrag eine Kampfabstimmung herbeiführen, sollten wir ihn an den zuständigen Ausschuss verweisen und, damit verbunden, das Urteil des Staatsgerichtshofs abwarten. Auf der Basis der Erkenntnisse des Staatsgerichtshofs sollten wir dann darüber beraten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr vernünftiger Vorschlag!)

Das wäre sicherlich sachdienlich und würde allen entgegenkommen. Das ist auch mein Antrag zu diesem Entschließungsantrag.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Vernünftig!)

– Und es ist vernünftig. Vielen Dank, Herr Kollege Pfister.

Ich verstehe die Anliegen, den Zuspruch und das Lob der FDP/DVP. Mit diesem Lob sind wir ohnehin unbegrenzt belastbar.

(Heiterkeit des Abg. Pfister FDP/DVP)

Aber auch in der Sache haben wir natürlich Verständnis, Herr Kollege Pfister, denn wir wollen ein Wahlrecht auf der Basis von Recht und Gesetz. Das haben wir, und ich wage die Prognose, dass der Staatsgerichtshof erneut entscheiden wird wie im Jahr 1990. Damals hat er sich schon einmal mit unserem Landtagswahlrecht befasst, und er hat in seinen Entscheidungen im Februar und Dezember 1990 dieses Wahlrecht für verfassungsgemäß erachtet.

Es geht bei dem Einwand auch um den Erfolgswert der Stimmen. Dazu ist zu sagen: Erstens muss man sehen, dass immer Reststimmen unberücksichtigt bleiben, bei jedem Wahlverfahren. Zweitens haben wir kein reines Verhältniswahlrecht, sondern ein Mischwahlrecht, aus dem sich die Zusammensetzung dieses Landtags durch Sie als Abgeordnete ergibt. Darin sind Elemente des Verhältnis-, aber auch des Persönlichkeitswahlrechts enthalten.

Das Dritte: Herr Hagena hätte gerne Hare/Niemeyer als Auszählungssystem.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich auch, Herr Kollege!)

– Ich verstehe Sie, Herr Pfister.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Dann machen wir es doch!)

Aber nicht immer ist der Wunsch im Leben auch realisierbar; das ist so. Deshalb will ich Ihnen sagen: Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren ein zulässiges System darstellt.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Das wissen Sie. Es ist auch zulässig, auf der Ebene der Regierungsbezirke auszuzählen.

Jetzt will ich ein Letztes sagen, weil dabei so sehr auf den Regierungsbezirk Nordwürttemberg abgestellt wird. Das hängt natürlich mit einem Faktor zusammen, den der Gesetzgeber nie beeinflussen kann, nämlich mit der Frage,

(Dr. Reinhart)

was der Wähler macht. Das werden Sie nie gesetzlich regeln können.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das wäre ja noch schöner!)

Wenn sich die Wähler anders verhalten, gibt es andere Ergebnisse. Das ist auch ein wesentlicher Grund dafür, dass wir in den Regierungsbezirken eine unterschiedliche Zahl von Mandaten haben.

Im Übrigen sind diese Abgrenzungen zulässig; sie sind historisch gewachsen – so sagt auch der Staatsgerichtshof.

Ich will bewusst hinzufügen: Es gibt immer ungleiche Erfolgswerte. Es geht um die Frage des Umfangs des rechtfertigenden Grundes. Wir haben vorhin über Europa gesprochen. Denken Sie einmal an das Europaparlament. Dort verfügt ein Abgeordneter, der aus Luxemburg kommt, über eine viel, viel geringere Stimmenzahl, was den Erfolgswert seiner Entsendung angeht, als ein Abgeordneter, der beispielsweise von Deutschland entsandt wird. Oder denken Sie an die unechte Teilortswahl. Auch dort haben wir sehr häufig eine unterschiedliche Zahl von Stimmen, die den jeweiligen Abgeordneten entsenden.

Kurzum – ich will zum Schluss kommen –: Es geht um eine Frage der Rechtmäßigkeit. Wir von der CDU halten das geltende Wahlrecht für rechtmäßig, aber auch für zweckmäßig und verfassungsmäßig. Wir halten es darüber hinaus noch für gut. Dennoch wollen wir den Antrag in der vorgetragenen modifizierten Fassung unterstützen. Aber der Einspruch in der Sache ist aus Rechtmäßigkeitsgründen bereits heute abzulehnen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab einen kurzen Blick auf die Wahleinsprüche werfen. Sie sind sehr unterschiedlicher Natur. Teilweise wurden Dinge vorgetragen, die überhaupt nichts mit der Wahl zu tun hatten. Teilweise wurden auch Dinge vorgetragen, die zwar unmittelbar mit der Wahl zu tun hatten, aber im Sinne des Wahlprüfungsgesetzes nicht relevant waren.

Lassen Sie mich zwei nette Einsprüche herausgreifen.

Die Eheleute Bochert – der Einspruch Drucksache 13/406 – fühlten sich durch einen Brief des CDU-Bewerbers Dr. Palmer am Wahlsonntag in ihrer Wahlfreiheit unzulässig beeinflusst. Wir von der SPD haben Verständnis dafür, dass sie sich über den Inhalt des Briefs geärgert haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Aber die Wahlhandlung selbst ist dadurch leider nicht rechtswidrig geworden.

Ein anderer netter Einspruch – Drucksache 13/414 – kommt wiederum aus Stuttgart.

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

Herr Schieferstein beklagt sich darüber, dass er mit der SPD-Spitzenkandidatin nicht richtig in Kontakt habe kommen können

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU)

und dass ihn die SPD daran gehindert habe, CDU-Material bei einer SPD-Veranstaltung zu verteilen.

(Heiterkeit)

Auch insoweit kann ich nachvollziehen, dass sich Herr Schieferstein beeinträchtigt fühlt. Aber auch insoweit konnte dem Einspruch nicht abgeholfen werden.

Lassen Sie mich deshalb im Ergebnis sagen:

(Zurufe von der CDU)

Die Entscheidungen des Wahlprüfungsausschusses sind richtig. Nach dem Wahlprüfungsgesetz konnten wir nicht anders entscheiden.

Wir haben uns bei dem hier eigentlich zur Debatte stehenden Einspruch des Herrn Professor Hagen – Mitglied der FDP –, Drucksache 13/413, sehr sorgfältig mit der Problematik befasst, aber dem Wahleinspruch nicht abhelfen können, weil, wie Herr Dr. Reinhart zu Recht gesagt hat, das Wahlgesetz selbst beanstandet wird und dies im Wahlprüfungsausschuss nicht geprüft werden kann.

Ich will noch einmal kurz darauf hinweisen: Es wird ein unterschiedlicher Erfolgswert der Stimmen, eine Ungleichverteilung der Repräsentanz der Regierungsbezirke hier im Landtag beanstandet. Das liegt ja auf der Hand. Das sage ich insbesondere zu Baden insgesamt – Nordbaden, Südbaden –, aber auch zum Regierungsbezirk Südwürttemberg. Im Regierungsbezirk Nordwürttemberg hat die CDU vier Überhangmandate, die SPD zwei Ausgleichsmandate. Also gibt es sechs Mandate mehr, als diesem Teil der Wahlberechtigten zustehen würde. Ich habe Verständnis dafür, dass man dies in anderen Landesteilen nicht für akzeptabel hält. Ich hoffe, dass auch in der CDU der Unmut über eine solche Verteilung etwas wächst.

In diesem Zusammenhang ist von Herrn Hagen in unserer mündlichen Anhörung völlig zu Recht auch ausgeführt worden, dass man die Zahl der Überhangmandate wesentlich verkleinern, wenn nicht sogar ausschalten könnte, wenn man die Zahl der Direktmandate reduzieren würde, wenn also entweder ein Gleichstand herbeigeführt würde, wie er sonst üblich ist, also 60 : 60, oder wenn man – unser Vorschlag – auf 50 Wahlkreise, auf 50 Zweitmandate und eine kleine Landesliste mit 20 Mandaten gehen würde.

Professor Hagen hat dann zusätzlich noch das Auszählungsverfahren moniert.

Es gibt darüber hinaus noch Probleme – wir haben schon einmal darüber debattiert –: Erststimme, Zweitstimme. Die erheblichen Größenabweichungen sind aus meiner Sicht in jedem Fall zu reduzieren. Und es geht auch um die Fragestellung, ob die Zweitmandate nach relativen Stimmanteilen oder nach absoluten Stimmenzahlen verteilt werden sollen.

(Birzele)

Also, meine Damen und Herren, es gibt eine Vielzahl von Fragen, die es wert sind, in einer Kommission mit Sachverständigen erörtert zu werden, und die hoffentlich, wie es guter demokratischer Brauch wäre, auch einvernehmlich beantwortet werden können. Deshalb unser Antrag heute.

Zu Ihrem Verfahrensvorschlag, Herr Reinhart: Man merkt die Absicht und ist verstimmt. Was Sie vorschlagen, ist zu durchsichtig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Na, na!)

Denn die CDU sieht, wie Sie mit Ihrer Schlussbemerkung deutlich gemacht haben, überhaupt keinen Änderungsbedarf beim Landtagswahlrecht. Also heißt dies doch: Nur wenn der Staatsgerichtshof Teile des Wahlrechts für verfassungswidrig erklärt, sind Sie bereit, zu handeln. Dazu brauchen wir keinen Antrag einzubringen. Das müssen Sie dann sowieso machen. Also kann es doch jetzt nur einen vernünftigen Weg geben, nämlich die verschiedenen Modalitäten, die überprüft werden müssen, gemeinsam zu überprüfen und uns in einer gemeinsamen Kommission einvernehmlich auf eine Linie zu verständigen.

Herr Hagena hat eingangs seiner mündlichen Anhörung im Wahlprüfungsausschuss den ehemaligen Ministerpräsidenten Filbinger zitiert, der 1974 für die CDU in Anspruch genommen hat, sie wolle für sich durch dieses Wahlrecht keine Sondervorteile erzielen. Also, meine Damen und Herren, beherzigen Sie den Ausspruch von Ministerpräsident Filbinger,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Auf den würde ich mich gerade nicht beziehen!)

wollen Sie keine Sondervorteile für sich erzielen! Setzen Sie mit uns eine gemeinsame Kommission ein, damit wir gemeinsam vorankommen!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! In der 3. Sitzung des Wahlprüfungsausschusses fand die mündliche Verhandlung des Wahleinspruchs von Professor Dr. Otto F. Hagena statt. Professor Hagena hat anhand weniger Berechnungen schlüssig nachgewiesen, dass das derzeitige Landtagswahlrecht sowohl den Regional- als auch den Parteienproporz verletzt. Übersetzt heißt dies, dass das derzeit geltende Wahlrecht ungerecht ist und den Wählerwillen verzerrt, meine Damen und Herren.

(Abg. Oettinger CDU: Wie? Was?)

Die Berechnungen von Professor Hagena wurden in der Sitzung weder vom Landeswahlleiter noch vom Vertreter des Innenministeriums angezweifelt,

(Abg. Oettinger CDU: Wer ist Hagena?)

noch konnten sie mathematisch, Herr Kollege Oettinger, widerlegt werden. Allein aus formalen Gründen, meine Damen und Herren, konnte der Wahlprüfungsausschuss dem Einspruch von Professor Hagena nicht stattgeben. Die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit und der Rechtsgültigkeit des Wahlgesetzes steht nach den einschlägigen Landesgesetzen weder dem Wahlprüfungsausschuss noch dem Landtag zu. Aus diesen Gründen kann auch der Landtag dem Einspruch nicht stattgeben. Mit der heutigen Entscheidung ist für Professor Hagena der Weg für eine Klage vor dem Staatsgerichtshof frei.

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht verschweigen, dass mich die Ausführungen des Landeswahlleiters zum Inhalt des Einspruchs von Professor Hagena schon verwundert haben. Dabei wurden Bewertungen in der Sache vorgenommen. Dies wäre angesichts der formalen Unzuständigkeit des Wahlprüfungsausschusses an dieser Stelle überhaupt nicht erforderlich gewesen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es war deshalb auch unnötig, meine Damen und Herren. Dies möchte ich hier kritisch anmerken. Die Darstellungen waren zum Teil unvollständig, zum Teil unrichtig, aber in jedem Fall einseitig. Hinzu kommt, dass in der heute vorliegenden Landtagsdrucksache auch noch die Stellungnahme des Landeswahlleiters nicht richtig wiedergegeben worden ist. Deshalb möchte ich hier die andere Seite darstellen.

Die FDP/DVP ist der Auffassung, dass das Landtagswahlrecht von Baden-Württemberg tatsächlich ungerecht ist. Die viermalige Anwendung des Auszählungsverfahrens nach d'Hondt führt zu nicht tolerierbaren Verzerrungen des Wählerwillens, meine Damen und Herren. Es gibt also gute Gründe, das über 25 Jahre alte Wahlrecht zu reformieren. Alle anderen Bundesländer, selbst das hier in diesem Saal oft gelobte Nachbarland Bayern, haben mittlerweile gerechtere Wahlrechtssysteme eingeführt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt aber!)

Der Landtag von Baden-Württemberg wäre jederzeit in der Lage, ebenfalls ein gerechteres System einzuführen. Die Bereitschaft war jedoch nicht bei allen Fraktionen in gleichem Maß vorhanden.

(Heiterkeit)

Dies kann hier in aller Sachlichkeit festgestellt werden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wen meint er?)

Das hat die große Koalition nicht geschafft, Herr Kollege Fischer und Herr Kollege Birzele, und das hat diese Koalition jedenfalls bislang auch noch nicht geschafft, auch wenn man sich in der Koalitionsvereinbarung an sich eine Wahlrechtsreform vorgenommen hat.

Meine persönliche Hoffnung ist es, dass spätestens durch eine erfolgreiche Klage von Professor Hagena vor dem Staatsgerichtshof die Bereitschaft im Hause wächst, das Landtagswahlrecht auf eine moderne und gerechte Grundlage zu stellen, meine Damen und Herren. Schon heute,

(Theurer)

Herr Kollege Oettinger, appelliere ich an die CDU als größte Fraktion im Landtag,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das nützt nichts!)

die unerträglichen Verzerrungen und ungerechten Benachteiligungen ganzer Regionen Baden-Württembergs, vor allem Badens und Südwürttembergs, meine Damen und Herren,

(Zurufe: Oh! – Abg. Hauk CDU: Die Leute fühlen sich von mir gut vertreten!)

sowie der kleineren Parteien zu beseitigen. Dies wäre nicht nur eine Geste christlichen Großmuts, sondern nach unserer tiefen Überzeugung ein Gebot der verfassungsrechtlichen Chancengleichheit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Angesichts der Tatsache, dass uns, wie dargelegt, aus formalrechtlichen Gründen die Überprüfung des Wahlrechts gar nicht zusteht, stimmen wir schweren Herzens aus rein formalrechtlichen Gründen der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu, um damit den Weg für Professor Hagena für eine Klage vor dem Staatsgerichtshof frei zu machen, meine Damen und Herren.

Herr Kollege Birzele, wir sind nicht der Auffassung, dass alles und jedes aus dem Parlament und den dafür zuständigen Ausschüssen in Kommissionen verlagert werden soll. Deshalb sind wir der Auffassung – wir sind froh, dass sich die CDU-Fraktion unserer Auffassung angeschlossen hat –,

(Heiterkeit)

dass dieser Antrag in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden soll.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Pauli CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! Ausgezeichnet!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Der Redner stellt versehentlich das Rednerpult niedriger anstatt höher.)

– Au, das war verkehrt herum.

(Abg. Seimetz CDU: Nicht so hoch, sonst sieht man Sie nicht mehr!)

– Das reicht schon. Ich sehe nicht mehr so gut; sonst sehe ich mein Manuskript nicht.

Wir diskutieren jetzt zum zweiten Mal in dieser Wahlperiode über die Änderung des Landtagswahlrechts. Anlass der heutigen Diskussion im Parlament ist das Ergebnis des Wahlprüfungsverfahrens. Elf Bürgerinnen bzw. Bürger ha-

ben Einwände gegen die Landtagswahl vom 25. März 2001 schriftlich eingebracht,

(Abg. Oettinger CDU: Alles bekannt!)

manche ernsthaft, manche weniger ernsthaft, und im Zentrum stehen sicherlich,

(Abg. Pauli CDU: Wo sind die Grünen?)

Kollege Pauli, die Einwendungen, die das Mitglied der FDP, Herr Professor Hagena, an den Landtag gerichtet hat.

Ich räume ein – Herr Kollege Reinhart, als Berufskollege und Abgeordnetenkollege

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Doppelkollege!)

kann ich Ihnen an dieser Stelle nur Recht geben –, dass der Landtag aus formalen Gründen, weil sich die Einwendungen natürlich im Kern auf die Rechtswidrigkeit oder Verfassungswidrigkeit des Wahlgesetzes beziehen, diesen Einwendungen nicht stattgeben kann, weil das Wahlprüfungsgesetz dafür keine Grundlage bietet. Es sind im Kern ja Einwendungen, die – und das möchte ich doch noch einmal erwähnen – am 18. Juli in diesem hohen Hause im Rahmen einer Debatte über das Landtagswahlrecht eine Rolle spielten. Dies geschah auf der Grundlage eines Antrags der SPD, der forderte, eine Kommission – gebildet aus den Fraktionen und Sachverständigen dieses Hauses – einzusetzen, die die vorgebrachten Einwendungen und Vorschläge prüfen und diskutieren sollte.

Ich möchte einige wenige Einwendungen noch einmal nennen. Dazu zählt sicherlich, dass der Erfolgswert der einzelnen Stimmen im Regierungsbezirk Südwürttemberg im Vergleich zum Regierungsbezirk Stuttgart unterschiedlich ausfalle. Das steht außer Frage.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Des Weiteren geht es darum, worüber man in diesem Hause eigentlich auch Konsens erzielen müsste, dass man die Zahl der Direktmandate beschränken oder absenken sollte, um auf der anderen Seite dann die Problematik der Überhangmandate und der so genannten Aufblähung des Parlaments zu verhindern.

(Abg. Oettinger CDU: Noch acht! Wir sind doch kleiner geworden!)

– Insgesamt sind es acht bis zwölf Argumente, Kollege Oettinger, die gegen die derzeitige Fassung des Landtagswahlrechts vorgebracht wurden.

Kollege Oettinger, ich denke auch, dass es das höchste Gut eines Parlaments ist,

(Unruhe)

das ja seine Legitimation vom Souverän durch das Landtagswahlrecht ableitet, dass das Parlament dann, wenn Ein-

(Oelmayer)

wendungen vorgebracht werden – Herr Kollege Oettinger, über Koalitionsrason usw. usf. brauchen wir heute in diesem Hause nicht zu diskutieren.

(Abg. Oettinger CDU: Morgen! Morgen in Berlin, Kollege! – Unruhe)

Aber es gibt in diesem Parlament eine Mehrheit, die die Auffassung vertritt, dass das Landtagswahlrecht in seiner derzeitigen Fassung an verschiedenen Stellen überarbeitet werden müsste.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wenn das so ist, Herr Kollege Theurer, Herr Kollege Oettinger, dann wäre es ja auch nur folgerichtig, wenn das Parlament für sich beschließen würde, diese Änderungsvorschläge, die vorgebrachten Einwendungen, insbesondere von Professor Hagen, aber auch in diesem Hause, zum Beispiel in unserem Eckpunkteantrag zur Wahlrechtsreform, im Parlament zu diskutieren.

(Abg. Oettinger CDU: Sehr gut!)

Da bin ich im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Theurer, der Auffassung, dass auch dies zunächst eine Aufgabe des Parlaments darstellt und wir nicht das, was wir selbst erledigen können, an die Justiz delegieren sollten.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Im Ausschuss!)

Da meines Erachtens – und meine Fraktion ist einhellig dieser Meinung – die jetzt von der SPD beantragte Strukturkommission ja keine Beschlüsse fassen, sondern die vorgebrachten Einwendungen und Vorschläge diskutieren soll, stimmen wir dem Antrag der SPD, der diesem Hause schon wortgleich am 18. Juli dieses Jahres vorlag, zu.

Zu der von Ihnen, Kollege Reinhart, vorgeschlagenen Verschiebung über die Geschäftsordnung in die Ausschüsse: Dann sollten Sie doch so ehrlich sein und sagen, Sie wollten unter Bezug auf Ihren Beschluss vom 18. Juli in diesem Haus keine Änderung des Wahlrechts, Sie wollten nicht einmal eine Diskussion darüber. Das wäre eine ehrliche Haltung. Das wäre auch gerechter für diese Debatte, statt Diskussionen über eine geschäftsordnungsmäßige Verschiebung in Ausschüsse zu führen.

(Abg. Pauli CDU: Wir diskutieren immer gern!)

Wir tragen jedenfalls den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Einsetzung einer Strukturkommission zur Überprüfung des Wahlrechts in Baden-Württemberg mit, weil wir dazu ausreichend Anlass sehen.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Wir werden aus formalen Gründen, Kollege Oettinger, die Einsprüche gegen die Landtagswahl – und das wirkt sich auch für Sie positiv aus, weil dann die errungenen Mandate endgültig als bestätigt angesehen werden können – zurückweisen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über die Beschlussempfehlungen des Wahlprüfungsausschusses, Drucksachen 13/404 bis 13/414.

Ich rufe zunächst die Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Hubert Harter, Freiburg, vom 26. März 2001, Drucksache 13/404, auf. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung ist zugestimmt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Heinz Zentler, Heilbronn, vom 26. März 2001, Drucksache 13/405. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung ist zugestimmt.

Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch der Frau Brigitte Bochert und des Herrn Karl Ulrich Bochert, Stuttgart, vom 4. April 2001, Drucksache 13/406. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung ist bei einer Enthaltung zugestimmt.

Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Bernd Linke, Rottenburg a. N., vom 10. April 2001, Drucksache 13/407. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung ist bei einer Enthaltung zugestimmt.

Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Martin Krenedics, Schwäbisch Hall, vom 20. April 2001, Drucksache 13/408. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Hans-Joachim Zimmer, Kirchheim u. T., vom 23. April 2001, Drucksache 13/409. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Günther W. Bosch, Tübingen, vom 24. April 2001, Drucksache 13/410, auf. In diesem Wahlprüfungsverfahren sind Herr Abg. Hoffmann, Frau Abg. Netzhammer, Herr Abg. Dr. Repnik, Frau Abg. Haller-Haid und Herr Abg. Boris Palmer Beteiligte nach § 6 Abs. 1 des Landeswahlprüfungsgesetzes. Sie sind deshalb gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 des Landeswahlprüfungsgesetzes von der Mitwirkung an der Beschlussfassung ausgeschlossen. Ich stelle fest, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht anwesend sind bzw. sich an der Abstimmung nicht beteiligen.

Ich lasse jetzt über die Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Günther W. Bosch abstimmen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung ist zugestimmt.

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Rodolfo Panetta, Horb, vom 26. April 2001, Drucksache 13/411, auf. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmige Zustimmung.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Gerd-Josef Solleder, Bruchsal, vom 1. Mai 2001, Drucksache 13/412, auf. Hier ist Herr Abg. Rech als Beteiligter im Sinne des Wahlprüfungsgesetzes von der Mitwirkung ausgeschlossen. Ich stelle fest, dass Herr Rech nicht anwesend ist bzw. sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung ist zugestimmt.

Aufgerufen ist die Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Prof. Dr.-Ing. Otto F. Hagen, Eggenstein-Leopoldshafen, vom 9. Mai 2001, Drucksache 13/413, in Verbindung damit der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 13/450.

Zunächst lasse ich über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung ist bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Behandlung des Entschließungsantrags. Ich gehe davon aus, dass dazu die CDU-Fraktion einen Antrag stellen wird. Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, wir beantragen, den Entschließungsantrag dem zuständigen Ausschuss, dem Ständigen Ausschuss, zu überweisen.

(Abg. Birzele SPD: Er kommt wieder zurück!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Die CDU-Fraktion beantragt Überweisung an den Ständigen Ausschuss. Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war die Mehrheit. Dem Antrag auf Überweisung ist zugestimmt.

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zum Einspruch des Herrn Hans Schieferstein, Stuttgart, vom 12. Mai 2001, Drucksache 13/414, zur Abstimmung auf. Hier ist Frau Abg. Inge Utzt Beteiligte. Ich stelle fest, dass sich Frau Utzt an der Abstimmung nicht beteiligt.

Wir kommen zur Sachabstimmung über die Beschlussempfehlung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten, damit wir hier zügig vorankommen.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung ist zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Zustimmung der baden-württembergischen Landesre-

gierung zum Entwurf der neuen „Verordnung zum Schutz von Legehennen (Hennenhaltungsverordnung – HhVO)“ im Bundesrat – Drucksache 13/20

Dazu liegt Ihnen der Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/440, vor, den ich nach der Aussprache zur Abstimmung stellen werde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche draußen zu führen, damit wir hier in der Tagesordnung fortfahren können.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Frau Kollegin Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Ein kleiner Schritt für die Legehennen, aber ein großer Schritt für den Tierschutz und für den Verbraucherschutz“, so hat die zuständige Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, die mehrheitliche Zustimmung im Bundesrat zu ihrer neuen Legehennenhaltungsverordnung kommentiert.

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

In der Tat: Diese neue Verordnung stellt einen Meilenstein auf dem Weg zu einem humaneren Umgang mit landwirtschaftlichen Nutztieren dar.

(Beifall bei den Grünen)

Durch diese neue Verordnung wird die Käfigbatteriehaltung von Legehennen in Deutschland abgeschafft. In Zukunft wird es nur noch Bodenhaltung, Volierenhaltung und Freilandhaltung für Legehennen in Deutschland geben. Damit, meine Damen und Herren, werden die Forderungen von 90 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erfüllt, die lange gefordert haben, Legehennen in Deutschland endlich artgerecht zu halten.

An dieser Stelle möchte ich den Tierschutzorganisationen, den Naturschutzverbänden und ihren Mitgliedern, aber auch den Medien danken, die über viele Jahre hinweg die Bevölkerung für die tierquälerischen Produktionsbedingungen des Lebensmittels Ei sensibilisiert und darüber informiert haben. Sie haben das Bewusstsein dafür geschaffen, dass es eine nicht hinnehmbare Tierquälerei darstellt, Vögel – und dazu gehören die Haushühner – mit ihrem ganz spezifischen Verhaltensrepertoire lebenslang in einen engen Gitterkäfig mit einer Grundfläche von weniger als einem DIN-A-4-Blatt pro Huhn, nämlich mit einer Grundfläche von 450 Quadratzentimetern, zu sperren. Dafür haben die Medien und die Tierschutzorganisationen sensibilisiert und ein Bewusstsein geschaffen, und dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

(Beifall bei den Grünen)

Der politische Durchbruch zur Verordnung zur artgerechten Legehennenhaltung in Deutschland ist einzig und allein

(Renate Rastätter)

zwei grünen Ministerinnen zu verdanken: Bärbel Höhn, Umwelt- und Landwirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen, hat bereits im Jahr 1990 vor dem Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen die Käfighaltung erhoben, und das Bundesverfassungsgericht hat ihr 1999 Recht gegeben – ein Riesenerfolg –, und Renate Künast, unsere Bundeslandwirtschaftsministerin, setzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts jetzt konsequent um.

Ich sage an dieser Stelle, meine Damen und Herren: Welch ein Unterschied zwischen diesen beiden grünen Ministerinnen und allen ihren Vorgängern, egal, welcher politischen Couleur, die immer die Interessen der großen Ei-Erzeuger, der Agrarfabriken geschützt haben, aber nicht die Interessen der Tiere und auch nicht die Interessen der Verbraucher.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Nun zu Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister Stächele, und zum Abstimmungsverhalten der Landesregierung von Baden-Württemberg im Bundesrat. Ich halte Ihnen, Herr Minister Stächele, zugute, dass Sie gemeinsam mit Bayern im September dieses Jahres im Agrarausschuss des Bundesrats den Antrag der niedersächsischen Landesregierung, die Käfighaltung auch künftig in so genannten strukturierten Käfigen zuzulassen, abgelehnt haben.

(Abg. Rech CDU: Was?)

Dadurch wurde der Entwurf von Bundesministerin Künast in einem ersten Schritt gerettet – mit knappem Abstimmungsergebnis.

(Abg. Rech CDU: Hört, hört! – Zurufe der Abg. Dr. Lasotta CDU und Drautz FDP/DVP)

Aber – nun kommt zu dem Lob auch die Kritik – im Gegensatz zu Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister Stächele, hat das Land Niedersachsen in der entscheidenden Bundesratsabstimmung am 19. Oktober dieses Jahres dem Künast-Entwurf in unveränderter Form zugestimmt, während Sie die Verordnung abgelehnt haben, weil der Antrag der Länder Baden-Württemberg und Bayern auf Verlängerung der Übergangsfrist für die herkömmliche Käfighaltung um drei Jahre, nämlich bis zum Jahr 2009, keine Zustimmung fand.

Ich sage es ganz deutlich: Dieses Abstimmungsverhalten ist kein Ruhmesblatt für diese Landesregierung. Ich frage Sie: Sieht so der von Ministerpräsident Teufel immer wieder betonte hohe Stellenwert des Tierschutzes aus? Denn das Land Baden-Württemberg fordert, dass für einen Zeitraum von weiteren drei Jahren pro Jahr ca. 35 Millionen Legehennen in Käfigbatterien gehalten werden sollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was? Das ist ja unglaublich! – Abg. Teßmer SPD: Und dann sollen sie auch noch schwarze Eier legen!)

Ich rechne es der niedersächsischen Landesregierung hoch an, dass sie dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat. Sie wissen, dass in Niedersachsen der Druck der Lobby wesentlich höher ist als in Baden-Württemberg. Dort sitzen die großen Hühnerbarone.

(Zurufe der Abg. Dr. Lasotta und Rau CDU)

Ich erinnere an den Eierindustriellen Pohlmann, der seine Käfighühner mit Nikotin traktiert hat.

Sie wissen, dass in Niedersachsen in diesem Bereich ein ganz anderer wirtschaftlicher Druck vorhanden ist als in Baden-Württemberg. Bei uns im Land finden nur 6,6 % der bundesweiten Eiererzeugung statt, und die Betriebe sind in der Regel auch kleiner.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Mit dem Ausstieg aus der Käfighaltung von Legehennen nimmt die Bundesrepublik Deutschland EU-weit eine Vorreiterrolle ein.

(Abg. Dr. Birk CDU: Schokoladeneier!)

Selbstverständlich wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese höheren Standards des Tierschutzes auch europaweit umgesetzt werden.

(Abg. Fleischer CDU: Wie schneiden denn die Hähne ab?)

Es gibt Stimmen, die sagen, diese Verordnung wäre das Ende der Hennenhaltung bzw. der Eierproduktion in Deutschland, die Eiererzeugung würde in andere europäische Länder bzw. in osteuropäische Länder mit niedrigem Tierschutzniveau abwandern.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Pohlmann lässt grüßen!)

Aber die Geflügelwirtschaft in Niedersachsen hat eine Studie erstellen lassen, die besagt, dass voraussichtlich lediglich 5 % der Produzenten aus Deutschland abwandern würden. Diese Studie hat allerdings nicht berücksichtigt, dass dieser Wirtschaftszweig auf politischer Ebene durch flankierende Maßnahmen in der Bundesrepublik unterstützt wird, sodass dies nicht zu befürchten ist.

Das zeigt auch das Beispiel der Schweiz. Die Schweiz war weltweit das erste Land, das aus der Käfighaltung ausgestiegen ist. Seit 1992 gibt es in der Schweiz keine Käfighaltung mehr. Die Schweiz hat durch eine Werbe- und Imagekampagne erreicht, dass die Eiererzeugung dort nicht nur gehalten, sondern die Inlandsproduktion sogar gesteigert werden konnte. Das ist durch eine intensive Zusammenarbeit von Politik, Tierschutz, Handel, Erzeuger und Verbraucher erreicht worden. Genau dies ist der Weg, den wir auch in der Bundesrepublik Deutschland einschlagen wollen und einschlagen werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Es lebe das deutsche Ei!)

Das ist möglich, wenn hier Bund und Länder zusammenwirken. Deswegen liegt Ihnen heute der Antrag vor, dass die Landesregierung alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen soll, dass auch hier der Ausstieg aus der Käfighaltung erfolgreich durchgesetzt werden kann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Endlich glückliche Hühner!)

Dazu gehört zum Beispiel eine eindeutige Kennzeichnung der Eier, dazu gehört eine Image- und Werbekampagne.

(Abg. Alfred Haas CDU: Haben wir doch schon!)

(Renate Rastätter)

Dazu gehören eine gezielte Investitionsförderung für Stallumbauten, die Beratung der Landwirte

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo haben Sie denn die letzten Eier eingekauft, Frau Kollegin?)

und die Vorbildfunktion, die das Land selbst in seinen eigenen Einrichtungen übernimmt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Ausstieg aus der Käfighaltung beruht auf einem fairen Ausgleich zwischen den Interessen des Tierschutzes und den Interessen von Tierhaltern und Verbrauchern. Es liegt im Interesse des Landes Baden-Württemberg, dass für alle Betroffenen und Beteiligten dieser Ausstieg ein Erfolg wird und wir damit in Europa die Standards setzen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Gurr-Hirsch.

(Beifall bei der CDU)

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren! Vor kurzem waren meine Familie und ich in Martinsmoos. Das liegt im Wahlkreis Calw, Herr Blenke.

(Abg. Capezzuto SPD: In Deutschland!)

– In Deutschland, ja. Es ist ganz gut, wenn manche Leute ein bisschen Ortskenntnis haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Was meine Familie und mich faszinierte, war eine Gruppe von Hennen, die ungestört die Straße überquerte und sich dann im dörflichen Grün verlor und dort scharste.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Salomon GRÜNE und Capezzuto SPD – Abg. Wieser CDU: Nur in einem CDU-Land möglich!)

– Liebe Kollegen von der CDU, es ist schön, wie einfach man euch beglücken kann.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Wieser CDU: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

– Zwischenfragen sind bei Jungfernreden nicht erwünscht, Herr Kollege.

Wer ließe sich von so einem dörflich-idyllischen Bild nicht anheimeln, und wer von uns gäbe nicht etwas darum, täglich exklusiv sein Frühstücksei von einer solchen glücklichen Henne zu bekommen?

(Abg. Wieser CDU: Cholesterin!)

Leider, liebe Kollegen und Kolleginnen, wird dies für die übergroße Mehrheit unseres 81-Millionen-Volks ein Traum bleiben.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Vorbei sind die Zeiten der Selbstversorger, und die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung geschieht längst global, auch und gerade im Agrarbereich, im Ernährungsbereich. Lassen Sie uns doch, liebe Kollegen vor allem von den Grünen und von der SPD, nicht Traumbildern hinterherhinken, sondern der Realität ins Auge schauen. Dazu sind Politiker eigentlich verpflichtet.

In der Begründung des vorliegenden Antrags schreiben die Antragsteller, dass die Gesellschaft in ethischem Konsens Legehennenhaltung in Batteriekäfigen ablehne. Das ist sicher richtig; dem wird niemand widersprechen.

(Abg. Teßmer SPD: Sie wollen ja auch nicht in den Käfig!)

Dieser ethische Konsens, Herr Teßmer, spiegelt sich darin wider, dass wir den Tierschutz in unserer Verfassung in Baden-Württemberg verankert haben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Und was schließen Sie denn daraus?)

In aller Deutlichkeit hat Agrarminister Willi Stächele deswegen einen europaweiten Ausstieg aus der Legehennenbatteriehaltung zum Jahr 2009 angemahnt.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Was Stächeles Position jetzt von der der Bundesverbraucherministerin unterscheidet, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Abg. Capezzuto SPD: Sie kommt zu spät!)

ist der Realitätssinn.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ein politischer Offenbarungseid!)

Nicht nur Agrarminister Willi Stächele, sondern auch sein niedersächsischer Kollege Uwe Bartels – das hat ja Frau Rastätter erwähnt – und sein Kollege aus Mecklenburg-Vorpommern waren der Meinung, dass man mit dem Ausstiegsdatum 2009 in der Lage gewesen wäre, in etwa gleiche Produktionsbedingungen für die europäische Geflügelwirtschaft auszuhandeln.

(Abg. Teßmer SPD: Da lachen ja die Hühner! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Dies wäre womöglich WTO-weit denkbar gewesen. Dann hätte man die Erfahrungen, sehr verehrte Damen und Herren, der neuen Modelle der Gruppenhaltung, die eigentlich erst 2004 von der Europäischen Kommission bewertet werden, auch mit einbringen können. Warum sich jetzt diese beiden Landwirtschaftsminister von A-Ländern plötzlich Frau Künast gefügt haben, das bleibt ihr großes Geheimnis. Ich sage auf Schwäbisch: Vielleicht hend se irgend e Bombe kriegt!

(Abg. Teßmer SPD: Die haben die Hühner gefragt!)

Diese beiden Minister tragen auf jeden Fall Verantwortung dafür, dass die großen Geflügelhalter in ihren Ländern auf

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

dem europäischen Markt und auf dem Weltmarkt in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen werden. Viele von diesen Geflügelhaltern haben in der letzten Zeit sehr viel Geld in ihre Anlagen investiert. Viele von ihnen haben in so genannte ausgestaltete Käfige – Sie haben es vorhin „strukturierte Käfige“ genannt – investiert, die in der EU bis zum Jahr 2011 zugelassen sind. Sie haben also genehmigte Betriebe auf EU-Standard. Darauf werden sie sich berufen.

(Abg. Zeller SPD: Mit Fernsehen!)

Nicht wenige haben bereits gesagt, dass sie eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland in Erwägung ziehen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Dann sollen sie sie doch mal machen!)

Mit der Festlegung des Endes der Käfighaltung auf das Jahr 2006 wurde also die Chance vertan, einen Weg zwischen dem unbestritten notwendigen Tierschutz einerseits und der Vorbereitung der deutschen Geflügelwirtschaft auf den europäischen Wettbewerb andererseits zu finden.

Die Künast'sche Lösung, sehr geehrte Damen und Herren, ist kein wirklicher Fortschritt für den Tierschutz. Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass gerade das von Ihnen erwähnte Beispiel aus der Schweiz, das als Volieren-, Boden- oder Freilandhaltung angeführt werden kann, nicht ohne Probleme für die Tiere und für die Umwelt ist.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Hauk CDU)

Ich möchte nur die Stichworte zunehmende Salmonellen-erkrankungen, Kannibalismus und dann notwendiger Einsatz von Antibiotika anführen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Capezzuto SPD: Das wird jetzt schwer für den Minister!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Legehennen in Deutschland von der Batteriehaltung zu befreien bedeutet für uns als Eierimportland, das Deutschland ja de facto ist – wir haben nur eine Produktion von 40 Millionen Eiern am Tag –, dass wir Eier aus ausländischer Batteriehaltung importieren müssen. Das ist wahrlich nicht das Gelbe vom Ei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Damit werden zwar das Gewissen und der Bauch beruhigt, doch das ist pure Heuchelei. Ein nationaler Alleingang führt lediglich zu einer Verlagerung der Produktion ins Ausland.

(Beifall des Abg. Kiefl CDU)

Zudem wird der Import vermeintlicher Ökoeier zunehmen. Wie das Ei gelegt wurde, könnte eigentlich nur die Henne sagen.

(Abg. Capezzuto SPD: Nein, das ist nicht wahr!)

Aber Hennen reden nicht, sie gackern.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Mit diesem einseitigen Ausstieg der Deutschen aus der Käfighaltung wird die Tür für falsche Ökoeier zu einem – zu-gegeben attraktiven – Markt geöffnet.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie haben Probleme!)

Das Huhn, das goldene Eier legt, ist zwar noch nicht erfunden, aber eine Umetikettierung von ausländischen Batterie-eiern könnte dem gleichkommen. Zu gering ist die Möglichkeit, die Herkunft der Eier zu überprüfen. Dann tut sich ein Problem des Verbraucherschutzes auf, das Sie natürlich noch nicht angesprochen haben.

(Abg. Teßmer SPD: Redet die mehr als fünf Minuten?)

Das vermeintliche Freilandei ist also möglicherweise ein falscher Fuffziger, und deswegen sollte man den Verbraucher hierzulande davor schützen.

(Abg. Teßmer SPD: Noch eine Sonderregelung für Ostereier!)

Bleibt am Ende festzustellen: Dieser einseitige Ausstieg aus der konventionellen Hennenhaltung ist nur ein Pyrrhussieg für Deutschland. Auch im Tierschutz ist Deutschland – das sollten die Grünen endlich kapieren – keine Insel, genauso wenig wie auf anderen Politikfeldern, wie wir zurzeit bemerken.

Wir müssen es schaffen, sehr verehrte Damen und Herren, den Interessenausgleich zwischen Mensch, Tier und Umwelt in den Mittelpunkt unserer Agrar- und Tierschutzpolitik zu stellen und nicht in populären Aktionismus zu verfallen.

Als CDU-Fraktion lehnen wir deshalb diesen ideologisch überfrachteten Vorschlag ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Lasotta CDU – Abg. Blenke CDU: Wissen Sie, wo Martinsmoos ist?)

Abg. Birgit Kipfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Aufmerksamkeit sich die CDU-Fraktion der Hennenhaltungsverordnung zuwendet. Wenn ich daran denke, wie wenige von Ihnen bei der Atomenergiediskussion heute Vormittag anwesend waren, dann erkenne ich, wo Sie Ihre Gewichte setzen.

(Abg. Fleischer CDU: Da beginnt der Ausstieg gleich! – Abg. Wieser CDU: Ich habe nicht zu dem Thema gesprochen! – Allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie um mehr Ruhe bitten. Frau Abg. Kipfer hat das Wort!

Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist nett von Ihnen, Frau Präsidentin.

Wir haben vernommen, dass die Landesregierung im Bundesrat gegen die neue Verordnung gestimmt hat. Wir halten diese Haltung für unklug und für kurzsichtig. Die Landesregierung ist ja nicht die Einzige, die sich so verhält. Die Landesbauernverbände und auch die Geflügelzüchterverbände selber verharren in ähnlicher Fundamentalopposition wie die Landesregierung.

Unklug ist das, weil diese Entwicklung unumkehrbar ist trotz aller Hoffnung offenbar auf Ihrer Seite, vergeblicher Hoffnung, dass die Bundesregierung irgendwann wieder eine CDU-Regierung ist.

(Abg. Wieser CDU: Das kann eher sein, als Sie denken!)

Es ist auch unklug, weil die Gerichte an das Bundesverfassungsgerichtsurteil gebunden sein werden, das Sie kennen. Ich bin gespannt, wann die Geflügelzüchterverbände endlich klagen, was sie ja angedeutet haben, denn sie sprechen von Enteignung. Also sollen sie mal klagen. Wir sehen dem mit Gelassenheit entgegen.

Kurzsichtig ist diese Politik – und das ist noch viel gravierender –, weil sie der Geflügelwirtschaft in unserem Land die Chance nimmt, frühzeitig diesen Markt zu entwickeln und auszudehnen. Es liegt doch auf der Hand, dass solche Spitzenprodukte, wie es ökologisch erzeugte Eier ohne Käfighennhaltung sind,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ohne Huhn kein Ei!)

Herr Kollege, künftig vermehrt nachgefragt werden.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann und Dr. Caroli SPD)

Es kommt immer das Argument: Zwar wollen Verbraucher ethisch sauber hergestellte Eier essen, aber – und dann kommt immer wieder dasselbe – 80 % der Verbraucher würden sich dennoch für die billigen Eier entscheiden. Es ist aber eine Binsenweisheit, dass Verbraucherinnen und Verbraucher sich dann für ein hochpreisiges Produkt entscheiden, wenn sie sicher sind, dass diese Produkte auch die Eigenschaften haben, die man ihnen zuspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das geht nur durch Glaubwürdigkeit und durch Kennzeichnung.

Sie sind auch dann bereit, solche Produkte zu kaufen, wenn es Trendprodukte sind, wenn es sich herumspricht, dass man, wenn man vernünftig lebt, solche Eier konsumieren soll. Das ist eine soziale Komponente, die beim Konsumverhalten eine Rolle spielt und die die Werbeindustrie sehr wohl zu nutzen weiß. Ich denke, die Geflügelwirtschaft könnte werbemäßig ein ganzes Stück dazu tun, diese Bereitschaft bei den Verbrauchern zu erzeugen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Und was ist mit dem Cholesterin?)

Die Geflügelzüchter wissen das auch. Ich war – als Einzige aus diesem Hause – bei dem großen Ereignis des Verbandstags der Geflügelzüchter anwesend. Das war keine besonders angenehme Veranstaltung für mich; das können Sie sich denken. Da habe ich mit dem Vorsitzenden gesprochen. Er sagte: „Wir würden ja gern kennzeichnen. Wir würden unsere Eier ja gern auf andere Art und Weise erzeugen.“ Nur – Herr Minister, dazu erwarte ich eine Antwort von Ihnen –, es sei die Verpackungsindustrie,

(Abg. Fleischer CDU: Das ist ja unglaublich!)

die verhindere, dass auf den Eierkartons eine entsprechende Kennzeichnung stattfindet. Das war für mich in der Tat etwas Neues. Ich frage Sie, wie denn bei denjenigen Eiern, die unter dem Siegel des Herkunfts- und Qualitätszeichens Baden-Württemberg erzeugt werden, die Verpackungsindustrie gewährleistet, dass die Eier – und auch nur diese Eier – in den Kartons ordentlich gekennzeichnet werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Wenn es dort geht, müsste es auch bei den anderen Eiern gehen. Es kann doch nicht angehen, dass die Verpackungsindustrie bestimmt, welche Produkte bei uns auf den Markt kommen, wie sie gekennzeichnet werden und wie nicht.

Ich frage Sie also, Herr Minister: Wie kontrollieren Sie eigentlich, dass dies bei den HQZ-Eiern funktioniert? Was tun Sie, damit auch Eier, die aus ökologisch, ethisch hoch stehender Eierproduktion – –

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ethische Eierproduktion?
– Abg. Wieser CDU: Ethisch? Das Ei ist doch ein Diebstahl am Huhn! Das ist doch unethisch!)

– Herr Kollege, es wundert mich,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

dass Sie mit Ihrer christlichen Überzeugung es offenbar mit Ihrem Gewissen vereinbaren können, dass die Hühner, die Eier legen, in solcher Käfighaltung leben müssen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Tierquälerei Wieser!)

Das widerspricht der Aussage, die Sie immer vor sich hertragen, nämlich dass Sie den Mitgeschöpfen Ihre Zuwendung geben wollten. Darauf müssen Sie einmal antworten. So einfach kommen Sie aus dieser Frage nicht heraus.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Ja, aber ethisch hat er doch Recht gehabt mit der Aussage, wenn Sie es auf die ethische Ebene heben!)

Eine konstruktive, zukunftsorientierte Landwirtschaftspolitik sollte den Landwirten einen Weg zeigen, wie sie unter den Gegebenheiten einen größeren Markt für ihre Eier erreichen können. Das führt zu Gesprächen, zu runden Ti-

(Birgit Kipfer)

schen mit Verabredungen mit der Verpackungsindustrie, mit der Geflügelwirtschaft. Das erwarte ich eigentlich von einer Landesregierung, Herr Minister Stächele, die die Fortentwicklung der Landwirtschaft in diesem Land auf ihre Fahnen geschrieben hat. Das ist allemal besser, als Fundamentalopposition zu betreiben und den Landwirten zu erzählen: „Wartet einmal bis zur nächsten Wahl. Dann kommen wir wieder an die Regierung, und dann wird alles wieder zurückgeschraubt.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Oh-Rufe – Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Abg. Drautz FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und der SPD – Zurufe)

Kernpunkt unserer heutigen Debatte

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ist das Ei! – Vereinzelt Heiterkeit)

ist die Verbesserung des Tierschutzes.

(Unruhe)

Lassen Sie mich vorab eine generelle Feststellung treffen: Es kann nicht sein, dass die Ausübung der Religionsfreiheit, der Kunst, der Wissenschaft über den berechtigten Belangen des Tierschutzes steht.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deshalb hat die FDP/DVP in der letzten Legislaturperiode die Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung

(Abg. Wieser CDU: Nur die FDP/DVP!)

gegen anfänglich heftigen Widerstand in der Koalition durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD und der Grünen – Oh-Rufe von der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Fleischer – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Wie beim Sport, Herr Fleischer! – Unruhe)

Auf Bundesebene ist uns dies gegen den Widerstand der CDU bis zum heutigen Tag leider nicht gelungen. Dies muss festgestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD und der Grünen – Zurufe – Unruhe)

Ich freue mich, dass meine Kollegin Friedlinde Gurr-Hirsch ihre Einstiegsrede als hennenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion gehalten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD – Zurufe von der CDU: Pfui! – Abg. Hauk CDU: Rüge! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Das muss gerügt werden! – Unruhe)

Ich möchte eines noch – –

(Anhaltende Unruhe)

Ich möchte noch eines feststellen: Ich hoffe, dass sie sich auch in ihrer Partei genauso engagiert, wie sie bei ihrer Rede war, dafür einsetzt, dass die Bundes-CDU in eine Umdenkungsphase kommt.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem, meine Damen und Herren, fühle ich mich als Gockel unter den hennenpolitischen Sprecherinnen hervorragend.

(Heiterkeit – Zurufe: Der FDP/DVP-Gockel! – Abg. Wieser CDU: Jetzt kriegt er einen Eintrag ins Klassenbuch! – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um mehr Ernsthaftigkeit; sonst werden wir der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen)

Abg. Drautz FDP/DVP: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur Haltung der Landesregierung im Bundesrat kommen: Der Bundesrat hat bekanntlich entschieden und sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, das Ende der Übergangsfrist für die Nutzungsdauer für nicht ausgestaltete Käfige auf das Jahr 2006 festzusetzen. Dies entspricht einer EU-Vorgabe, die wir ausdrücklich unterstützen. Die EU selbst hat jedoch die Umsetzung auf das Jahr 2011 festgelegt. Im Rahmen der Beratungen im Bundesrat hat sich die Landesregierung für einen Übergangszeitraum bis 2009 ausgesprochen, um die Eingriffe in die Eigentumsrechte der Geflügelwirtschaft abzumildern.

Tierschutzgerechte Haltungsformen sind wichtig. Sie nützen allerdings wenig, wenn im globalen Markt unterschiedliche Rechtsformen bestehen. Wichtig ist, dass europaweit ein möglichst umfassender Tierschutz erreicht wird und gleichzeitig Wettbewerbsgleichheit der Betriebe herrscht. Eine Verbesserung des Tierschutzes läuft ins Leere, wenn er durch Abwanderung in andere Länder unterlaufen wird.

Sicherlich wird im Bereich der Privatkunden eine Preiserhöhung um 10 Pfennig je Ei zu verschmerzen sein,

(Abg. Wieser CDU: Oi!)

um ein qualitativ gutes Produkt zu bekommen. Aber, meine Damen und Herren, über 80 % der Frischeier werden in der Industrie verarbeitet. Die Industrie rechnet mit jedem Pfennig, und sie wird sich die Eier dort holen, wo die Grundprodukte am billigsten sind.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist Eierraub!)

(Drautz)

Dann kommen die Eier nicht mehr aus Deutschland oder aus Dänemark, sondern sogar aus Tschechien oder aus Polen. Ich nenne nur den Namen Pohlmann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt der Eileiter! –
Abg. Dr. Birk CDU: Jetzt freuen sich alle Hen-
nen!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Rastätter, so weit sind wir gar nicht auseinander.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Zwei Meter!)

Tierschutz geht uns alle an, und Tierschutz ist uns allen wichtig. Deshalb sollten wir da auch nicht falsche Konflikte schüren.

Aber bei der ganzen Geschichte ist die Wahrheit konkret, wie immer in der Politik. Nicht möglich ist ein Vorgehen nach dem Motto: Wir weisen die Hühner aus, kriegen die Eier aus den Legehennenbatterien zurück und befriedigen damit Gewissen und Bauch gleichzeitig.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr gut!)

Das geht nicht; denn Tatsache ist, dass wir in Baden-Württemberg uns dazu bekennen müssen, dass wir erstens alle miteinander gerne Eier essen und dass wir eine Nahrungsmittelindustrie haben, die ihren Bedarf verlangt. Alle Welt staunt, wenn ich sage, dass wir allein in Baden-Württemberg am Tag zwischen 5 und 6 Millionen Eier brauchen. Das glaubt keiner, aber es ist so.

(Abg. Wieser CDU: Brauchen wir die wirklich,
Herr Minister?)

– Man kann es hochrechnen. Gehen Sie einmal von der Bevölkerungszahl aus. Gehen Sie von dem aus, was der Einzelne braucht. Der Rest geht in die Konditoreien und in die Industrie. 5 bis 6 Millionen Eier!

Dann kommt dazu, dass wir in Baden-Württemberg von diesem Bedarf gerade einmal 38 % decken. Das heißt, wir haben in Baden-Württemberg in den Legebatterien 2,2 Millionen Hühner und im Freiland, im weiteren Sinne, sage ich einmal, etwa 500 000 Hühner. Aber es ist auch wichtig, sich einmal vor Augen zu führen, weil wir uns hin und wieder, wenn ich recht sehe, auch über Betriebe und Wirtschaftsstandort unterhalten, dass es immerhin knapp 100 Betriebe sind, die 5 000 und mehr Hühner halten. Das heißt, es geht auch um Wirtschaft und um Betriebe sowie um Arbeitsplätze.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es!)

Nun kann dem Stichwort Wirtschaftsstandort und Arbeitsplatz nicht alles geopfert werden. Aber bei dem, was ich tue, sind wir wieder bei der Unterscheidung – es ist viel-

leicht etwas hoch gegriffen, aber es gilt immer wieder – zwischen Gesinnungsethikern und Verantwortungsethikern. Stur nach der Gesinnung: Fallbeil herunter. Verantwortungsethiker überlegen, was eine Entscheidung für viele, viele Betroffene zur Folge hat.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist aber ein schlechtes Beispiel!)

– Nein, es ist ein gutes Beispiel, weil man ab und zu überdenken muss, was für Auswirkungen unsere politischen Entscheidungen haben.

Wie war die Ausgangslage? Zunächst war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts da – in Ordnung –: in den bestehenden Batterien größere Stellplätze. Sie sind klein genug, weiß Gott. Dann kam der Vorstoß der Europäischen Union, die sagt: Weg mit den Legehennenbatterien bis zum Jahr 2012.

(Abg. Drautz FDP/DVP: 2011!)

– Ende 2011, also 2012.

Jetzt ist natürlich die Frage, ob eine nationale Politik gut beraten ist, wenn sie andere Fristen setzt. Frau Künast hat gesagt: Wir machen andere Fristen; wir planen diesen Ausstieg zum Jahr 2006. Jetzt ist eben die Frage, wie mit diesem neuen Datum umzugehen ist.

Wenn Sie immer wieder Niedersachsen erwähnen, möchte ich sagen: Der Agrarminister von Niedersachsen ist natürlich ein besonderes Ereignis. Er hat bis in die letzten Tage hinein versucht, Baden-Württemberg dahin gehend umzustimmen, doch für den Termin 2012 zu stimmen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Niedersachsen?)

– Niedersachsen, weil Niedersachsen – das weiß jeder – klassischerweise ein Geflügelland ist,

(Abg. Wieser CDU: Weil dort die meisten Hühner sind!)

weil dort Geflügelwirtschaft betrieben wird. Also war die Frage, was wir tun, um dem einen im Zeichen eines verantwortungsbewussten Tierschutzes gerecht zu werden. Ich habe mich mit Bayern verständigt, zu sagen: Wir wollen den Ausstieg, möglichst europaweit, damit wir uns dabei nicht in die Tasche lügen, aber eingedenk dessen, was mir der Niedersachse immer ins Ohr geflüstert hat, nämlich wir sollten den Modellen eine Chance geben, und zwar nicht unbedingt in Form der ausgestalteten Käfige, sondern, besser gesagt, in der so genannten Gruppenhaltung: 40, 60 Hühner.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das sind ja die ausgestalteten Käfige! – Abg. Wieser CDU: Omega-Hühner!)

– Nein, „ausgestalteter Käfig“ ist so negativ belegt, dass wir im Grunde dem Versuch, der dort gefahren wird, nicht gerecht werden. Deswegen sagen wir lieber: Gruppenhaltung. Ich habe mich über die Gruppenhaltung informiert und muss sagen: Ich halte sie für verantwortbar; zumindest lohnt es sich, diesen Weg des Versuchs weiter zu gehen.

(Minister Stächele)

Dieser Weg des Versuchs – das hat mir der niedersächsische Kollege immer wieder gesagt – ist zum Scheitern verurteilt, wenn ich das Fallbeil des Jahres 2006 herunterlasse; denn die Europäische Union hat aufgegeben, dass wir genau dieses Modell zum Zeitpunkt Ende des Jahres 2004/Anfang des Jahres 2005 evaluieren.

Also war doch die Überlegung: Wenn wir ehrliche Politik betreiben wollen und nicht Politik nach dem Motto „Blind durch, egal, wo die Eier nachher herkommen und was wir kaputt machen“, machen wir es ganz einfach so, dass wir erstens versuchen, eine Frist zu setzen, die vielleicht europäische Harmonisierung ermöglicht, so sich denn Frau Künast in Brüssel durchsetzen kann, eine realistische Frist – ich habe mit Fischler auch darüber gesprochen, ob sie mit 2009 realistisch ist –, und dass wir zweitens gleichzeitig diesen Modellen, die in Niedersachsen ernsthaft erprobt werden, eine Chance geben, dass sie zu Ende des Jahres 2004 evaluiert werden, damit dann für die Geflügelwirtschaft auch eine verlässliche Bezugsgröße vorhanden ist, in einen neuen Weg zu investieren.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Frau Rastätter, bitte.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Minister Stächele, ist Ihnen bekannt, dass die Verordnung vorsieht, dass genau diese strukturierten Käfige, die mittlerweile häufig als Kleinvolieren bezeichnet werden, weil man ja das Wort „Käfig“ vermeiden möchte, eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2012 haben, das heißt, dass diesem Anliegen, dass sie dann evaluiert werden können, Rechnung getragen wird? Für sie ist nicht die Laufzeitbegrenzung bis 2006 vorgesehen. Diese Begrenzung gilt nur für so genannte herkömmliche Käfige, nämlich für diejenigen, bei denen die Tiere tatsächlich nur 450 bzw. 690 Quadratzentimeter haben.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Frau Rastätter, das ist doch nicht der Punkt. Da sieht man, dass Sie unternehmerisch dabei nicht ganz mitdenken. Was nützt es Menschen, die Legehennenbatterien haben – und 100 Betriebe haben Legehennenbatterien –, wenn sie jetzt für den Zeitraum von 2006 bis 2011 investieren? Im Grunde brauchen sie Klarheit. Sie müssen wissen, ob diese Modelle tauglich sind und ob sie dann auf lange Zeit und damit investitionslohnend für Geflügelwirtschaft infrage kommen. Deswegen nützt das gar nichts. Im Grunde ist es Augenwischerei, wenn man sagt, die jetzt vorhandenen ausgestalteten Käfige dürften weitergeführt werden. Das ist nur ein ganz kleiner Prozentsatz. Die kann ich bis 2011 weiterführen. Aber ich muss doch eine Antwort für die 100 Betriebe geben, die im Moment Legebatterien mit Hunderttausenden von Tieren halten. Die müssen wissen, in welche Richtung sie zu investieren haben. Das ist doch der Punkt. Deswegen nützt das nichts.

Darum mein Anliegen, ganz seriös zu diskutieren. Wenn Sie ganz ehrlich sind, werden Sie zugestehen, dass die Freilandhaltung auch nicht das Nonplusultra ist.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ich denke einmal an die Fläche. Wenn wir die Eier, die wir derzeit in Baden-Württemberg brauchen – denken Sie jetzt nicht daran, dass wir vielleicht ein Frühstücksei weniger essen könnten; denken Sie auch an die Größe in der Ernährungsindustrie –, alle produzieren wollten und von einem Auslauf von 4 Quadratmeter je Henne ausgehen, bräuchten wir in Baden-Württemberg, um das zu realisieren, allein 3 400 Hektar Fläche.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Volierenhaltung!)

– Gut, Volierenhaltung. Aber denken Sie einmal daran:

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Die Hühner sind doch keine Wellensittiche!)

Sie kennen auch die Probleme, die in der großen Gruppe entstehen. Sobald Sie über 40 oder 60 Hennen hinausgehen, wird es problematisch: Kannibalismus, Hygienefragen und, und, und.

Also, kurzum, unsere Haltung war die: Wir lügen uns in die Tasche, wenn wir keine europäische Harmonisierung erreichen. Punkt 1.

Zweitens: Wir sollten dem Versuch Niedersachsens eine Chance geben, nämlich Ende 2004 zu bewerten, und dann einen Investitionsraum festlegen, insbesondere im Blick auf 2009. Es geht um die Möglichkeit, die Legehennenbatterien, die jetzt bestehen, aus denen wir herauskommen wollen, in entsprechende, vielleicht neu erprobte Arten der Hühnerhaltung umzubauen.

Das war der Grund. Und ich fand es auch respektierlich, dass man für diese gute Lösung fast eine Mehrheit bekommen hätte. Ich bedaure, dass das schließlich nicht gelungen ist; denn wir haben eine echte Chance verpasst sowohl in Bezug auf den Termin 2009 als auch auf den Versuch, in die Modelle Niedersachsens einzusteigen.

Ihrem Antrag habe ich das Anliegen der Herkunftsbezeichnung entnommen. Was ist jetzt schon möglich? Ich kann Frau Künast nur auffordern, im nationalen Alleingang die Herkunftsbezeichnung verpflichtend zu machen. Das ist nämlich jetzt schon möglich.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wenn Sie das unterstützen!)

– Ich warte auf einen Entwurf von Frau Künast. Ich bin voll dafür, dass man das tatsächlich verpflichtend festlegt.

(Abg. Wieser CDU: Nicht immer gackern, sondern auch einmal legen!)

– Nicht nur gackern, sondern auch Eier legen ist da die Devise.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Aber keine Windeier!)

Ich will Ihnen auch sagen, dass wir uns derzeit bemühen. Sie wissen, dass das keine Frage der Verpflichtung ist, sondern eine Frage, wie wir es in den Beiräten aushandeln. Wir versuchen tatsächlich, auch das HQZ für die Eier bei entsprechender Haltung bis etwa 2003 hinzubekommen.

(Minister Stächele)

Zum dritten Punkt, den Sie angesprochen haben: Wir fördern ja seit Jahren in Baden-Württemberg keine Käfighaltung mehr. Wir haben jetzt schon Geld ausgegeben für insgesamt 24 bauliche Vorhaben für neue Modelle der Hühnerhaltung. Also auch das ist nichts Neues für Baden-Württemberg. Es ist halt immer die Frage, wie man einen solchen gewaltigen Umstieg in eine verantwortbare Zeitachse hineinbringen kann. Das ist der Punkt, der mich dabei umgetrieben hat.

Es ist ja nicht so, dass es einen unberührt ließe, wenn man dieses Thema diskutiert. Wenn man vergnügt ist, diskutiert man es vielleicht ein bisschen lockerer. Aber es ist natürlich schon interessant, dass uns dazu aus der Bevölkerung rund 5 000 Briefe erreicht haben. Es war auch interessant, in welchen Gesprächszirkeln man auf dieses Thema angesprochen worden ist. Das ist gar keine Frage.

Ich muss allerdings sagen: Zu vielen habe ich gesagt: „Hoffentlich schickt ihr mir auch 5 000 Briefe zu anderen Themen dieser Nation oder zu weltweiten Problemen.“ In diesem Fall war es tatsächlich ein Anliegen der Bevölkerung, dass wir den Ausstieg machen. Aber wir können den Ausstieg nur verantwortungsbewusst vornehmen. Diesem Ziel diene unser Kompromissvorschlag. Wir haben im Bundesrat dafür nicht die Mehrheit erhalten, aber unsererseits besteht nach wie vor die Bereitschaft, alles zu tun, damit jetzt nicht zu viel dabei kaputtgeht.

(Beifall bei der CDU)

Sie stellen quasi den Antrag, Frau Rastätter: Frau Künast erlässt die Verordnung, und das Land soll es finanziell ausbaden. Das reicht natürlich nicht. Sie muss, zum Beispiel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, die Mittel bereitstellen, mit denen wir in der Lage sind, denen in der Geflügelwirtschaft zu helfen, die mit aktuellen Investitionen oder getätigten Investitionen verdammt in die Bredouille kommen. Das ist eine Aufforderung an Frau Künast, und der muss sie nachkommen. Gestern haben wir über 50 Millionen DM diskutiert. Es ist wahnsinnig viel Geld erforderlich, um die Geflügelwirtschaft in Deutschland jetzt auf den vorgegebenen Termin 2006 einzustellen.

Ich habe Ihnen die Sache geschildert. Ich hielt den anderen Entwurf für zweckmäßiger. Es ist anders gekommen, und wir müssen schauen, dass unsere Geflügelwirtschaft dabei nicht kaputtgeht.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Erledigung der beiden Anträge. Wird Abstimmung gewünscht?

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Zum Entschließungsantrag Abstimmung; der andere ist erledigt!
– Abg. Alfred Haas CDU: Namentliche Abstimmung!)

– Der Antrag Drucksache 13/20 ist durch die Aussprache erledigt.

Abstimmung wird gewünscht über den Entschließungsantrag Drucksache 13/440.

Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Zweite war die überwiegende Mehrheit. Der Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abg. Teßmer SPD: Morgen gibt es keine Eier!)

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 7 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/415, 13/416, 13/417, 13/418

Zur Drucksache 13/418 wird in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden beantragt, die Petition 13/198 an den Ausschuss zurückzuüberweisen. Stimmen Sie dem zu? –

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl!)

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Können wir über die übrigen Beschlussempfehlungen geschlossen abstimmen? –

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl!)

Stimmen Sie den Beschlussempfehlungen zu? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/358

Wer den Beschlussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 12. Dezember 2001, um 10:00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:18 Uhr